LAND
BREMEN

SPD

JAHRBUCH 2012/2013
LANDESORGANISATION BREMEN

JAHRBUCH 2012/2013

SPD-Landesorganisation Bremen

Obernstraße 39 – 43 • 28195 Bremen • Fon: 04 21/3 50 18 - 0 • Fax: 04 21/3 50 18 - 37
E-Mail: info-bremen@spd.de • Internet: www.spd-land-bremen.de • Facebook: spd-land-bremen
Bankverbindung: SEB Bremen • IBAN: DE50 29010111 1006618300 • BIC: ESSEDE5F290

Jahrbuch 2012/2013

Redaktion: Roland Pahl (V.i.S.d.P.), Wolfgang Arnhold,
Kevin Lenkeit, Karen Schuster

Titel/Umschlag: Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel
auf der Festveranstaltung zum 150. Geburtstag der
Bremer SPD am 5. April 2014 im Congress Centrum Bremen

Fotos, Grafiken, Statistiken: SPD Bremen

© SPD-Landesorganisation Bremen

Redaktionsschluss: 15. Mai 2014

Druck: BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim

INHALT

Gedenken ..... Seite 5

Bericht zur Arbeit des Landesvorstandes 06/2012 – 05/2014 ..... Seite 7

Sozialpolitischer Ausschuss ..... Seite 25

Mitglieder des Landesvorstandes ..... Seite 26

Organisations- und Finanzbericht ..... Seite 27

Bericht der Landesschiedskommission ..... Seite 37

Bericht des Präsidenten des Senats ..... Seite 39

Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion 2012 – 2013 ..... Seite 51

Berichte der Arbeitsgemeinschaften und Foren ..... Seite 63

ANHANG

Dokumentation einzelner Beschlüsse des SPD-Landesvorstandes ..... Seite 87

Wahlergebnisse ..... Seite 99

Statistiken zur Mitgliederentwicklung ..... Seite 103

GEDENKEN

In den Jahren 2012 und 2013 hat die Landesorganisation 187 Mitglieder durch Tod verloren.

Stellvertretend für alle unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen stehen:

Ursel Franze

Dieter Czichon

Renate Möbius

Otto Fichtner

Heinz Mahnke

Ursula Tallert

Volker Plagemann

Ursel Kerstein

Waldemar Klischies

Ilse Schöttke

Rita Wehling

Hans Rost

Annemarie Ehnis

Wolfgang Dettmer

Sonja Maly

Norber Bloch

Ludwig Berk

Anneliese Leinemann

Jutta Jägers

Ingrid Müller

Georg Buddruss

Claus Dittbrenner

Dieter Schüler

Rudolf Nerger

Willi Klukas

Bernhardine Bentzen

Wir sind ihnen und allen unseren verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Fotoquellen: Foto Carsten Sieling Reihe 1, Bild 1 v.l.: SPD; Foto August Hagedorn Reihe 1, Bild 3 v.l.: Bremische Bürgerschaft; Foto Annemarie Mevissen Reihe 3, Bild 2 v.l.: Hanna Taube, LIS Zentrum für Medien, Bremen;
Foto Wilhelm Kaisen Reihe 4, Bild 4 v.l.: Senatskanzlei Bremen; Foto Friedrich Ebert Reihe 2, Bild ganz r.: AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung; Foto Anna Stiegler Reihe 4, Bild Ganz R.: Karl Edmund Schmidt; alle anderen: SPD Bremen

BERICHT ZUR ARBEIT DES LANDESVORSTANDES 06/2012 – 05/2014

Die Jahre 2012 und 2013, der Berichtszeitraum dieses Jahrbuchs, und die zeitlich etwas abweichende Amtsperiode des Landesvorstandes, Juni 2012 bis Mai 2014, auf die sich dieser Arbeitsbericht des Landesvorstandes bezieht, waren ereignisreich und politisch intensiv.

Eine spannende Zeit!

Die inhaltlichen Themenschwerpunkte im Landesvorstand waren: Die Rekommunalisierung der Netze in Bremen und Bremerhaven sowie aktuell der Abfallentsorgung in Bremen. Die Privatisierungsbremse, die Zukunft der Krankenhausversorgung, insbesondere der kommunalen Krankenhäuser in Bremen; die Finanzierungsperspektiven des Landes, die Setzung von Schwerpunkten im Haushalt des Landes für die Jahre 2014 und 2015: Bildung, Lehrkräfteversorgung, Sicherung der Schulsozialarbeit, Krippen- und Kitaplätze; die Ausbildungsgarantie, die wir zum Ausbildungsstart 2015/2016 fertig bringen wollen. Es fanden eine große Anzahl an inhaltlichen Veranstaltungen und viele politische Aktivitäten statt – vom Landesvorstand, aber selbstverständlich auch von den Arbeitsgemeinschaften und Foren. Es waren die Wahlkämpfe zur Bundestagswahl am 22. September 2013 und zur Europawahl am 25. Mai 2014, dieser befindet sich zum Redaktionsschluss dieses Berichts gerade in der Phase des Endspurts, vorzubereiten und zu führen.

Es wurden Schritte zur Parteireform diskutiert und umgesetzt: Neue Regeln für die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaftswahl, die Wahl der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und die Wahlen der Beiräte in Bremen. Wir haben nicht nur das Mitgliedervotum zum nach der Bundestagswahl mit CDU und CSU ausgehandelten Koalitionsvertrag von Anfang an gefordert, sondern dann selbst-

verständlich auch ein breites Diskussionsangebot im Land Bremen organisiert. Dann war da noch ein Rücktritt einer Senatorin mit anschließender veränderter Senatsaufstellung sowie eine ganz besondere Personalie, der Wechsel im Landesvorsitz, zu bewältigen.

Dr. Andreas Bovenschulte: Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen von 06/2010 – 12/2013.

Jahresauftaktveranstaltungen

Den Jahresauftakt 2012 beging die SPD Bremen traditionell in der Schwankhalle in der Bremer Neustadt. Am 20. Januar 2012 war Sigmar Gabriel nach Bremen gekommen, um gemeinsam mit mehr als 400 Besucherinnen und Besuchern einen bunten Mix aus Politik und Kultur, u. a. mit den „Ariolas“, „Emanuel Jahreis“ und „Singfeste“ zu erleben. Ein Jahr später, beim Jahresauftakt 2013 am 18. Januar 2013, wieder in der Schwankhalle, war der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD aus Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, Gastredner beim Jahresauftakt der Bremer SPD, für den passenden musikalischen Rahmen sorgten „Bella Mare & die Beachbuben“ mit Seemannsliedern und Rock & Pop aus den 1950er und 1970er Jahren. Am 17. Januar 2014 kam der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil zum Jahresauftakt 2014 in die Bremer Neustadt. Den kulturellen Rahmen füllte „insan...popular“, das interkulturelle Stadtteilorchester des Kulturladens Huchting.

Landesparteitage

Der Landesparteitag am 12. Mai 2012 im Hotel Strandlust in Bremen Vegesack war geprägt durch die Vorstands- und Organisationswahlen. Mit 193 von 203 abgegebenen Stimmen wurde Andreas Bovenschulte im Amt als Landesvorsitzender bestätigt, das entspricht einer Zustimmung von 95 Prozent. Auch Sarah Ryglewski und Elias Tsartilidis wurden in ihren Ämtern als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Den geschäftsführenden Landesvorstand komplettierten Petra Krümpfer als Schatzmeisterin und Insa Peters-Rehwinkel als Schriftführerin, die beide in ihren Ämtern bestätigt wurden. Auch beschloss der Parteitag u. a. die Anträge „Die Partei weiter öffnen – Mitgliederrechte stärken! Zur organisationspolitischen Weiterentwicklung der SPD“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit – Herausforderungen und Perspektiven sozialer Stadtpolitik“.

Gleich drei neue Senatsmitglieder nominierte der Landesparteitag am 12. Dezember 2012 im BLG-Forum. Grund hierfür war der überraschende Rücktritt der bisherigen Bildungs- und Gesundheitssenatorin Renate Jürgens-Pieper am 26. November 2012, nachdem tags zuvor schwierige Koalitionsgespräche zur Lehrkräfteversorgung und zum Bildungsetat eigentlich erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Nach dem Rücktritt von Renate Jürgens-Pieper wurde mit dem Koalitionspartner eine neue Ressortaufteilung vereinbart. Angesichts der Herausforderungen zur Zukunftsgestaltung der kommunalen Krankenhäuser wurde die Trennung der Verantwortlichkeiten für die Ressorts Bildung und Wissenschaft sowie Gesundheit vereinbart. Auf Vorschlag des SPD-Landesvorstandes und von Bürgermeister Jens Böhrnsen wurde die bisherige Bevollmächtigte beim Bund und Europa, Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, zur neuen Bildungs- und Wissenschaftssenatorin, der ehemalige Staatsrat, Dr. Hermann Schulte-Sasse, zum neuen Gesundheitssenator sowie die Bürgerschaftsabgeordnete Ulrike Hiller zur neuen Bevollmächtigten beim Bund und Europa nominiert.

Dieter Reinken: Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen seit 01/2014.

Der Parteitag am 27. April 2013 stand ganz im Licht der bevorstehenden Bundestags- und Europawahl. Manuela Schwesig, die damalige Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretende Parteivorsitzende war nach Bremen gekommen, um die Delegierten und Gäste im BLG-Forum für den Bundestagswahlkampf einzustimmen. Joachim Schuster wurde von den Delegierten zum ersten Bremer Kandidaten für die Wahl zum Europaparlament nominiert, Stefaan Jacobs für den zweiten Bremer Platz. Joachim Schuster wurde am 26. Januar 2014 von der Bundes-Europadelegiertenkonferenz in Berlin auf Listenplatz 21 der SPD-Bundesliste zur Europawahl am 25. Mai 2014 gewählt. Stefaan Jacobs auf Platz 51 und Sarah Ryglewski auf Platz 92. Die Wahl der drei Bremer Delegierten für die Bundes-Europadelegiertenkonferenz erfolgte am 3. Dezember 2013, auf der Landes-Europadelegiertenkonferenz im Bürgerzentrum Neue Vahr.

Elias Tsartilidis, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen.

Ralf Stegner, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Schleswig-Holstein-SPD, beim Jahresauftakt 2013 der Bremer SPD.

Sarah Ryglewski, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landesorganisation Bremen.

Vorstandssitzungen

Beim Jahresauftakt 2012 konnte die Bremer SPD den Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel als Redner in der Schwankhalle begrüßen.

Auf der Klausurtagung des neugewählten Landesvorstandes vom 8. bis zum 9. Juni 2012 in Verden waren die Energiewende und die Finanzpolitik Schwerpunktthemen. Zum Thema Energiewende war Dr. Torsten Köhne, Vorstand Erzeugung und Finanzen der swb AG, zu Gast. Dr. Köhne erläuterte anhand einer umfassenden Präsentation den aktuellen Stand der Energiewende und ging dabei insbesondere auf die bleibenden Herausforderungen und Bedeutungen einzelner Energieträger bzw. Energiesparten ein. Zum Themenbereich „Perspektiven der Finanzpolitik“ lagen dem SPD-Landesvorstand Thesenpapiere von Bürgermeister Jens Böhrnsen und dem Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte vor, die im Landesvorstand diskutiert wurden. Der Beschluss „Finanzpolitik für das Land Bremen“ ist in diesem Jahrbuch dokumentiert.

Der Landesvorstand tagte 21 Mal im Zeitraum Juni 2012 bis Mai 2014. Er faste u. a. die folgenden wichtigen Beschlüsse:

- „Schulden Abbauen – finanzielle Handlungsspielräume sichern! SPD-Regierungsprogramm muss sich zu einem Altschuldenfonds für die Ländern und Kommunen bekennen“ (18. Januar 2013)
- „Energiewende vorantreiben, kommunale Wertschöpfung steigern: Bremen muss sich noch mehr beim Ausbau der erneuerbaren Energien engagieren“ (13. Juli 2013)
- „Zukunft der Abfallentsorgung in Bremen – Rekommunalisierung ernsthaft prüfen!“ (23. August 2013)
- „Ausbildungsplatzgarantie in Bremen und Bremerhaven umsetzen“ (21. März 2014)
- „Kommunale Kliniken stärken – Arbeitsplätze sichern – Chancen der Einheitsgesellschaft nutzen“ (10. Februar 2014)
- „Zukunft der Müllentsorgung in Bremen – Keine Verzögerung! Die Entscheidungsgrundlagen für die Konkretisierung der Rekommunalisierung müssen schnell erarbeitet werden“ (25. April 2014)

Mehrere hundert Gäste haben den Weg in die Schwankhalle zum Jahresauftakt 2013 der Bremer SPD gefunden.

Der Landesvorstand formulierte am 23. September 2013 in seinem Antrag an den SPD-Parteikonvent vom 27. September 2013 auch Anforderungen an einen von der SPD getragenen Koalitionsvertrag und zur Beteiligung an einer Bundesregierung. Darin enthalten waren u. a. die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Zudem forderte der Antrag, die Mitglieder der SPD an der Entscheidung über einen Koalitionsvertrag in Form eines Mitgliedervotums zu beteiligen.

Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 2013

Hervorragendes Ergebnis: Mit einer Zustimmung von 95 Prozent wurde Andreas Bovenschulte am 12. Mai 2012 in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt.

Im Zuge der Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 2013 kamen die Delegierten des Wahlkreises 55 (Bremen II – Bremerhaven) am 6. Dezember 2012 zur Wahlkreiskonferenz im Bürgerhaus Oslebshausen zusammen. Uwe Beckmeyer wurde mit 88 Prozent der Stimmen zum vierten Mal als Direktkandidat für den Wahlkreis nominiert, der den Bremer Westen, Bremen-Nord und Bremerhaven umfasst. Als Redner war der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hubertus Heil, zu Gast. Tags drauf, am 7. Dezember 2012, wurde Carsten Sieling mit 97 Prozent Zustimmung als Direktkandidat für den Wahlkreis 54 (Bremen I) von den Delegierten nominiert. Im Bürgerzentrum Neue Vahr forderte Sieling, der zum zweiten Mal als Direktkandidat für den Wahlkreis 54 nominiert wurde, eine gerechtere Steuerpolitik. Die Aufstellung der Landesliste erfolgte am 25. Januar 2013 im Bürgerhaus Neue Vahr. Auf dem ersten Listenplatz wurde Carsten Sieling gewählt, gefolgt von Sarah Ryglewski, Uwe Beckmeyer, Marika Büsing und Falk Wagner.

Andreas Bovenschulte, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen 2010 – 2013, bei der Landesdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2013 in der Neuen Vahr am 7. Dezember 2012.

Bundestagswahlkampf 2013

Am 30. Mai 2013 stand ein Besuch in Bremen im Zuge der „Länderreise Peer Steinbrück“ an. Der SPD-Kanzlerkandidat besuchte am Morgen die Sportgemeinschaft Marßel e. V. und informierte sich dort über das ehrenamtliche Engagement. In der anschließenden Diskussion im Vereinsheim ging es dann um die notwendige finanzielle Ausstattung von Sportvereinen und das Zusammenspiel von Bildung, Kultur und Sport, als Beitrag zur mehr Miteinander in den Stadtquartieren. Im Anschluss folgte auf Einladung der Landespressekonferenz Bremen, ein Hintergrundgespräch im Bremer Ratskeller, ehe sich Peer Steinbrück zusammen mit Wirtschaftssenator Martin Günthner mit Mitgliedern des Verbands der Familienunternehmer und des Bundes Junger Unternehmer zu einem Meinungsaustausch traf. Am Nachmittag besuchte der SPD-Kanzlerkandidat das Bürger- und Sozialzentrum Huchting, wo Steinbrück sich über die ehrenamtliche Sozialarbeit im Stadtteil informierte und mit den Besucherinnen des Mädchentreffs über ihre Vorstellungen von „guter Politik“ sprach.

Der auf dem Landesparteitag am 5. Mai 2012 für die Amtsperiode 06/2012 – 05/2014 gewählte Landesvorstand.

Manuela Schwesig, die damalige Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretende Parteivorsitzende, auf dem Landesparteitag am 27. April 2013 im BLG-Forum.

Joachim Schuster: Auf dem Landesparteitag am 27. April 2013 wurde er zum ersten Bremer Bewerber für die SPD-Bundesliste zum Europaparlament gewählt.

Am Abend reichte die Bestuhlung im Kaisen-Saal des Congress Centrum Bremens nicht aus, so groß war der Andrang zu Steinbrücks „KLARTEXT-Veranstaltung“. Die mehr als 450 Besucherinnen und Besucher waren angehalten, Steinbrück Fragen zu stellen, die er ad hoc sehr kompetent beantwortete. Keine großen Monologe, keine Frontalbeschallung, Klartext eben. Die vom Publikum angesprochenen Themen waren vielfältig: Die Performance der schwarz-gelben Bundesregierung, der flächendeckende Mindestlohn, Frauenquote, Solidarrente, Europa und die Finanzausstattung der Kommunen und Städte wurden thematisiert. Am Ende des Abends gab es viel Applaus für Steinbrück und das gewählte Format.

Knapp sieben Wochen vor der Bundestagswahl, am 6. August 2013, besuchte der Verantwortliche für Arbeit und Soziales in Peer Steinbrücks Kompetenzteam, Klaus Wiesehügel, Bremen und Bremerhaven. Wiesehügel sprach auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz „Gute Arbeit: Faire Beschäftigung – Gerechte Bezahlung“ im Treffpunkt KWADRAT vor mehr als 150 interessierten Bürgerinnen und Bürgern über das zukünftige Regierungsprogramm, das unter anderem den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und die abschlagsfreie Rente mit 63, nach 45 Versicherungsjahren, vorsah. Der langjährige Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) kritisierte vor allem den durch CDU und FDP verursachten Stillstand in vielen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik. Garanten für Gute Arbeit seien unbefristete und von den Tarifparteien ausgehandelte Verträge, so Wiesehügel, nicht wolkige Formulierungen wie Lohnuntergrenze und Lebensleistungsrente. Er warb bei den Zuhörerinnen und Zuhörern, ihre Stimme bei der Bundestagswahl für den nötigen politischen Richtungswechsel abzugeben.

Am 8. August 2013 kamen im Hotel „Strandlust“ in Vegesack rund 150 Bremerinnen und Bremer zusammen, um den Vortrag des SPD-Gesundheitsexperten Dr. Karl Lauterbach, der auch dem Kompetenzteam von Peer Steinbrück angehörte, zum Thema „Bürgerversicherung: Gute Gesundheits- und Pflegeversorgung – Solidarisch und gerecht“ zu hören. Besonders am Herzen lag dem gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in diesem Zusammenhang das Thema Gerechtigkeit: Er verurteilte die bisher von Christdemokraten und Liberalen geführte Gesundheitspolitik, die vor allem finanziell besser gestellte Bürgerinnen und Bürger in der Behandlung bevorzuge. Er hob hervor, dass das vorgeschlagene Modell einer Bürgerversicherung deutlich solidarischer sei, als die von Union und FDP geplante Kopfpauschale und verwies auf Umfragen, denen zufolge ein Großteil der Versicherten dem Vorschlag grundsätzlich positiv gegenübersteht. Im Bereich der Pflege plädierte Lauterbach für eine bessere Bezahlung des Personals und einen Abbau des bürokratischen Dokumentationswesens. Beide Faktoren seien eminent wichtig, um der steigenden Demoralisierung der Pflegekräfte zu begegnen.

Landesparteitag, 27. April 2013: Andreas Bovenschulte stimmte die Delegierten auf die anstehende Bundestags- sowie die Europawahl 2014 ein.

Die Präsidentin des evangelischen Hilfswerkes „Brot für die Welt“, Cornelia Füllkrug-Weitzel, verantwortlich für die Entwicklungspolitik im Kompetenzteam von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, war am 19. August 2013 in den Treffpunkt KWADRAT gekommen, um bei der Veranstaltung „Entwicklungszusammenarbeit statt Teppichhandel – Neue Ideen für eine globale Friedens- und Strukturpolitik“ zu sprechen und zu diskutieren. Thematisiert wurde an dem Abend u. a. die Schwerpunktsetzungen in der Entwicklungspolitik, die Überwindung von Armut und Hunger sowie der Schutz öffentlicher globaler Güter und die Verwirklichung von Menschenrechten weltweit.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, besuchte im Zuge des Bundestagswahlkampfes am 27. August 2013 Bremerhaven. Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten und Wahlkreiskandidaten Uwe Beckmeyer führte er Fachgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Windenergiebranche, ehe er zusammen mit Bremens Wirtschafts- und Arbeitssenator Martin Günthner sowie dem Bremerhavener Oberbürgermeister Melf Grantz in der Innenstadt vor der Großen Kirche vor fast 1.000 Zuhörerinnen und Zuhörern sprach. Frank-Walter Steinmeier kritisierte vor allem die Industriepolitik der schwarz-

Joachim Schuster (links), gerade vom Landesparteitag, 27. April 2013, zum ersten Bremer Bewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament gewählt, Andreas Bovenschulte, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen 2010 – 2013 und Manuela Mahnke, Schusters „Huckepack-Kandidatin“ für die Europawahl 2014 und europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft.

gelben Bundesregierung. Diese vernachlässige die Infrastruktur und verspiele geradezu sträflich die Chancen für die deutsche Wirtschaft, die sich aus der Energiewende ergäben.

Die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl am 22. September 2013: Auf dem ersten Listenplatz wurde Carsten Sieling gewählt, gefolgt von Sarah Ryglewski, Uwe Beckmeyer, Marika Büsing und Falk Wagner.

Tags darauf, am 28. August 2013, kam der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück erneut nach Bremen, dieses Mal, um in Bremens „Guter Stube“, auf dem Marktplatz, zu sprechen. Den 5.000 Besucherinnen und Besuchern bot sich ein durchaus ungewohnter Anblick: Ein rundes Zelt, offen zu allen Seiten, Bänke und Tische und ein Podium in der Mitte – schon der erste Eindruck der „Klartext Open Air“-Veranstaltung zeigte, hier gab es keine klassische Wahlkampfveranstaltung. Überrascht waren viele auch über die Nähe zum Kandidaten, denn jedermann konnte auf den aufgestellten Bänken im Innenraum Platz nehmen, bis auf einige Meter ans Podium heran. Als die Bürgerinnen und Bürger dann auch noch gebeten wurden, Fragen aufzuschreiben, die Peer Steinbrück später auf dem Podium beantwortete, waren viele begeistert, so bürgernah hatten sich viele Politik nicht vorgestellt.

Die als verantwortlich für die Bereiche Bildung und Wissenschaft im Kompetenzteam von Peer Steinbrück berufene Konrektorin der Uni Bremen, Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu, diskutierte am 4. September 2013 im Treffpunkt KWADRAT zusammen mit der Bremer Bildungssenatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt und dem Bremer Bundestagsabgeordneten Dr. Carsten Sieling vor zahlreich erschienen Gästen beim „Gespräch zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik in Deutschland und im Land Bremen“. Karakasoglu kündigte an, im Falle eines Wahlsieges zu aller erst das bestehende Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abschaffen zu wollen. Um bundesweit gemeinsame hohe Standards zu haben, sei es unumgänglich, dass der Bund bei essentiellen Themen wie Ganztagsbetreuung, Inklusion und Schulsozialarbeit auch in gemeinsamer Verantwortung mit den Bundesländern stünde. Zustimmung für diese Forderungen fand Karakasoglu bei Senatorin Quante-Brandt, die der christlich-liberalen Koalition vorwarf, sich aus ihrer sozialen Verantwortung zu stehlen.

Bundestagswahl am 22. September 2013

Das Ziel der Bremer SPD für die Bundestagswahl am 22. September 2013 hatte Andreas Bovenschulte auf dem Landesparteitag am 27. April 2013 deutlich formuliert: „Wir haben den Ehrgeiz, das beste Ergebnis aller SPD-Landesverbände einzufahren – das wollen wir schaffen, das ist eine gute Form von Wettbewerb! Im Weserstadion

Am 30. Mai 2013 besuchte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück im Rahmen seiner Länderreise Bremen: Die Besucherinnen des Mädchentreffs-Huchting hatten viele Fragen an den Kanzlerkandidaten.

Am Abend des 30. Mai 2013 gab es dann bei der öffentlichen Veranstaltung „Klartext mit Peer Steinbrück“ die Möglichkeit, dem Kanzlerkandidaten im Bremer Congress-Centrum Fragen zu stellen. Und diese wurde umfänglich genutzt.

steht man auf, wenn man Bremer ist – am 22. September wählt man SPD, wenn man ein Bremer ist!“ Das Ergebnis am Wahlabend hinterließ dann ein zwiespältiges Gefühl: Zum einen war es der Bremer SPD tatsächlich gelungen, mit 35,6 Prozent der Zweitstimmen, das beste Ergebnis aller SPD-Landesverbände einzufahren – gleichwohl blieb die SPD auf Bundesebene mit nur 25,7 Prozent deutlich hinter den eigenen Erwartungen zurück. Mehrere hundert Mitglieder und Unterstützerinnen und Unterstützer der Sozialdemokratie konnten sich auf der gut besuchten Wahlparty in der Ständigen Vertretung auch über die erfreulichen Erststimmenergebnisse von Carsten Sieling (37,9 Prozent) und Uwe Beckmeyer (43,9 Prozent) freuen. Beide werden nun die Interessen Bremens und Bremerhavens eine weitere Legislaturperiode in Berlin vertreten. Uwe Beckmeyer wurde nach der Regierungsbildung vom Wirtschaftsminister und Vizekanzler, Sigmar Gabriel, zum Parlamentarischen Staatssekretär berufen.

Mitgliedervotum

Nach der Bundestagswahl war es die Bremer SPD, die die Forderung eines verbindlichen Mitgliedervotums zu einem möglichen Koalitionsvertrag mit CDU/CSU auf die politische Tagesordnung setze. Bereits einen Tag nach der Bundestagswahl brachte der SPD-Landesvorstand einen entsprechenden Antrag an den Parteikonvent auf den Weg. Auch die erste Landesparteikonferenz zur Diskussion der politischen Lage nach der Bundestagswahl fand am Montag nach der Wahl (23. September 2013) statt, bei der fast 150 Genossinnen und Genossen im Konsul-Hackfeld-Haus eine kritische, aber immer solidarische Aussprache führten. Andreas Bovenschulte erklärte, dass man das Regierungsprogramm und den Beschluss des Parteikonvents als Maßstab für die Bewertung der Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen nehmen wolle. Deshalb war uns in Bremen und Bremerhaven besonders wichtig, möglichst viele Mitglieder in die Diskussion über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen und die Zukunft der SPD einzubeziehen. Hierzu veranstaltete die Landesorganisation insgesamt drei weitere Landesparteikonferenzen, am 1. Oktober 2013, am 21. Oktober 2013 sowie am 8. November 2013, jeweils im Treffpunkt KWADRAT. Hinzu kam die Regionalkonferenz mit dem Parteivorsitzendem Sigmar Gabriel am 29. November 2013 im Bremer Kulturzentrum Schlachthof. Sigmar Gabriel stand hier in der vollbesetzten „Kesselhalle“ mehr als 400 Genossinnen und Genossen Rede und Antwort. Es wurde offen und emotional diskutiert und auch gestritten, die Veranstaltung steht im guten Sinne für die Lebendigkeit unserer Partei. Man ist diskussionsfreudig, man ist mitunter streitlustig, jedoch bleibt es immer fair und es geht nie unter die Gürtellinie. Andreas Bovenschulte brachte es damals auf den Punkt: „Die SPD ist vieles, aber nicht langweilig.“ Das Dialogangebot wurde am 7. Dezember 2013 abgerundet, alle Unterbezirke führten parteiöffentliche Konferenzen durch: In Bremen informierte Carsten Sieling die Genossinnen und Genossen im Treffpunkt KWADRAT über das Mitgliedervotum und die

Auch ein Besuch der Bremer Stadtmusikanten am Bremer Rathaus beim Bremen-Stopp während der Länderreise von Peer Steinbrück durfte nicht fehlen.

Regionalkonferenz am 29. November 2013 im Bremer Kulturzentrum „Schlachthof“: Sigmar Gabriel warb für die Zustimmung zum Koalitionsvertrag.

Verhandlungen mit CDU/CSU, in Bremen-Nord im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus war es Jens Böhrnsen und Andreas Bovenschulte diskutierte in Bremerhaven, im Haus am Blink. Am 8. Dezember 2013 standen Andreas Bovenschulte und Carsten Sieling interessierten Genossinnen und Genossen im Rahmen einer Telefonhotline für Gespräche über das Für und Wider zum Koalitionsvertrag zur Verfügung. Alle Wahlunterlagen, die bis zum 12. Dezember 2013 beim Parteivorstand in Berlin eingegangen waren, wurden am 14. Dezember 2013 von mehr als 400 freiwilligen Helferinnen und Helfern, darunter, Jörn Hendrichs, Nesrin Nasser und Karen Schuster aus Bremen, in Berlin ausgezählt. Der Landesgeschäftsführer Roland Pahl und Jürgen Pohlmann, Vorsitzender des Ortsvereins Walle, gehörten der Zählkommission an. 369.680 Genossinnen und Genossen beteiligten sich insgesamt am Mitgliedervotum, davon votierten 256.634 für eine Koalition mit CDU und CSU, das entsprach einer Zustimmung von 76 Prozent und ebnete den Weg für eine schwarz-rote Regierungskoalition. „Die enge Beteiligung der Mitglieder wird auch über das Mitgliedervotum hinaus die Beteiligungsprozesse der SPD nachhaltig verändern. Die hohe Beteiligung macht deutlich, dass das Votum die Partei voran gebracht und gestärkt hat. Die vermehrten Eintritte beweisen, dass die oftmals prophezeite Politikverdrossenheit sich durch basisdemokratische Beteiligung, auch an großen Entscheidungen, am besten bekämpfen lässt. Es gilt der Satz von Willy Brandt: ›Mehr Demokratie wagen‹ auch innerhalb der Parteien“, so Andreas Bovenschulte nach der Bekanntgabe des Ergebnisses des Mitgliedervotums.

Gut 400 Genossinnen und Genossen waren am 29. November 2013 in den „Schlachthof“ gekommen, um mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel zu diskutieren.

Europawahlkampf 2014

Im Zuge des Europawahlkampfes, der gerade in seine Endphase geht, veranstaltete die Landesorganisation drei zentrale Dialogveranstaltungen mit prominenten Gastrednern, um für die Europawahl am 25. Mai 2014 zu mobilisieren und über die Positionen der SPD zu informieren. Den Anfang machte Bundesministerin Manuela Schwesig am 26. April 2014 in Bremerhaven. Im Auswandererhaus sprach sie über die Gleichstellung von Frauen in Arbeitswelt und Gesellschaft und über die Rolle der Europäischen Union in der Gleichstellungspolitik. Unter der Moderation von Sybille Böschen, stellvertretende Vorsitzende des Unterbezirks Bremerhaven und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, führten Manuela Schwesig und Joachim Schuster eine interessante Diskussion mit den Gästen, die anschließend in kleinen Gruppen bei Getränken und Häppchen noch fortgeführt werden konnte. Nur zwei Tage später, am 28. April 2014, war Bundesministerin Andrea Nahles in Bremen zu Gast im Treffpunkt KWADRAT. Hauptthema war die ausufernde Jugendarbeitslosigkeit in vielen Staaten der Europäischen Union. Die aus der Krisenpolitik resultierende, sich verstärkende soziale Spaltung und die durch Arbeitslosigkeit verursachte Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation, waren dann auch die Schwerpunkte der anschließenden Diskussion mit Joachim Schuster unter Leitung der stellvertretenden Landesvorsitzenden Sarah Ryglewski. Wie Brüssel die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürgerinnen und Bürger in Bremen berührt, darüber sprach Bürgermeister Jens Böhrnsen am 7. Mai 2014 im Hotel Strandlust in Bremen-Vegesack. Zusammen mit den Bremer Europakandidaten Joachim Schuster und Stefaan Jacobs diskutierte er unter Moderation von Theo Schlüter, dem Vorsitzenden des Bremer Presseclubs e. V. Vervollständigt wird das Dialogangebot zur Europawahl mit einem Expertinnen- und Expertengespräch des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Bremen und der Region Nordwest am 15. Mai 2015 zum Thema „Wege zu mehr Demokratie in Europa“ und einer in Kooperation von Landesorganisation und Ortsverein Peterswerder/Steintor organisierten Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Europa neu denken. Politik für nachhaltiges Wachstum statt sozialer Spaltung“ mit Udo Bullmann, dem Vorsitzenden der Gruppe der deutschen Sozialdemokratinnen und Demokraten im Europäischen Parlament, und dem Bremer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Rudolf Hickel, die am 21. Mai 2014 im Bürgerhaus Weserterrassen stattfinden wird.

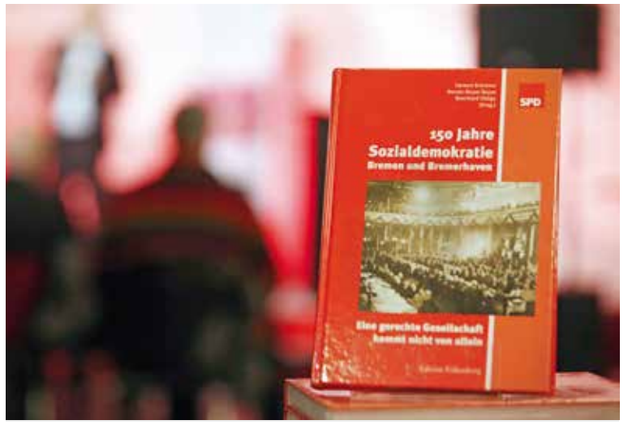
Die Landesorganisation hat Joachim Schuster einen VW-Transporter als Europamobil zur Verfügung gestellt, mit dem er seit Ostern im Land Bremen unterwegs ist und die vielfältigsten Veranstaltungen und Aktionen besucht. Auch die Plakatierung in der Innenstadt Bremens und im Kernbereich Vegesacks liegt wieder, wie im Bundestagswahlkampf 2013, in der Verantwortung der Landesorganisation.

Veranstaltungsreihe „Historischer Abend“

Am 23. Mai 1863 begann in Leipzig mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) durch Ferdinand Lassalle die Geschichte der SPD. In Bremen wurde der ADAV ein knappes Jahr später, am 6. April 1864, durch den Tischler Gustav Deckwitz gegründet.

„Wir hatten eine brodelnde Partei“, so Alt-Bürgermeister Hans Koschnick in der Erinnerung an seine aktive Zeit auf der Veranstaltung „Die Bremer SPD 1945 bis heute – Vier Bürgermeister im Gespräch“ am 8. Mai 2013.

Die Veranstaltungsreihe „Der historische Abend“ sollte nicht nur den Weg zur Festveranstaltung zum 150. Geburtstag der Sozialdemokratie in Bremen am 5. April 2014 im Congress Centrum Bremen ebnen, sondern auch verdeutlichen, dass die Grundwerte der SPD, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, nicht an Aktualität verloren haben. Die Veranstaltungsreihe sollte nicht nur ein Blick zurück, sondern vor allem auch nach vorne gerichtet sein, oder wie es der französische Sozialist Jean Jaures ausdrückte: „Tradition ist nicht das Bewahren der Asche, sondern das Schüren der Flamme.“ Am 22. März 2012 fand die erste Veranstaltung im Konsul-Hackfeld-Haus statt. Das Thema: „Von der Gründung bis zum 1. Weltkrieg“. Referent war der Bremer Historiker Dr. Heinz-Gerd Hofschen. Der Film „Rosa Luxemburg“ von Margarethe Trotta wurde am 5. Juni 2012 im Kino CITY46 aufgeführt. Nahtlos ging es am 12. Juni 2012 im Konsul-Hackfeld-Haus weiter, das Thema: „Der erste Weltkrieg, die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Bremer Räterepublik“.



Am 26. November 2013 wurde das Buch „150 Jahre Sozialdemokratie Bremen und Bremerhaven“ im Treffpunkt KWADRAT im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt.

Als fachkundige Referenten konnten der Historiker Prof. Dr. Peter Kuckuck sowie Konrad Kunick, Senator a. D. und ehemaliger Bundestagsabgeordneter, gewonnen werden. Wiederum im Konsul-Hackfeld-Haus trafen sich am 27. September 2012 Interessierte, um gemeinsam mit Prof. Dr. Jörg Wollenberg über „Die Bremer SPD in der Weimarer Republik – Warum gründen sich eigentlich SAP und KPO?“ zu diskutieren. Den Ausklang der Veranstaltungsreihe für das Jahr 2012 bildete am 13. Dezember 2012 im Konsul-Hackfeld-Haus die Veranstaltung „Die NS-Zeit bedeutete Verfolgung und Widerstand für die Bremer SPD“ mit einem Exkurs zum 99. Geburtstag von Willy Brandt und dem 99. Todestag von August Bebel. Prof. Dr. Inge Marßolek und der ehemalige Landesvorsitzende Herbert Brückner, Senator a. D., waren die fachkundigen Referenten an diesem Abend.

Vom 31. Januar 2013 bis zum 15. Februar 2013 präsentierte die Friedrich-Ebert-Stiftung die Ausstellung „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gleichheit und Solidarität!“ im Gewerkschaftshaus Bremen.

„Warum wir so sind, wie wir sind“, lautete der Titel des Films, der am 10. Februar 2013 im Kino CITY46 zu sehen war. Der Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD, Bernd Faulenbach, war als Diskussionsgast nach Bremen gekommen. Ein weiteres Mal war es Prof. Dr. Inge Marßolek, die am 13. März 2013 für die Veranstaltung „Die Bremer SPD 1933 bis 1945 – Zwischen Widerstand und Neubeginn“ als Referentin zur Verfügung stand, wieder im Konsul-Hackfeld-Haus. Wahrhaft historisch wurde es am 8. Mai 2013, als sich im Treffpunkt KWADRAT Hans Koschnick, Klaus Wedemeier, Henning Scherf und Jens Böhrnsen zur Veranstaltung „Die Bremer SPD 1945 bis heute – Vier Bürgermeister im Gespräch“ trafen. Die Vier boten den interessierten Gästen an diesem Abend eine lebhafte Diskussion über den Kurs der Bremer SPD und die Entwicklung Bremens, angereichert durch mehr als 45 Jahre kumulierter Erfahrungen als Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Ihren Abschluss fand die Veranstaltungsreiche „Der historische Abend“ mit der Vorstellung des im Edition Falkenberg erschienen Buches „150 Jahre SPD Bremen und Bremerhaven – Eine gerechte Gesellschaft kommt nicht von allein“ am 26. November 2013 im Treffpunkt KWADRAT. Mit dabei waren auch die Herausgeber des Buches, Prof. Dr. Renate Meyer-Braun, Beenhard Oldings und der ehemalige Landesvorsitzende Herbert Brückner, Senator a. D. Eine kritische Würdigung des Buches übernahm an diesem Abend Theo Schlüter, Vorsitzender des Presseclubs Bremen e. V.

Dieter Reinken stellt sich den Delegierten auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 25. Januar 2014 als einziger Kandidat für die Nachfolge von Andreas Bovenschulte im Amt des Landesvorsitzenden vor.

Ebenfalls im Kontext des 150. Geburtstages der Partei, führte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) die Veranstaltungsreihe „Starke Frauen“ durch. Mit den „Starken Frauen“ will die ASF an den mutigen und hartnäckigen Kampf vieler Bremerinnen erinnern, die im 19. und 20. Jahrhundert „Unerhörtes“ für Frauen zu fordern wagten: Bildung, Zugang zu Arbeit und volle staatsbürgerliche Rechte – raus aus der Vormundschaft des Patriachart, hin zu einem selbstbestimmten Leben. Mehr zur Veranstaltungsreihe ist im Bericht der ASF in diesem Jahrbuch zu lesen.

Prominenter Gast: Am 5. November 2012 sprach der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, in Bremen zum Thema „Europa neu begründen, die Krise bewältigen“ eine Veranstaltung des „bremerFORUM Politik & Gesellschaft“.

Feiern zum 150. Geburtstag der SPD in Leipzig, Berlin und Bremen

Der Zentrale Festakt des 150-jährigen Bestehens der SPD fand am Jahrestag des Parteijubiläums am 23. Mai 2013 in Leipzig, der Geburtsstadt der deutschen Arbeiterbewegung, statt.

Am 17. und 18. August 2013 waren alle Freundinnen und Freunde, Sympathisantinnen und Sympathisanten, alle Mitglieder und auch alle einfach nur neugierigen zum großen Deutschlandfest eingeladen. Mehr als eine Million Menschen lockte es vor das Brandenburger Tor in Berlin. Der aus Bremen stammende Soul-Sänger Flo Mega spielte mit seiner Band den „Ruffcats“ auf Einladung der SPD Bremen auf der Länderbühne und begeisterte die Besucherinnen und Besuchern mit seinem deutschsprachigen Soul und talkte auch noch kurz mit dem Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte auf der Bühne.

Zum 150.Geburtstag der SPD Bremen hat der Landesvorstand zu einer Festveranstaltung in den Hanse-Saal im Congress Centrum Bremen am 5. April 2014 eingeladen. Unter den mehr als 800 Gästen konnte der SPD-Landesvorsitzende Dieter Reinken u. a. begrüßen: Die Vertreterinnen und Vertreter des Bremer Koalitionspartners, der Grünen, Bürgermeisterin Karoline Linnert, Landesvorsitzenden Ralph Saxe, Fraktionsvorsitzenden Mitthias Güldner, Senator Joachim Lohse sowie die Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft Silvia Schön. Des Weiteren waren dabei Jens Eckhoff, der Bremer CDU-Kreisvorsitzende sowie Doris Achelwilm, Christoph Spehr, Kristina Vogt, Klaus-Rainer Rupp und Cindi Tuchel, die die Partei „DIE LINKE“ vertraten. Unter den Gästen konnte Dieter Reinken auch die beiden ehemaligen Bürgermeister Klaus Wedemeier und Henning Scherf sowie seine Vorgänger im Amt des Landesvorsitzenden Moritz Thape, Konrad Kunick, Herbert Brückner und Andreas Bovenschulte begrüßen. Dieter Reinken erinnert in seiner Rede an die besondere Rolle der SPD in Bremen: „Das Motto der Veranstaltung ›Eine gerechte Gesellschaft kommt nicht von allein‹, ist von je her das Ziel der Politik der SPD – gerade für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bremen gewesen. Die Ausrichtung der Politik an diesem Ziel ist das wahre Geheimnis, warum die SPD seit dem Ende des 2. Weltkrieges ununterbrochen regiere“, so der Landesvorsitzende. „Mehr als 70 Jahre die Regierung zu stellen, ist keine Erbfolge oder gar eine besondere Vorschrift in der Bremer Landesverfassung. Das geht nur mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger – das nur durch gute Arbeit erworben wird und in den Wahlen bestätigt werden muss“, so Dieter Reinken weiter.

Auch der Parteivorsitzende und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, Sigmar Gabriel, war nach Bremen gekommen. Er erhielt viel Beifall für seine Rede, in der er gleich anfangs bemerkte: „Bremen ist zwar das kleinste Bundesland, dafür aber ein sozialdemokratischer Riese.“ Die lange

und erfolgreiche Geschichte der SPD in Bremen führte Jens Böhrnsen auf die Tatsache zurück, dass die Partei in der Gesellschaft verankert sei – in den Vereinen, in den Stadtteilen und in den Betrieben. „Bremen und die SPD, das passt gut zusammen – ich denke, das gehört zusammen“, so der Bürgermeister. Unser besonderer Dank gilt der Bremer Kinder und Jugendkantorei und dem Bremer Kaffeehaus Orchester sowie dem Spielleute Orchester Tura, die einen großen Beitrag zum Gelingen der Veranstaltung leisteten.

Neumitgliedertreffen

Zwei Staffeln Neumitgliedertreffen führte die Landespartei in den Jahren 2012 und 2013 durch: Am 2. Februar 2012 sowie am 19. Februar 2013 fanden diese mit Bürgermeister Jens Böhrnsen im Rathaus statt. Am 16. Februar 2012 im Konsul-Hackfeld-Haus sowie am 7. März 2013 in der Ständigen Vertretung mit Andreas Bovenschulte. Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Christian Weber, lud am 5. März 2012 und am 12. Februar 2013 in das Haus der Bürgerschaft zu Neumitgliedertreffen ein. Am 20. März 2012 und am 25. Februar 2013 fanden die Neumitgliedertreffen mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Björn Tschöpe, in den Räumlichkeiten der SPD-Fraktion statt. Auf welchen Ebenen – Unterbezirke und/oder Land – in Zukunft Neumitgliedertreffen organisiert werden sollen, ist noch mit den Unterbezirken zu besprechen.

Rückzug von Andreas Bovenschulte vom Amt des Landesvorsitzenden

Am 25. Oktober 2013 erklärte Andreas Bovenschulte seinen Rückzug vom SPD-Landesvorsitz. In einem persönlichen Statement erklärte er, dass er sich dazu entschieden habe, für das Amt des Bürgermeisters in Bremens niedersächsischer Nachbargemeinde Weyhe zu kandidieren. Um sich auf den dann beginnenden Bürgermeisterwahlkampf in Weyhe konzentrieren zu können, kündigte er an, sein Amt vorzeitig zum 1. Januar 2014 abzugeben. Die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden, Sarah Ryglewski, MdBB und Elias Tsartilidis, MdBB, übernahmen sodann zum 1. Januar 2014 den Landesvorsitz kommissarisch. Bereits am 6. Januar 2014 schlug der Landesvorstand einstimmig den Findorffer Ortsvereinsvorsitzenden und Bürgerschaftsabgeordneten Dieter Reinken als Nachfolger Bovenschultes im Amt des Landesvorsitzenden vor.

Wahl von Dieter Reinken zum Landesvorsitzenden

Auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 25. Januar 2014 im Congress Centrum Bremen wurde Dieter Reinken von den Delegierten mit 93,3 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden nachgewählt. Am 21. Juni 2014 werden auf dem ordentlichen Landesparteitag alle Mitglieder des Landesvorstands neu gewählt. Dieter Reinken wird dann wieder für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren.

Der 61-jährige Bürgerschaftsabgeordnete aus Findorff, Dieter Reinken, erhielt 166 von 178 abgegebenen Stimmen: 93,9 Prozent Zustimmung, starkes Vertrauen!

bremerFORUM Politik & Gesellschaft

Mit Beschluss vom 8. Juni 2012 hat der Landesvorstand die Einführung der Veranstaltungsreihe „bremerFORUM POLITIK & GESELLSCHAFT“ eingerichtet. Das „bremerFORUM POLITIK & GESELLSCHAFT“ ist ein offenes Forum der SPD-Landesorganisation Bremen zu politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Themen. In kontroverser Debatte werden Fragen aufgegriffen, die von aktuellem Interesse, aber auch ganz grundsätzlicher Art sind. Das Forum will engagierte Menschen, die nicht nur zuschauen, sondern sich einmischen wollen, zu einem Dialog über die Zukunft der sozialen Demokratie in Bremen, Deutschland und Europa zusammenbringen.

„Faire Steuerpolitik für eine faire Gesellschaft“ hieß es am 25. September 2012 bei der Veranstaltung des BremerForums. „Sozial gerechte Finanzpolitik für Bremen und Bremerhaven unter den Bedingungen von Haushaltsnotlage und Schuldenbremse“, so der Titel der Einführung von Andreas Bovenschulte im Konsul-Hackfeld-Haus an diesem Abend. Als Gastredner war Prof. Dr. André W. Heinemann gekommen, der mit seinem Vortrag „Beitrag der Steuerpolitik zur Lösung der Haushaltsprobleme – deren Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen“ einen Input für die anschließende Debatte lieferte.

Die Diskussionsveranstaltung „Die verlorene Generation?“ am 4. Oktober 2012 im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer Bremen hatte die Beschäftigungssituation junger Menschen in Deutschland und Europa zum Thema. Hierzu referierten Ekkhard Ernst, Leiter der Abteilung Globale Beschäftigung der Internationalen Arbeitsorganisation und Florian Haggenmiller, Referent für Jugend und Jugendpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Die anschließende Diskussion, an der auch die stellvertretende Landesvorsitzenden Sarah Ryglewski teilnahm, moderierte die Geschäftsführerin der Arbeitnehmerkammer Bremen, Elke Heydruck.

Am 5. November 2012 lud das BremerForum zu der Veranstaltung „Die Krise beenden – Europa neu begründen“ ins Haus der Wissenschaft. Gast war der Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz. Mehr als 200 Besucherinnen und Besucher waren zu der Veranstaltung gekommen, auf der Martin Schulz die Auszeichnung der Europäischen Union mit dem Friedensnobelpreis sowohl als Auszeichnung für die die geleistete Arbeit, als auch als Ansporn, für die zukünftig zu leistende Arbeit der Europäischen Union im 21. Jahrhundert würdigte.

Unter dem Titel „Kein Kind zurücklassen“ war die stellvertretende Parteivorsitzende und Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalens, Hannelore Kraft, der Einladung des BremerForums gefolgt und am 3. Mai 2013 in den Treffpunkt KWADRAT gekommen. Gemeinsam mit Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen warb sie für die Idee des vorsorgenden Sozialstaates, der heute Investitionen in Bildung und Prävention tätigt, um zu verhindern, das Kinder und Jugendliche durch das Raster fallen. „Die Sicherung des Kindeswohles steht über jeder Haushaltslage“, so Jens Böhrnsen zu den mehr als 150 gekommenen Interessierten in der Bremer Neustadt.

Um die „Zukunft der kommunalen Krankenhäuser in Bremen“ ging es am 15. Juni 2013 im Congress Centrum Bremen. Hierzu referierte Prof. Dr. Heinz Rothgang, Gesundheitsökonom der Universität Bremen. Debattiert wurde über die schwierige Situation der Krankenhäuser in

Bremen und Deutschland. Vor diesem Hintergrund sollte auch über die Perspektive der Gesundheit Nord (GeNo) diskutiert werden. Dazu waren u. a. Gesundheitssenator Dr. Hermann Schulte-Sasse, der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Winfried Brumma, Uwe Schmid von verdi und Wilfried Bolles von der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (AGS) als Experten geladen.

„Kein Kind zurücklassen“ – zu diesem Thema sprachen am 6. Mai 2013 Hannelore Kraft, stellvertretende Vorsitzende der SPD und Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, und Bürgermeister Jens Böhrnsen in Bremen.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) lud das BremerForum am 17. September 2013 interessierte Bürgerinnen und Bürger in die Arbeitnehmerkammer Bremen zu der Veranstaltung „XKeyscore, Tempora und Prism – Welchen Schutz soll das Recht unseren Daten bieten?“ Es wurde erörtert, welchen Beitrag unser Recht in Zeiten von geheimdienstlichen Späh- und Abhörprogrammen leisten kann, um die Daten, aber auch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Eintrag ins Goldene Buch der Freien Hansestadt Bremen: Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, Bremen, 5. November 2012.

Dazu gab es Impulsreferate von Dr. Imke Sommer, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit und Dr. Daniel Heinke, Referatsgruppenleiter beim Senator für Inneres und Sport. Im Anschluss folgte eine intensive Diskussion mit den anwesenden Gästen.

Blick nach vorn

Hinter uns liegen zwei Jahre intensiver Arbeit an wichtigen Themen für die Partei und das Land. Die SPD in Bremen hat sich in viele Fragen eingebracht und sich weiter zu einer lebendigen Organisation entwickelt. Der Erfolg bei der Bundestagswahl – Bremen hatte das beste Ergebnis bundesweit – können uns stolz machen. Wichtig bleibt: Wir wollen in Bremen die Politik des Landes weiter maßgeblich verantworten und für die Bundespolitik wichtige Anstöße geben. Unsere nächste herausragende Aufgabe ist die Bürgerschaftswahl 2015: Wir können unser Ergebnis von 2011 verbessern – wenn wir es engagiert und entschlossen angehen! Unsere Programmdiskussion wird ein Angebot zum Dialog sein – und unsere Kandidatinnen und Kandidaten werden die Repräsentanten einer Politik für das ganze Bundesland sein. Gestützt auf unsere aktiven Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke wird die SPD im Land Bremen auch in den kommenden Jahren Garant für eine gute Entwicklung sein.

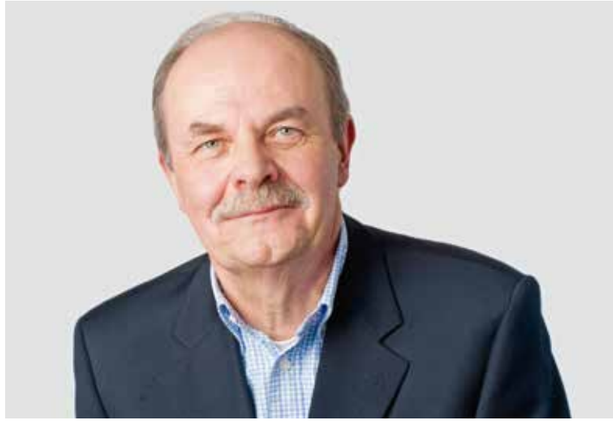
Der Landesvorstand
In Vertretung Dieter Reinken
Landesvorsitzender

IMPRESSIONEN AUS DEM BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2013

IMPRESSIONEN AUS DEM EUROPAWAHLKAMPF 2014

SOZIALPOLITISCHER AUSSCHUSS

Der Sozialpolitische Ausschuss beruht auf einem Beschluss des Landesparteitags vom 25. Juni 2011, der im Kontext mit der Verabschiedung des rot-grünen Koalitionsvertrages und der Bildung des letzten Senats gefasst wurde. Aufgabe des Ausschusses war die Organisation eines Sozialpolitischen Diskurses insbesondere auf dem Gebiet der kommunalen Sozialpolitik im weiteren Sinne und der überregionalen Sozialpolitik. Der Ausschuss hat in der Wahlperiode 2012/13 fünfmal getagt. In den Sitzungen wurden folgende Themen behandelt:



Rolf Prigge, Sprecher des Sozialpolitischen Ausschusses

- Gespräch mit dem ehem. Quartiersmanager des Bremer Hochhausviertels Osterholz-Tenever, Joachim Barloschky, über Probleme der sozialen Stadtteilentwicklung und Armutsbekämpfung;
- Ausbau der Kindertagesbetreuung;
- Schulentwicklung und Ausbau von Ganztagsschulen;
- Bericht aus der Arbeitsgruppe Rente des Landesvorstands;
- Gespräch mit Gerd Wenzel, Vorsitzender des Verbandsrates des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Bremen, über eine soziale Grundsicherung für Kinder;
- Bericht über die sozialpolitischen Konsequenzen der Finanzplanung und Aufstellung der Haushaltes 2014/15;
- Vorbereitung und Durchführung einer Veranstaltung im Rahmen des Bundestagswahlkampfes mit Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalen, zum Thema „Kein Kind zurücklassen – Chancen und Teilhabe für Kinder und ihre Eltern!“ am 3. Mai 2013;
- Europäische Sozialpolitik und Europawahl 2014.

In allen Sitzungen des Ausschusses wurde auch über das Sozialpolitische Engagement in den Unterbezirken berichtet. So wurde im Unterbezirk Bremen-Stadt ein Sozialpolitisches Forum tätig, das u. a. die Themen „Soziale Wohnungsbaupolitik“ und „Pflegeversicherung und Qualitätssicherung in der Pflege“ aufgegriffen und bearbeitet hat. Im Unterbezirk Bremen-Nord wurden u. a. Veranstaltungen zum Kita-Ausbau in einzelnen Stadt- und Ortsteilen durchgeführt.

Nach der Bildung des Europapolitischen Ausschusses beim Landesvorstand hat der Sozialpolitische Ausschuss seine Mitglieder gebeten, dort mitzuarbeiten, um die Aktivitäten zur Vorbereitung auf die Europawahl zu unterstützen. In der neuen Wahlperiode wird in Zusammenarbeit mit den Unterbezirken darüber zu entscheiden sein, ob und wie die Arbeit des Sozialpolitischen Ausschusses fortgesetzt werden soll. Besonders bedanken möchte ich mich noch bei Jochen Windhäuser (Bremen-Nord) für sein Engagement, welches die Veranstaltung mit Hannelore Kraft erst ermöglicht hat.

Rolf Prigge
Sprecher Sozialpolitischer Ausschuss

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES

gewählt auf dem Landesparteitag am 12. Mai 2012 in Bremen

Vorsitzender

Dr. Andreas Bovenschulte (Amtsniederlegung zum 31. Dezember 2013)
Dieter Reinken, MdBB (Nachwahl auf dem Landesparteitag am 25. Januar 2014)

Stellvertretende Vorsitzende

Sarah Ryglewski, MdBB
Elias Tsartilidis, MdBB

Schatzmeisterin

Petra Krümpfer, MdBB

Schriftführerin

Insa Peters-Rehwinkel, MdBB

Beisitzerinnen und Beisitzer

Christian Bücker
Markus Fabian
Wolfgang Grotheer
Mustafa Güngör, MdBB
Rainer Hamann, MdBB
Catharina Hanke
Brigitte Lückert
Sabine Markmann
Rolf Prigge
Gisela Schwellach
Lena Weber
Nicoletta Witt

Geschäftsführer

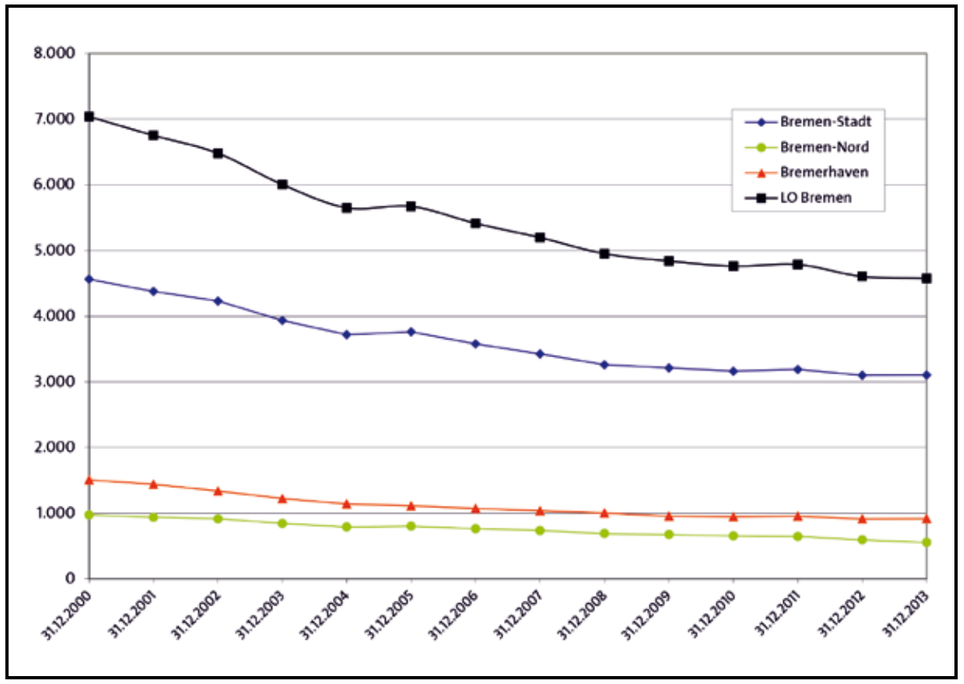
Roland Pahl

ORGANISATIONS- UND FINANZBERICHT

Mitgliederentwicklung

Landesorganisation Bremen 2000 bis 2013

Jahr	Bremen-Stadt	Bremen-Nord	Bremerhaven	LO Bremen	Deutschland
31.12.2000	4.563	973	1.504	7.040	734.667
31.12.2001	4.377	938	1.439	6.754	717.513
31.12.2002	4.231	914	1.337	6.482	693.894
31.12.2003	3.937	845	1.223	6.005	661.278
31.12.2004	3.720	791	1.141	5.652	605.807
31.12.2005	3.760	801	1.112	5.673	590.485
31.12.2006	3.579	763	1.072	5.414	561.239
31.12.2007	3.425	737	1.036	5.198	539.861
31.12.2008	3.261	689	1.002	4.952	520.969
31.12.2009	3.213	674	954	4.841	512.520
31.12.2010	3.162	655	945	4.763	502.062
31.12.2011	3.189	644	954	4.787	489.638
31.12.2012	3.099	594	912	4.605	477.037
31.12.2013	3.104	556	917	4.577	473.662



ORGANISATIONS- UND FINANZBERICHT

Partei in Bewegung

Nach den schmerzhaften Niederlagen bei der Europa- und der Bundestagswahl wurde auf dem Bundesparteitag im November 2009 nicht nur eine neue Parteispitze gewählt, sondern auch die Diskussion einer umfassenden Parteireform eingeleitet. Die Bremer SPD hatte sich an der Debatte intensiv beteiligt. Kernanliegen dieses Parteireformprozesses waren die Ausweitung der Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder und die weitere Öffnung der Partei in die Gesellschaft hinein. Im Dezember 2011 konnte dann auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag mit der Erneuerung des Organisationsstatus und der Verabschiedung des Organisationspolitischen Grundsatzprogramms die umfangreichste Reform der Parteistrukturen seit der 1990er Jahren auf den Weg gebracht werden.

Petra Krümpfer, Schatzmeisterin der SPD-Landesorganisation Bremen

Zur Stärkung der Mitgliederbeteiligung sollen zukünftig überall dort, wo es möglich ist, Mitgliederversammlungen anstelle von Delegiertenversammlungen durchgeführt werden. Dies gilt vor allem auch für die Arbeitsgemeinschaften, die bei der Einbindung neuer Mitglieder, bei der inhaltlichen Profilierung der Partei und bei der Verankerung der SPD in der Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen. Deshalb war es ein guter Schritt zu mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für die Mitglieder, dass die ASF, die Jusos und die AG 60plus Anfang 2012 den Vorschlag des Landesvorstandes aufgegriffen haben, auch auf der Landesebene nun Mitgliederversammlungen statt Delegiertenkonferenzen durchzuführen. Im Rahmen der Organisationswahlen 2014 ist das Forum Sport aus der bisherigen Landesarbeitsgemeinschaft Sport (LAG Sport) erwachsen und bietet zukünftig allen am Sport und an der Sportpolitik Interessierten eine Diskussionsplattform. Gleichzeitig wurde mit der Gründungsversammlung am 20. Mai 2014 auch hier die Arbeitsform von Delegierten- auf Mitgliederversammlungen auch auf der Landesebene umgestellt. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) ist nunmehr die letzte Arbeitsgemeinschaft, die im Land Bremen noch mit dem Delegiertenprinzip arbeitet. Für die vom Bundesparteitag im Dezember 2011 beschlossene und dann vom Parteivorstand umgesetzte Einrichtung der drei neuen Arbeitsgemeinschaften: „Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos)“, „Migration und Vielfalt“ und „Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderung in der SPD“ hat der Landesvorstand im Juni 2012 mit der Verabschiedung einer Richtlinie die organisatorischen Voraussetzungen für ihre Arbeit im Land Bremen geschaffen. Für die Konstituierung dieser Arbeitsgemeinschaften im Land Bremen hat der Landesvorstand allerdings die Mindestzahl von 40 an der Mitarbeit interessierter Mitglieder gesetzt. Für die Mitarbeit in der „Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt“ wurde im Frühjahr 2014 das Quorum an Interessierten erreicht und der Landesvorstand hat zur Gründungs- und Mitgliederversammlung am 5. Juni 2014 eingeladen.

Roland Pahl, Geschäftsführer der SPD-Landesorganisation Bremen

Der Landesparteitag am 12. Mai 2012 hat mit dem Organisationspolitischen Leitantrag des Landesvorstandes konkrete Umsetzungsschritte für die Parteireform im Land Bremen – alternierender Reißverschluss bei Listenaufstellungen zu öffentlichen Wahlen, Aufstellung der Listen für die Wahl der Beiräte durch Mitgliederversammlungen der beteiligten Ortsvereine – sowie den Rahmen für die weitere Diskussion in der Landesorganisation beschlossen. Insbesondere sollten bis Mitte 2013 die folgenden Punkte behandelt werden:

- Entwicklung eines einheitlichen Verfahrens zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft, beginnend mit den Nominierungen in den Ortsvereinen, zur Gewährleistung gleicher Bedingungen.

- Auswertung der Erfahrungen aus dem letzten Bürgerschaftswahlkampf, insbesondere zur Umsetzung von Elementen des Persönlichkeitswahlrechts im Wahlkampf und möglichen Regelungen zur künftigen Wahlkampfführung.

- Überprüfung der Organisationsstrukturen der Partei mit Blick auf die Verbesserung der Kampagnenfähigkeit auf allen Gliederungsebenen.

Die erforderlichen Satzungsänderungen für die Kandidatinnen- und Kandidatenaufstellungen für die öffentlichen Wahlen wurden mit der Neufassung des Paragrafen 8 des Landesstatus auf dem Parteitag im Mai 2013 bei nur einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen beschlossen. Auf diesem Landesparteitag wurde auch mit einer ebenso breiten Mehrheit – zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen – die „Richtlinie zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft“ verabschiedet, damit und mit der Verabschiedung der „Fairnessregeln für Gliederungen und Kandidatinnen/Kandidaten im Bürgerschafts- und Kommunalwahlkampf 2015“ durch den Landesvorstand in seiner Sitzung am 10. Februar 2014 wurden die Arbeitsaufträge aus dem auf dem Landesparteitag vom 12. Mai 2012 verabschiedeten Organisationspolitischen Leitantrag umgesetzt. Zu allen Schritten hatte die Landesorganisation zuvor immer einen intensiven Meinungsaustausch mit den Ortsvereinen, Unterbezirken und Arbeitsgemeinschaften/Foren sowie allen interessierten Genossinnen und Genossen gesucht und hierfür u. a. am 8. Januar 2013 und am 3. Dezember 2013 parteiöffentliche Organisationskonferenzen durchgeführt. Die Frage der kritischen Diskussion der Organisationsstruktur mit Blick auf die Kampagnenfähigkeit wird aber eine kontinuierliche Aufgabe bleiben und nach dem Wahlkampf 2015 wieder besonders auf die Agenda rücken müssen.

Der Landesvorstand hat jeweils die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen für den Bundestagswahlkampf 2013 und den Europawahlkampf 2014 geschaffen und die Wahlkampfbudgets beschlossen. Er ist kontinuierlich über den Verlauf der Wahlkämpfe informiert worden. Die Zeitschiene für die Kandidatinnen- und Kandidatenaufstellung für die am 10. Mai 2015 stattfindenden Wahlen der Bremischen Bürgerschaft, der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung und der Beiräte in Bremen ist aufgestellt und auch in den Prozess der Erarbeitung des Regierungsprogramms zur Bürgerschaftswahl 2015 sind wir bereits eingestiegen, die nächsten Schritte der Arbeit am Regierungsprogramm sehen eine breite Beteiligung der Mitglieder und einen intensiven Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit vor.

Im September 2013 haben wir der Homepage der Landesorganisation „spd-land-bremen.de“ einem Facelift unterzogen. Dabei haben wir an dem aufgeräumten Design festgehalten, dieses aber aufgefrischt und modernisiert, wichtig war uns dabei, dass die Nutzerinnen und Nutzer alle wichtigen Informationen sofort im Blickfeld haben, kein Scrollen ist notwendig, um sich auf der Seite zu orientieren. Auch einen im Zugang auf die Parteimitglieder beschränkten „Mitgliederbereich“ haben wir eingerichtet, dieser wird bestän-

dig mit neuen Materialien und Informationen ausgebaut und aktualisiert. Auch eine für die mobile Anwendung auf Smartphones optimierte Version unserer Homepage bieten wir an. Zum Zeitpunkt des Relauches der Homepage haben wir auch unseren Auftritt auf der Plattform des Sozialen Netzwerkes Facebook gestartet. Seit Herbst 2012 werden die Informationen für die Mitglieder und in einer zweiten Version für an der Politik der Bremer SPD Interessierte nicht mehr als einfache E-Mail, sondern in der Aufmachung eines echten Newsletters übermittelt.

Die Landesorganisation Bremen gliederte sich am Stichtag 31. Dezember 2013 in die drei Unterbezirke Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven sowie in 46 Ortsvereine (Unterbezirk Bremen-Stadt: 30 Ortsvereine, Unterbezirk Bremen-Nord: 8 Ortsvereine, Unterbezirk Bremerhaven: 8 Ortsvereine). Im Berichtszeitraum sind im Unterbezirk Bremen-Stadt der Ortsverein Altstadt-Mitte aus den bisherigen Ortsvereinen Altstadt und Mitte sowie im Unterbezirk Bremen-Nord aus den bisherigen Ortsvereinen Vegesack und Fähr-Lobbendorf der neue Ortsverein Vegesack entstanden. Im Rahmen der Organisationswahlen 2014 haben die Ortsvereine Bremen-Huchting und Bremen-Grolland zum neuen Ortsverein Huchting-Grolland und im Unterbezirk Bremerhaven die bisherigen Ortsvereine Geestemünde-Süd und Geestemünde-Nord zum neuen Ortsverein Geestemünde fusioniert. Somit gliedert sich der Unterbezirk Bremen-Stadt aktuell in 29 Ortsvereine und der Unterbezirk Bremerhaven in sieben Ortsvereine.

Die Zahl der SPD-Mitglieder im Land Bremen hat sich im Berichtszeitraum von 4.787 am 31. Dezember 2011 über 4.605 am 31. Dezember 2012 auf 4.577 Genossinnen und Genossen zum Jahresende 2013 entwickelt. Damit hat sich die Zahl der Mitglieder im Jahr 2012 um 182 (minus 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und im Jahr 2013 um 28 (minus 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr) reduziert. Grund für die fast stabile Entwicklung im Jahr 2013 – in den Unterbezirken Bremen-Stadt und Bremerhaven war die Entwicklung mit jeweils plus 5 sogar leicht im Positiven – ist die deutliche Steigerung der Parteieintritte in der Endphase des Bundestagswahlkampfes und zum Mitgliedervotum zur Frage der Bildung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD auf der Bundesebene.

Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft hat sich in den letzten Jahren kaum verändert: 31.12.2011: 33,95 Prozent; 31.12.2012: 34,12 Prozent; 31.12.2013: 33,76 Prozent.

In den letzten zehn Jahren (2004 – 2013) konnte die SPD im Land Bremen im Durchschnitt jährlich 193 Eintritte in die Partei verzeichnen. Im Jahr 2012 waren es 127 und im Jahr 2013 waren 238 Eintritte zu verzeichnen, die Steigerung der Zahl der Eintritte im Jahr 2013 ist im Wesentlichen mit dem Bundestagswahlkampf und dem Mitgliedervotum verknüpft.

Am 29. November 2013 kam der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel zur Regionalkonferenz in den Bremer Schlachthof und warb leidenschaftlich für die Zustimmung zum mit der CDU und CSU ausgehandelten Koalitionsvertrag.

Die Parteiaustritte betrugen im Durchschnitt der letzten 10 Jahre (2004 – 2013) jährlich 250. Mit 192 im Jahr 2012 und 182 im Jahr 2013 gelang es in den letzten zwei Jahren die Zahl der Austritte etwas abzubremsen.

Das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft lag am 31. Dezember 2013 bei 59 Jahren und blieb damit gegenüber 2011 unverändert. Auch die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft blieb mit 25 Jahre im gleichen Zeitraum unverändert.

Die Delegierten auf dem Landesparteitag am 12. Mai 2012 im Hotel Strandlust in Vegesack bei der Arbeit.

In den letzten zehn Jahren (2004 – 2013) sind im Durchschnitt jährlich 93 Genossinnen und Genossen verstorben. Bei Annahme einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 82 Jahren für Frauen und 78 Jahren für Männer müssen wir in den nächsten zehn Jahren (2014 – 2023) auf Basis des aktuellen Mitgliederbestandes mit etwa 130 Todesfällen je Jahr rechnen. Damit wird deutlich, vor welch großen organisatorischen Herausforderungen und Notwendigkeiten eines beschleunigten Organisationsreformprozesses die Partei im Land Bremen steht.

In der Landesorganisation waren am 31. Dezember 2011 18 Gastmitglieder organisiert, am 31. Dezember 2011 waren es noch 29 und am 31. Dezember 2009 sogar 44.

Die Mitgliederzahlen der Unterbezirke betrugen am 31. Dezember 2013: Unterbezirk Bremen-Stadt: 3.104 (2011: 3.189), Unterbezirk Bremen-Nord: 556 (2011: 644), Unterbezirk Bremerhaven: 917 (2011: 954). Die durchschnittliche Mitgliederzahl je Ortsverein lag am 31. Dezember 2013 im Unterbezirk Bremen-Stadt mit 30 Ortsvereinen bei gegenüber 2011 unveränderten 103 (kleinster Ortsverein ist Seehausen-Hasenbüren mit 12 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Peterswerder-Steintor mit 258 Mitgliedern), im Unterbezirk Bremerhaven mit 8 Ortsvereinen bei 115 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist Geestemünde-Süd/Grünhöfe mit 62 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Lehe-Nord/Weddewarden mit 172 Mitgliedern) und im Unterbezirk Bremen-Nord mit 8 Ortsvereinen bei 70 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist hier Hammersbeck mit 27 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Burglesum mit 145 Mitgliedern).

Statistiken zur Mitgliederentwicklung sind im Anhang dieses Jahrbuches dokumentiert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesbüro sind qualifiziert und hoch motiviert. Für ihre Arbeit und ihr Engagement möchten wir uns an dieser Stelle sehr bedanken. Der „Apparat“ der Landespartei ist personell und technisch gut aufgestellt.

Bereits im Organisations- und Finanzbericht 2009/2010 hatten wir festgestellt und im Bericht für 2011/2012 haben wir es wiederholt, dass eine weitere Personalreduktion nicht mehr verantwortbar sei. Dennoch mussten aufgrund der Finanzlage der Landespartei auch in den letzten zwei Jahren wieder sich durch Personalfluktuation ergebene Sparoptionen genutzt werden. Nachdem in den Vorjahren nur sehr geringe Gehaltssteigerungen möglich waren, sieht der Ende 2012 für die Jahre 2013 bis 2015 abgeschlossene Tarifvertrag jährliche Gehaltssteigerungen von 3 Prozent vor.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen
RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2012
Einnahmen-Ausgabenrechnung
Landesorganisation €
Ortsvereine €
Summe der der Landesorganisation nachgeordneten Gebietsverbände Unterbezirke und andere Summe €
446.175,90
Geprüft: Die Rechenschaftsberichte für die Jahre 2011 und 2012.

MITGLIEDER VOTUM
MITMACHEN. MITENTSCHEIDEN.

14. Dezember 2013, 15:00 Uhr: Das Ergebnis des Mitgliedervotums steht fest: 256.643 abgegebene Ja-Stimmen, 80.921 abgegebene Nein-Stimmen, d. h. 75,96 Prozent Zustimmung – demnach kann die GroKo gebildet werden und ihre Arbeit aufnehmen.

Im Jahr 2005 betrugen die Personalkosten 533.240 Euro und im Jahr 2010 364.126 Euro, dies entspricht gegenüber 2005 einer Reduktion um rund 32 Prozent. Bereinigt um die Kosten für die Wahlkampf-Personalverstärkung in Höhe von 19.385 Euro betrugen die Personalkosten in 2010 sogar nur 344.741 Euro, was einer Reduktion von rund 35 Prozent gegenüber 2005 bedeutet. In 2012 betrugen die Personalkosten 344.395 Euro und im Jahr 2013 für das Stammpersonal 313.713 Euro zzgl. 32.054,68 Euro für die Personalverstärkung zum Bundestagswahlkampf. Gegenüber dem Jahr 2010 bedeutet dies eine nochmalige Einsparung bei den Personalkosten für das Stammpersonal in Höhe von fast 10 Prozent. Nach der Bürgerschaftswahl 2015 wird eine Herausforderung darin bestehen, das Landesbüro mit einer vernünftigen Personalausstattung funktionsfähig zu erhalten.

Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug am 31. Dezember 2013 13,05 Euro (2011: 12,43 Euro). Im Unterbezirk Bremen-Stadt lag er bei 13,67 Euro, im Unterbezirk Bremerhaven bei 12,06 Euro und im Unterbezirk Bremen-Nord bei 11,20 Euro.

Nach den Organisationswahlen im Jahr 2012 sowie im Jahr 2014 hat die Landesorganisation die Kassiererinnen und Kassierer der Ortsvereine sowie die Schatzmeisterin und die Schatzmeister der Unterbezirke zu einer Kassiererinnen-/Kassiererkonferenz eingeladen, diese fanden am 23. April 2012 und am 5. Mai 2014 statt.

Bundesweit ist es die Ebene der Länder und Bezirke, die eine besonders schwierige Finanzlage hat, gefolgt vom Parteivorstand. Die Gliederungen darunter – Unterbezirke, Kreisverbände und Ortsvereine – stehen im Durchschnitt finanziell deutlich besser dar. Dies ist auch im Land Bremen nicht anders: Die Vermögen der Unterbezirke betrugen zum 31.12.2012 143.314 Euro (2011: 78.240 Euro) und die der Ortsvereine 154.897 (2011: 137.073 Euro). Allerdings ist das Vermögen der Unterbezirke und Ortsvereine sehr ungleich verteilt, insgesamt aber ein angesichts der in 2015 anstehenden Wahlkämpfe bemerkenswertes Finanzpolster, während die Landesebene zum 31.12.2013 noch ein negatives Reinvermögen von mehr als 100.000 Euro aufwies.

Am Jahresende 2011 betrug das negative Reinvermögen der Landesorganisation 346.798 Euro. Im Jahr 2012 konnte dieses um fast 150.000 Euro auf 199.679 Euro und im Bundestagswahljahr 2013 um weitere gut 90.000 Euro auf nunmehr 108.262 Euro (vorläufige Bilanz vom 28. März 2014) reduziert werden. Der Abbau der Verschuldung der Landesorganisation konnte nur mit einer besonderen Ausgabedisziplin gelingen. Auch die Personalfluktuation musste zu Einsparungen genutzt werden.

Motto einer lebendigen Partei im Land Bremen.

Die Bremer SPD hat sich intensiv für das Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD nach der Bundestagswahl im September 2013 stark gemacht, der Landesvorstand hat bereits am Tag nach der Wahl einen entsprechenden Antrag an den Parteikonvent gerichtet. Von der Landesorganisation wurde ein breiter Dialog mit vier Parteikonferenzen und der Regionalkonferenz mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel am 29. November 2013 im Bremer „Kulturzentrum Schlachthof“ zum Mitgliedervotum organisiert, das von den Unterbezirken mit eigenen Angeboten in Bremen und Bremerhaven noch verbreitert wurde. Damit war allerdings ein zunächst geplanter noch weiterer Abbau der Verschuldung nicht mehr möglich.

Diese noch immer angespannte Finanzsituation auf der Landesebene bedeutete eine große Herausforderung für die Finanzierung des Bürgerschaftswahlkampfes 2015. Betrugen die Ausgaben für den Wahlkampf zu den Wahlen 2011 noch 607.474 Euro (2010: 110.519 Euro, 2011: 496.955 Euro), liegt das für 2015 vorgesehene Budget fast 20 Prozent darunter und wird selbst in diesem reduzierten Umfang nur zur Verfügung stehen, wenn die Landesorganisation wieder finanzielle Unterstützung vom Parteivorstand erhält.

Die Jahresabschlüsse 2011 und 2012 sowie der vorläufige Jahresabschluss 2013 mit Stand vom 28. März 2014 sind in diesem Jahrbuch dokumentiert.

Petra Krümpfer
Landesschatzmeisterin

Roland Pahl
Landesgeschäftsführer/Landeskassierer

Endgültiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2011

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2011

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	432.269,84 €	Personalkosten	360.297,34 €
Sonderbeiträge	183.729,20 €	Verwaltungskosten	148.895,39 €
Sonderbeiträge, dlfd. für Unterbezirke	13.740,00 €	Politische Arbeit	143.042,86 €
Spenden von nat. Personen	72.603,68 €	Wahlkämpfe	467.902,46 €
Spenden von jur. Personen	20.565,00 €	Personalkosten Wahlkämpfe	52.737,35 €
Staatliche Mittel	132.581,02 €	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	5.003,56 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	318,97 €		
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	22.790,24 €		
Zuschüsse von Gliederungen	13.275,00 €	Zuschüsse an Gliederungen	11.029,09 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	152.157,00 €	Zuschüsse an Gliederungen/Sonderbeiträge	13.740,00 €
Sonstige Einnahmen	360,72 €	Sonstige Ausgaben	- €
Gesamteinnahmen 2011	1.044.390,67 €	Gesamtausgaben 2011	1.202.648,05 €
		Überschuss/Defizit 2011	- 158.257,38 €

Vermögensübersicht 2011

Geschäftsstellenausstattung	15.021,00 €	Rückstellungen	9.157,37 €
Geldbestände	2.428,08 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	100.867,78 €
Forderungen an Gliederungen	601,50 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	490,50 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	234.423,82 €
Sonstige Vermögensbestände	4.707,57 €	Verbindlichkeiten	25.597,27 €
Besitzposten am 31.12.2011	23.248,65 €	Schuldposten am 31.12.2011	370.046,24 €
		Reinvermögen am 31.12.2011	- 346.797,59 €

Stand: nach Wirtschaftsprüfung

Endgültiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2012

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2012

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	446.175,90 €	Personalkosten	344.395,06 €
Sonderbeiträge	178.285,00 €	Verwaltungskosten	150.977,81 €
Sonderbeiträge, dlfd. für Unterbezirke	25.410,00 €	Politische Arbeit	179.606,96 €
Spenden von nat. Personen	9.566,78 €	Wahlkämpfe	- €
Spenden von jur. Personen	300,00 €	Personalkosten Wahlkämpfe	- €
Staatliche Mittel	168.143,54 €	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	6.173,63 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	65,34 €		
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	18.004,15 €		
Zuschüsse von Gliederungen	10.231,00 €	Zuschüsse an Gliederungen	2.500,00 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	- €	Zuschüsse an Gliederungen/Sonderbeiträge	25.410,00 €
Sonstige Einnahmen	- €	Sonstige Ausgaben	- €
Gesamteinnahmen 2012	856.181,71 €	Gesamtausgaben 2012	709.063,46 €
		Überschuss/Defizit 2012	147.118,25 €

Vermögensübersicht 2012

Geschäftsstellenausstattung	12.235,00 €	Rückstellungen	10.796,00 €
Geldbestände	4.944,07 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	94.752,73 €
Forderungen an Gliederungen	470,16 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	0,02 €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	91.664,71 €
Sonstige Vermögensbestände	4.319,60 €	Verbindlichkeiten	24.434,71 €
Besitzposten am 31.12.2012	21.968,83 €	Schuldposten am 31.12.2012	221.648,17 €
		Reinvermögen am 31.12.2012	- 199.679,34 €

Stand: nach Wirtschaftsprüfung

Vorläufiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2013

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2013

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	447.718,14 €	Personalkosten	313.713,31 €
Sonderbeiträge	172.600,00 €	Verwaltungskosten	163.932,17 €
Sonderbeiträge, dlfd. für Unterbezirke	24.990,00 €	Politische Arbeit	178.251,81 €
Spenden von nat. Personen	24.469,20 €	Wahlkampf/Bundestagswahl 2013	95.112,41 €
Spenden von jur. Personen	450,00 €	Wahlkampf/Europawahl 2014	437,97 €
Staatliche Mittel	167.601,94 €	Personalkosten Wahlkämpfe	32.054,68 €
Strukturfonds	30.000,00 €	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	5.012,88 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	27,08 €		
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	22.621,74 €		
Zuschüsse von Gliederungen	13.109,00 €	Zuschüsse an Gliederungen	12.250,00 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	14.000,00 €	Zuschüsse an Gliederungen/Sonderbeiträge	24.990,00 €
Sonstige Einnahmen	- €	Sonstige Ausgaben	- €
Gesamteinnahmen 2013	917.587,10 €	Gesamtausgaben 2013	825.755,23 €
		Überschuss/Defizit 2013	91.831,87 €

Vermögensübersicht 2013

Geschäftsstellenausstattung	9.449,00 €	Rückstellungen	11.163,00 €
Geldbestände	127,50 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	87.383,14 €
Forderungen an Gliederungen	3.337,50 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	4.504,61 €
Sonstige Vermögensbestände	1.994,77 €	Verbindlichkeiten	20.120,47 €
Besitzposten am 31.12.2013	14.908,77 €	Schuldposten am 31.12.2013	123.171,22 €
		Reinvermögen am 31.12.2013	- 108.262,45 €

Stand: 28.03.2014

BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION

Auf dem Landesparteitag der Bremer SPD am 12. Mai 2012 wurde die Landesschiedskommission in folgender Zusammensetzung gewählt:

Thomas von der Vring
Vorsitzender, Unterbezirk Bremen-Stadt

Hans-Christoph Hoppensack
stellvertretender Vorsitzender,
Unterbezirk Bremen-Stadt

Claudia Schilling
stellvertretende Vorsitzende,
Unterbezirk Bremerhaven

Weitere Mitglieder:
Manfred Broda, Unterbezirk Bremen-Stadt
Heinz Buschmann, Unterbezirk Bremen-Nord
Larissa Krümpfer, Unterbezirk Bremen-Stadt
Bernd Schlemmermeyer, Unterbezirk Bremerhaven

Die Landesschiedskommission ist in dem Berichtszeitraum nur in einem Verfahren tätig geworden: Am 8. März 2013 hat der Landesvorstand in Verbindung mit einer Sofortmaßnahme die Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens gegen Dr. Martin Korol beantragt. Daraufhin wurde die zuständige Schiedskommission aus mir als Vorsitzendem und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden gebildet.

Beistand von Martin Korol war Rechtsanwalt Dr. Rudolph Monnerjahn. Der Landesvorstand wurde vertreten durch die Beisitzer Wolfgang Grotheer und Gisela Schwellach. Beistand des Landesvorstandes war Susanne Kleinheyer. Beigeladene waren:

- der Vorstand des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt, vertreten durch Dr. Karl Bronke,
- der Vorstand des SPD-Ortsvereins Findorff, vertreten durch Dieter Reinken,
- Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen.

Die Landesschiedskommission hat nach mündlicher Verhandlung am 26. April 2013 und am 13. Mai 2013 am 31. Mai 2013 entschieden: zeitweiliges Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft von Dr. Martin Korol für die Dauer von zwei Jahren.

Gegen diese Entscheidung haben Antragsteller und Antraggegner Berufung bei der Bundesschiedskommission eingelegt. Am 9. September 2013 hat die Bundesschiedskommission im schriftlichen Verfahren entschieden: Dr. Martin Korol wird aus der SPD ausgeschlossen.

Thomas von der Vring
Vorsitzender der Landesschiedskommission

NOTIZEN

BERICHT DES PRÄSIDENTEN DES SENATS

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mit diesem Bericht soll keine detaillierte Übersicht über sämtliche Aktivitäten des Senats gegeben werden. Vielmehr will ich mich im Folgenden auf die Grundzüge und Schwerpunkte der Senatsarbeit konzentrieren und exemplarisch, geordnet nach Politikfeldern, die wichtigsten Entwicklungen der vergangenen zwei Jahre nachzeichnen.

Zuerst möchte ich aber den sozialdemokratischen Mitgliedern des Senats meinen herzlichen Dank für Ihre erstklassige Arbeit aussprechen. Unsere Senatorinnen und Senatoren Martin Günthner, Renate Jürgens-Pieper, Ulrich Mäurer und Eva Quante-Brandt haben in ihren Ressorts Gegenwart und Zukunft unseres Zweistädtestaats gestaltet, hierbei klare sozialdemokratische Positionen durchgesetzt und Bremen und die Bremer SPD nach Außen in hervorragender Weise repräsentiert. Gleiches gilt für Ulrike Hiller im Amt der Bevollmächtigten Bremens beim Bund und für Europa. Bedanken möchte ich mich auch bei Hermann Schulte-Sasse, der zwar leider kein Sozialdemokrat ist, aber gleichwohl einen sehr guten Job macht. Renate Jürgens-Pieper hat 2007 nach langer Regierungserfahrung in Niedersachsen das Amt der Senatorin für Bildung und Wissenschaft mit großem Engagement angenommen und sich anschließend mit ganzem Herzen für die Bildung im Lande Bremen eingesetzt. Ich habe ihren Rücktritt Ende 2012 mit großem Bedauern, aber auch mit Respekt für ihre Arbeit als Senatorin entgegengenommen. In ihre Amtszeit fallen der Bildungskonsens und die Entscheidung, ernst zu machen mit der inklusiven Beschulung aller Kinder. Beides hat bundesweite Beachtung und Anerkennung gefunden. Ihre Verdienste für Bremen und die Bremer Sozialdemokratie möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich würdigen.

Wir haben den Bremerinnen und Bremern versprochen, den Wirtschaftsstandort zu stärken, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und Kinder und Jugendliche besser zu fördern. Das haben wir eingehalten: Die Freie Hansestadt ist attraktiv für Neubürgerinnen und Neubürger. Bremen wächst und in Bremerhaven konnte der Abwanderungstrend gestoppt werden. Bremens Wirtschaft ist kraftvoll, das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist bundesweit überdurchschnittlich, Bremen liegt auf dem zweiten Platz hinter Hamburg. Gute Wirtschaftsdaten schlagen sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist gestiegen.

Bürgermeister Jens Böhrnsen,
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Bevor ich auf die einzelnen Politikbereiche etwas detaillierter eingehe, möchte ich zwei politische Handlungsfelder, in denen ich mich persönlich besonders engagiert habe, voranstellen:

1. Bildungsfinanzierung

Schulreform, Inklusion, Ganztagsausbau – wir haben dem System Schule in den vergangenen Jahren umfangreiche Umbauprozesse zugemutet. Notwendige Umbauprozesse, wohlgemerkt, von deren langfristigem Erfolg wir überzeugt sind. Aber es ist auch deutlich geworden, dass die Ressourcen, die wir hierfür zur Verfügung hatten, äußerst knapp bemessen waren. Im Jahr 2012 war der Punkt erreicht, an dem wir feststellen mussten: Die Ressourcen (Lehrerstunden) vieler Schulen

reichen nicht mehr aus, die reguläre Unterrichtsversorgung verlässlich abzusichern. Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern. Zum geflügelten Wort wurde meine Ankündigung, der Senat würde in der Bildung nun „eine Schippe drauf“ legen. Wir haben es in schwieriger Haushaltslage gemeinsam geschafft, diese Ankündigung einzulösen. Schon im Jahr 2013 lief es dann am Schuljahresbeginn an den Schulen deutlich runder, als in den Vorjahren. Natürlich sind hiermit noch nicht alle Probleme im Bildungsbereich gelöst. Manchen erschien die „Schippe drauf“ zu wenig, die hatten eher an eine Baggerschaufel gedacht. Mir haben die vielen positiven Rückmeldungen aber gezeigt: Wir haben an der richtigen Stelle und im richtigen Umfang einen Schwerpunkt gesetzt.

Bürgermeister Jens Böhrnsen am 4. Mai 2013 im Treffpunkt KWADRAT bei der Diskussionsveranstaltung „Kein Kind zurücklassen!“ mit Hannelore Kraft.

2. Bündnis für Wohnen

Wir brauchen einen ausgeglichenen, funktionierenden Wohnungsmarkt, der allen sozialen Schichten ein angemessenes Angebot machen kann. In den vergangenen Jahren mehrten sich spürbar die Anzeichen, dass das in der Stadt Bremen wie in vielen anderen, attraktiven Großstädten nicht mehr gegeben ist. Insbesondere Menschen, die sich am Markt nicht aus eigener Kraft mit Wohnraum versorgen können, gerieten in Not. Aber auch Menschen aus dem Mittelstand drohten angesichts der hohen Preise in einen Versorgungsengpass zu rutschen. Deshalb habe ich mehrfach zum „Bündnis für Wohnen“ ins Rathaus eingeladen. Rund 40 Persönlichkeiten aus der Wohnungswirtschaft, aus Kammern, Verbänden, Verwaltung und Politik verfolgen gemeinsam das Ziel, ausreichend preiswerten Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen anzubieten, der sozialen Entmischung entgegenzuwirken und im ganzen Stadtgebiet ein ausgewogenes Wohnangebot zu schaffen. Wir haben in den vergangenen Monaten im Bündnisprozess schon viel erreicht und einige richtungsweisende Wohnungsbauvorhaben auf den Weg gebracht, darunter auch einige Projekte mit einer starken sozialen Komponente. Wir haben Verwaltungsprozesse beschleunigt, um geplante Vorhaben schneller zu realisieren. Und wir haben uns auf die Rahmensetzung einer Sozialwohnungsquote von 25 Prozent bei neuem Baurecht und Verkauf städtischer Grundstücke verständigt. Die gute Zusammenarbeit in dem Bündnis, das wir fortsetzen wollen, stimmt mich sehr zuversichtlich, dass wir auch in Zukunft ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum für alle in Bremen gewährleisten können.

Finanzen
Der Konsolidierungskurs wird eingehalten, das jährliche Defizit kontinuierlich gesenkt. 2012 und 2013 gab es jeweils 300 Millionen Euro von Bund und Ländern, weil Bremen seine Verpflichtungen bzgl. der Schuldenbremse eingehalten hat. Wir sparen und erhöhen gleichzeitig die Einnahmen, beispielsweise durch die Gewerbesteuererhöhung und die Citytax sowie Gebührenanpassungen.

Wirtschaft und Häfen
Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in Bremen und Bremerhaven überaus positiv entwickelt. Im Jahr 2012 betrug das bremische Wachstum plus 1,2 Prozent und war damit fast doppelt so hoch wie das Wachstum im Bundesdurchschnitt.

Die Häfen sind nach wie vor ein Herzstück der bremischen Wirtschaft. 180 Millionen Euro investiert Bremen in den Offshore-Terminal Bremerhaven und schafft bessere Rahmenbedingungen für die Windenergie und Entwicklungspotentiale für die Luneplate.

Die Bremer Innenstadt soll durch ein neues Einkaufscenter aufgewertet werden, mit Ecomat geht es in der Luft- und Raumfahrt weiter nach oben. Mit der Weiterentwicklung von Europas Spitzen-GVZ im Bremer Süden, der Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Hansalinie (Automobil-Zulieferindustrie) stärken wir Logistik und Industrie. In der Überseestadt sehen wir eine stetige Entwicklung zu einem integrierten Stadtteil mit Wohnen, Dienstleistung und Kultur. Dies flankieren wir mit den erforderlichen öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur.

Das Universum wird mit einer neuen zeitgemäßen Ausstellung zur Profilierung Bremens als Tourismusstandort und Ort von Bildung und Wissenschaft beitragen.

Arbeit
Die positive wirtschaftliche Entwicklung Bremens erreicht auch den Arbeitsmarkt. So sind viele tausend neue Jobs entstanden. Erfreulich ist dabei der deutliche Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen – er beträgt fast 10 Prozent gegenüber dem Jahr 2006. Und Bremerhaven konnte von dieser Entwicklung mit einem Beschäftigungszuwachs in Höhe von 14 Prozent besonders stark profitieren.

Bremen hat als erstes Land ein Mindestlohngesetz beschlossen und damit bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Darüber hinaus hat Bremen im Bundesrat mehrere Initiativen gegen Leiharbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse ergriffen. Mit der Kopplung der Wirtschaftsförderung an dauerhaft eingerichtete Arbeitsplätze ist ein Baustein in der Strategie gegen die Einrichtung von Leiharbeitsplätzen gesetzt worden.

Die Integration von Schwerbehinderten wird durch eine Reihe neuer Programme unterstützt. Zudem wird die arbeitsmarktpolitische Programmatik mit dem Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven (BAP) neu ausgerichtet und ein Schwerpunkt auf die Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt gelegt.

Bildung
Der Senat hat in schwieriger Haushaltslage 7,5 Millionen Euro zusätzliche Mittel für die Bildung beschlossen, um die Unterrichtsversorgung an Bremer Schulen abzusichern. Wir haben die Klassenfrequenz deutlich gesenkt: In Grundschulen auf höchstens 24, in Oberschulen auf höchstens 25 und in durchgängigen Gymnasien auf höchstens 30 Schülerinnen und Schüler. Die Schüler-Lehrer-Relation wurde deutlich verbessert, etwa in den allgemeinbildenden Schulen von fast 16 in 2005 auf unter 14 in 2012. Mit dem „Entwicklungsplan Bildung und Migration“ wurde eine wichtige Grundlage für die verstärkte Sprachförderung in Grundschule und Sekundarstufe I gelegt.

Das Ganztagsschulprogramm wurde 2012/13 weiter fortgesetzt. Mittlerweile sind über 40 Prozent aller öffentlichen Grundschulen und fast 60 Prozent aller öffentlichen Schulen der Sekundarstufe I Ganztagsschulen. In mehreren Stadtteilen wurde wegen der hohen Nachfrage nach nachmittäglicher Bildung und Betreuung die Einrichtung von offenen Ganztagsschulen notwendig. Da neben dem Ausbau der Ganztagsbeschulung nur wenige Hortplätze eingespart wurden, ist die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern insgesamt erheblich ausgeweitet worden.

Mehr als 450 Bremerinnen und Bremer kamen am 30. Mai 2013 zur Veranstaltung „Klartext mit Peer Steinbrück“ in das Congress Centrum Bremen. Die Begrüßung übernahm Bürgermeister Jens Böhrnsen.

Im Rahmen der Schulentwicklungsmaßnahmen schreitet auch der Ausbau der inklusiven Beschu-

lung voran. 2011/12 haben sich mehr als 80 Prozent der Erziehungsberechtigten eines „behinderten“ Kindes für eine inklusive Beschulung entschieden. Diese klare Entscheidung gegen das selektive Förderzentrumssystem hat die Freie Hansestadt Bremen für das Schuljahr 2012/13 bewogen, kein Elternwahlrecht mehr vorzusehen, sondern nur noch eine flächendeckende inklusive Beschulung anzubieten. Im Land Bremen werden an den öffentlichen Schulen nunmehr ca. 65 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf inklusiv beschult. Das ist bundesweit Spitze.

Bei der letztjährigen Anmelderunde des Übergangs vom 4. in den 5. Jahrgang haben 87,6 Prozent der Kinder an der Schule ihrer Erstwahl einen Platz bekommen. Insgesamt 97,4 Prozent der Kinder werden zukünftig an einer Schule ihrer Wahl (1., 2. und 3. Wahl) unterrichtet werden.

Der Senat hat dafür gesorgt, dass die Sozialarbeit an Schulen nach Auslaufen der Bundesfinanzierung fortgesetzt werden konnte.

Wissenschaft
Die Bremer Universität hat 2012 die Exzellenzinitiative gewonnen und sich damit an der Spitze der deutschen Universitätslandschaft etabliert. Insgesamt fließen damit über einen Zeitraum von fünf Jahren 78,3 Millionen Euro in die Universität. Das Land Bremen würdigt diese Auszeichnung mit der Zusicherung einer Mitfinanzierung von 25 Prozent.

An der Hochschule Bremen wurden zusätzliche duale Studienangebote in den Bereichen Öffentliche Verwaltung sowie Elektrotechnik eingerichtet. Berufsbegleitende Teilzeitvarianten bereits bestehender Studiengänge wurden in der BWL und der Architektur eingerichtet. Im Bachelorstudiengang Maritime Technologien der Hochschule Bremerhaven können seit dem Wintersemester 2012 Studierende in enger Kooperation mit Windkraftunternehmen ausgebildet werden, in denen sie ein studienbegleitendes Praktikum absolvieren.

Nachdem die Hochschule Bremerhaven bereits in der ersten Bewilligungsrunde des Qualitätspaktes Lehre 2011 erfolgreich war, haben sich 2012 auch die Universität Bremen und die Hochschule für Künste im bundesweiten Wettbewerb erfolgreich durchgesetzt und erhalten bis 2016 knapp 10 Millionen Euro zusätzliche Mittel für die Lehre.

Justiz
Gute Fortschritte wurden bei der Sanierung der JVA gemacht. Etwa die Hälfte des auf zehn Jahre angelegten Sanierungsprojektes ist abgeschlossen. Mit dem Aufbau von 20 Plätzen für die Sozialtherapie und der Entscheidung für 30 zusätzliche Plätze im offenen Vollzug, setzt der Senat weitere Schwerpunkte für einen modernen, am Ziel der Resozialisierung ausgerichteten, Strafvollzug. Ein Landesgesetz zur Sicherungsverwahrung ist auf den Weg gebracht und die Verwaltungsvereinbarung mit Niedersachsen über die Bildung eine Vollzugsgemeinschaft wurde erneuert.

Inneres
Die personelle Ausstattung der Polizei wurde durch die kontinuierliche Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern abgesichert (2012: 40; 2013: 50 Einstellungen).

Gegenüber ethnischen Clans und den Rockergruppierungen wurde eine Null-Toleranz-Strategie wirkungsvoll umgesetzt. Die Rocker haben keinen eigenen Standort mehr in Bremen, die Straftaten der ethnischen Clans sind rückläufig. Die Zahl der Straftaten im Land Bremen insgesamt ist im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 6.000 von 93.007 auf 86.814 gesunken. Zugleich stieg die Aufklärungsquote im Land von 47,6 auf 50,1 Prozent. Sie erreicht damit die höchste Quote seit den sechziger Jahren.

Jens Böhrnsen und Manuela Schwesig, die damalige Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern und stellvertretende Parteivorsitzende, auf dem Landesparteitag am 27. April 2013 im BLG-Forum.

Der Senat hat die Mittel für die Errichtung eines neuen Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Lehesterdeich bewilligt, sie wird eine „Schwerpunktwehr“.

Jens Böhrnsen freute sich darüber, den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück am 30. Mai 2013 im Rahmen seiner Länderreise in Bremen begrüßen zu dürfen.

Zur kundenfreundlichen Umgestaltung des Stadtamtes, insbesondere in der neuen Abteilung Aufenthalt und Einbürgerung, wird die personelle Ausstattung erhöht. Das grundsanierte Standesamt ist ein echtes Juwel.

Die Duldungszahlen konnten durch eine verbesserte Rechtslage noch weiter gesenkt werden. Auf Bundesebene hat Bremen Initiativen zur Modernisierung des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts unterstützt. Die Einbürgerung gut integrierter Jugendlicher ist per Erlass deutlich erleichtert worden. Die Kompetenzen der Härtefallkommission wurden gestärkt. Die Residenzpflicht für Asylbewerber wurde zwischen Niedersachsen und Bremen aufgehoben.

Sport
Das Sportressort hat die Sanierung der bremischen Sportanlagen wie in der Vergangenheit fortgesetzt und mit dem Landessportbund (LSB) für die Zukunft das Projekt „Sportentwicklungsplanung“ initiiert. Bei den Bremer Bädern wurde der Zuschuss für die Betriebskosten (Energie, Personal) erhöht. Darüber hinaus stehen den Bremer Bädern ausreichend Mittel für die notwendigsten Sanierungsbedarfe zur Verfügung. Das Unibad wird so lange wie möglich funktionstüchtig gehalten, kann aufgrund des damit verbundenen unabsehbaren Kostenrisikos aber nicht grundsaniert werden. Die Alternativplanung erfolgt unter Beteiligung aller Nutzergruppen.

Soziales, Kinder und Jugendliche, Frauen
Der Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern unter drei Jahren wird eingelöst. Dazu wurden seit Beginn der Legislaturperiode rund 2.500 Plätze neu eingerichtet oder umgewandelt, im Kindergartenjahr 2013/2014 werden 6.130 Plätze angeboten. Elternvereine zur Betreuung von Kindern erhalten mehr Geld. Erstmals, seit es den Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindergartenkindern gibt, hat die Stadt Bremen alle geprüften Bedarfe hinsichtlich des Stundenumfangs (im Rahmen der achtstündigen Öffnungszeiten der Einrichtungen) voll erfüllt. Wer acht Stunden Betreuung braucht, bekommt auch acht Stunden. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung in Bremerhaven wurde mit insgesamt 8 Millionen Euro aus Landesmitteln gefördert.

Bremen ist es 2012 gelungen, die Inanspruchnahme von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets im Vergleich zum Vorjahr erheblich zu steigern und erzielte im bundesweiten Vergleich ein besonders gutes Resultat.

Gemeinsam mit Ärzten und Krankenkassen ist ein Bremisches Handlungskonzept zur Kindeswohlsicherung und Prävention entwickelt worden. Es verbessert den Schutz von minderjährigen Kindern substituierter oder drogenabhängiger Eltern. Mit dem Konzept liegt ein verbindliches Verfahren vor, das genau regelt, wann auch Haarproben von Eltern und Kindern genommen werden können, um sie auf Spuren von Drogen zu analysieren.

Die anhaltend steigenden Zuzüge von Flüchtlingen – unter anderem aus Afghanistan, Syrien,

Ein wahrhaft historischer Moment: Alle vier noch lebenden Bürgermeister, Hans Koschnick, Klaus Wedemeier, Henning Scherf und Jens Böhrnsen bei der Veranstaltung „Der historische Abend – 150 Jahre Sozialdemokratie in Bremen“ am 8. Mai 2013.

Gesundheit
Mit dem Senatsbeschluss zur finanziellen Unterstützung der städtischen Kliniken in Bremen ist ein wichtiger Schritt zum Überleben der kommunalen Krankenhäuser in Bremen getan worden. Mit 199 Millionen Euro bis 2017 wurden langfristige Zeichen der Entwicklung gesetzt.

Trotz geringen finanziellen Spielräumen in den Haushalten wurde die Investitionspauschale für alle Krankenhäuser im Lande Bremen um 10 Millionen Euro angehoben. Damit profitieren auch die freigemeinnützigen Träger von der gesundheitspolitischen Schwerpunktsetzung dieser Koalition.

Iran, den GUS-Staaten – haben die Eröffnung zusätzlicher Unterkünfte notwendig gemacht. Der Senat hat hierbei auf Stadtteilgerechtigkeit und intensive Beiräte- und Bürgerbeteiligung geachtet. Die vorgeschriebene Wohndauer von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften ist von einem Jahr auf drei Monate verkürzt worden. Parallel wird eine ambulante Unterstützungsstruktur ausgebaut, die Flüchtlinge bei Behördengängen und ihren weiteren Integrationsbemühungen – Sprachkurse, Schulbesuch, Aufnahme in den Kindergarten, Arbeitssuche – unterstützt.

Die Stadtgemeinde Bremen übernimmt die Kosten für die Schuldenberatung für Bremerinnen und Bremer mit geringem Einkommen oder im Arbeitslosengeld-I-Bezug. Die Kosten für ärztlich verordnete Empfängnisverhütungsmittel werden übernommen, wenn die Lebenssituation von Frauen eine entsprechende Unterstützung erforderlich macht. Das Projekt aufsuchende Altenarbeit wurde evaluiert, daraufhin in den beiden Stadtteilen verstetigt und auf einen dritten Stadtteil ausgeweitet. Die Finanzmittel für das Jungenbüro und Schattenriss wurden aufgestockt.

Durch aktive Frauenförderung ist der Frauenanteil im öffentlichen Dienst gewachsen – auch in Führungspositionen.

Der Senat hält daran fest, dass sowohl spezialisierte, ambulante Palliativ-Versorgung wie auch stationäre Hospizplätze weiter etabliert werden. Bereits gesichert ist die Aufstockung der Palliativbetten am Klinikum Links der Weser, ein zweites stationäres Hospiz in Bremen-Nord hat Anfang 2014 eröffnet.

Kultur
Durch den Abschluss von Kontrakten auf der Basis langfristig tragfähiger, wirtschaftlicher Konzeptionen mit bedeutenden Kultureinrichtungen wie der Deutschen Kammerphilharmonie, den Bremer Philharmonikern, dem Übersee-Museum oder der Schwankhalle konnte den Einrichtungen eine mittelfristige Planbarkeit ihrer zukünftigen Entwicklung ermöglicht und ihr Erfolg nachhaltig gesichert werden.

Die Projektförderung blieb und bleibt der „Freien Szene“ vorbehalten. Besonders hervorzuheben ist die große Resonanz auf die Ausstellungen der Kunsthalle nach der Wiedereröffnung, die inhaltliche Neupositionierung des Theater Bremen, der gelungene Neustart des Kommunalkinos in der Bremer Innenstadt, der Umbau des Theaters am Leibnizplatz, die Sanierung von Focke-Museum und des Bürgerhaus Vegesack und in der kulturellen Bildung die bundesweit beachteten Aktivitäten von Quartier e. V. und Kultur vor Ort sowie die Gründung des „Stadtteilorchester Oslebshausen“.

Für den Erhalt des Deutschen Schiffahrtsmuseums als national bedeutsames Forschungsmuseum sind wichtige Weichen gestellt worden. Die Vorbereitungen für die umfassende Sanierung des DSM laufen weiter auf vollen Touren. Dafür stellen das Land Bremen, Bremerhaven und der Bund im ersten Bauabschnitt 42 Millionen Euro zur Verfügung.

Integration
Das Integrationskonzept „Entwicklungsplan Partizipation und Integration“ wurde verabschiedet und wird durch alle Fachressorts stetig umgesetzt. Eine wichtige Rolle in der Integrationspolitik spielt der Bremer Rat für Integration. Der Senat ist stolz und dankbar für dieses Engagement so vieler Ehrenamtlicher. Bremen hat als erstes Bundesland einen Vertrag mit den islamischen Verbänden abgeschlossen.

Die Öffnung der Verwaltung gegenüber unserer multikulturellen Gesellschaft durch mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst ist auf einem guten Weg.

Beiräte und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
Bremen hat im Bereich der Bürgerbeteiligung und der veröffentlichten Daten eine Vorreiterrolle übernommen. Das Informationsfreiheitsgesetz beinhaltet eine umfassende Veröffentlichungspflicht des Staates, bei Open-Data-Angeboten ist Bremen vorn. Die breit angelegte Diskussion um den Verkehrsentwicklungsplan und das neue Hulsberg-Viertel sind zwei Beispiele vorbildlicher Bürgerbeteiligung.

Die für Beiräte geschaffene Möglichkeit, gemeinsame Ausschüsse von mehreren Beiräten zu bilden (Regionalausschüsse), wurde mit Erfolg eingesetzt. Besonders erfolgreich war der Regionalausschuss Bahnlärm. In vielen Beiräten haben bereits Planungskonferenzen stattgefunden, deren Zielsetzung die ressortübergreifende Zusammenarbeit mit den einzelnen Beiräten ist. Damit ist ein Reformziel des Beirätegesetzes, die Stärkung der Beiratsrechte und die Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit auf Stadtteilebene, erreicht worden. Drei Jahre nach Inkrafttreten des neuen Beirätegesetzes hat die Senatskanzlei den Auftrag an die Universität Bremen gegeben, die Wirkungen des Gesetzes zu untersuchen. Dabei wird mit den ehrenamtlich in den Beiräten tätigen Mandatsträgern, den Ortsämtern und den Ressorts eng kooperiert.

Bundespolitik
Unsere Politik und Schwerpunktsetzungen bringen wir auch auf bundespolitischer Ebene ein. So konnten wir in den letzten zwei Jahren erfolgreiche Bundesratsinitiativen initiieren und mitgestalten: Mindestlohn, bezahlbares Wohnen, gute Arbeit, Ausbau der Kinder- und Familienförderung, Gleichstellung von Lebenspartnerschaften, doppelte Staatsangehörigkeit oder auch die Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sind Beispiele für die Fortführung erfolgreicher Bremer Politik im und durch den Bundesrat. Im Bundesrat und auf den Ministerkonferenzen streitet Bremen auf der Bundesebene für verlässliche Bedingungen für den Aufbau der Offshore Windenergienutzung.

Europa und Entwicklungszusammenarbeit
Im Bereich Europa blicken wir vor allem auf zwei sehr erfolgreiche Europawochen 2012 und 2013 zurück: Mit jeweils mehr als 60 Veranstaltungen konnten viele Bürgerinnen und Bürger angesprochen und über aktuelle europapolitische Themen informiert werden. Der EuropaPunkt Bremen wur-

Bürgermeister Jens Böhrnsen, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 12. Dezember 2012 zur Nominierung der neuen Senatsmitglieder.

de mit Beginn einer weiteren fünfjährigen Förderung durch die EU-Kommission noch einladender für Besucherinnen und Besucher gestaltet.

Im Bereich Entwicklungszusammenarbeit standen viele Aktivitäten unter der Überschrift „Bremen als Hauptstadt des Fairen Handels“. Einen wichtigen Meilenstein für die bremische Entwicklungszusammenarbeit stellte der Auftakt für die „Klimapartnerschaft“ zwischen Bremen und ihrer Partnerstadt Durban in Südafrika dar. Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einer halben Million Euro geförderte Projekt finanziert Maßnahmen zur Renaturierung eines Feuchtgebietes als Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel und setzt dabei auf bremische Experten und Expertise.

Umwelt, Bau, Verkehr
Der Ausbau der Erneuerbaren Energien geht voran, das neue Weserkraftwerk ist 2012 in Betrieb gegangen. Ein Solardachkataster ist erstellt und im Netz veröffentlicht, zusätzliche Windkraftstandorte sind in Planung. Der Bremer Lärmaktionsplan wird aktualisiert, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist eingeleitet. Außerdem hat die Bürgerschaft zusätzliche Mittel für ein Lärmschutzprogramm beschlossen. Für die Renaturierung der Gewässer wurden in den letzten zwei Jahren fünf größere und eine Reihe kleinerer Maßnahmen durchgeführt. Die Verfahren für die Ausweisung des Naturschutzgebietes Luneplate und des Landschaftsschutzgebiets Neustädter Hafen sind eingeleitet.

Der Bremer Senat geht beim Wohnungsbau in die Offensive. 2012 ist ein Wohnbauförderprogramm mit einem Kreditvolumen von fast 40 Millionen Euro aufgelegt worden. Für alle Wohnungsbauvorhaben nach Ausschreibung und mit neu zu schaffendem Baurecht ist eine Quote von 25 Prozent für öffentlich geförderte Wohnungen mit sozialer Bindung vorgeschrieben. Im Herbst 2012 hat der Senat 30 innenstadtnahe Flächen für rund 3.700 Wohneinheiten vorgestellt, die in den nächsten Jahren für Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Eine Mietpreisbremse, die Mieterhöhungen auf 15 Prozent in drei Jahren beschränkt, ist in Vorbereitung. Der Senat wird die Gewoba und andere Investoren dabei unterstützen, mit ihren Projekten ein nachhaltiges, nachfragegerechtes Wohnungsangebot zu schaffen.

Unter intensiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Mitarbeit von Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltverbänden wird der Verkehrsentwicklungsplan 2020/2025 aufgestellt. Das Straßenbahnnetz wird weiter ausgebaut: Die Linie 1 nach Mahndorf ist im Frühjahr 2013 vollständig in Betrieb genommen worden, die Linie 4 nach Lilienthal steht vor der Fertigstellung, für die Verlängerungen der Linien 1 und 8 nach Huchting, Stuhr und Wehye wird das Planfeststellungverfahren vorbereitet. Ein einheitlicher ÖPNV-Tarif in Bremen und Bremen-Nord ist für Schülerinnen und Schüler eingeführt, insgesamt soll er ab 2015 gelten.

Der Bau der Autobahn A 281 konnte in dieser Legislaturperiode wieder in Gang gebracht werden. Mit dem positiven Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes für den Bauabschnitt 4/Weserquerung, der Bremer Einigung auf eine modifizierte Variante des Runden-Tisch-Ergebnisses und der Zustimmung des Bundes zu dieser Bremer Variante wird nun die Umsetzungsplanung mit Hochdruck betrieben.

Bremerhaven und Bremen-Nord
Es ist gelungen, wesentliche Akteure der Offshore-Industrie in Bremerhaven anzusiedeln. Mit einer Flächenaufbereitung und einer Optimierung der Erschließung schaffen wir die Voraussetzungen, trotz aller aktuellen Schwierigkeiten, einen nachhaltigen Beitrag zu leisten, Bremerhaven als „Offshore-Hauptstadt“ Europas zu etablieren. Neben dem Offshore-Terminal, dem Ausbau der Hafeneisenbahn, dem Hafentunnel Cherbourger Straße haben wir in das Auswandererhaus, den Zoo am Meer, das Deutsche Schifffahrtsmuseum, das Strandbad und in die Deichsicherheit investiert. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gibt es zusätzliche Strukturhilfen.

In Bremen-Nord wurden für die Entwicklung der ehemaligen Flächen der Bremer Woll-Kämmerei (BWK) die notwendigen Mittel für die Infrastruktur und für den Erhalt der prägenden historischen Gebäude bereitgestellt. Gemeinsam mit den Flächen Lesum Park, Science Park an der Jacobs University Bremen (JUB) und dem Bremer Industriepark stehen hier zukünftig bedarfsgerechte Gewerbeflächen zur Verfügung.

Jens Böhrnsen zusammen mit dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil beim Jahresauftakt der Bremer SPD in der Schwankhalle am 17. Januar 2014.

Liebe Genossinnen und Genossen,
dieser Bericht zeigt: wir haben viel erreicht für Bremen und Bremerhaven. Vor uns liegt aber auch noch eine Menge Arbeit. Dafür möchte ich ganz herzlich um die Unterstützung von Euch allen bitten. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass das sozialdemokratische Profil dieser Regierung trotz aller guten Zusammenarbeit immer ganz klar auch erkennbar bleibt. Wir sind keine Rot-Grünen und wir sind keine Rot-Schwarzen, wir sind und bleiben Rote. Selbstverständlich gibt es in jeder Koalition inhaltliche Kontroversen – die werden aber konstruktiv gelöst. Wir arbeiten gerne zusammen, deshalb ist Rot-Grün eine Perspektive über 2015 hinaus. Wir wollen auch in Zukunft gemeinsam dafür sorgen, dass Bremen und Bremerhaven lebenswerte Städte bleiben. Städte, in denen jede und jeder Arbeit findet, zu sozialen und fairen Bedingungen. Städte, in denen alle, unabhängig von ihrer Herkunft und von dem Stadtteil, in dem sie leben, gleiche Chancen und Perspektiven haben.

Bürgermeister Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der
Freien Hansestadt Bremen

150 JAHRE SPD BREMEN

Festveranstaltung: 5. April 2014

Congress Centrum Bremen

NOTIZEN

BERICHT DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION 2012 – 2013

Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft.

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Bilanz der rot-grünen Koalition in den vergangenen zwei Jahren kann sich sehen lassen: Wir haben als erstes Bundesland ein eigenes Landesmindestlohngesetz eingeführt, eine Wahlrechtserweiterung und weitere Mitbestimmungsmöglichkeiten auf den Weg gebracht und wir haben eine Privatisierungsbremse eingeführt, die verhindert, dass gegen den Willen der Bremerinnen und Bremer wichtige öffentliche Unternehmen verkauft werden. Wir haben weiter massiv in die Kinderbetreuungsangebote investiert und bei den letzten Haushaltsberatungen ist es zudem gelungen, noch einmal mehrere Millionen Euro für den weiteren sozialindikatorbasierten Ausbau von Ganztagsgrundschulen und die Hochschulen als Motor wirtschaftlicher Entwicklung umzuschichten. Gleichzeitig konnte die Konsolidierung des Haushalts unseres Bundeslandes konsequent vorangebracht werden.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Es gab in der Koalition durchaus eine Reihe politischer Auseinandersetzungen auch und vor allem, weil die finanziellen Spielräume immer enger werden. Klar ist: Der Kurs zur Haushaltssanierung wird beibehalten. Aber das Sparen darf eben nicht zum Selbstzweck werden. Eine Übererfüllung von Haushaltsvorgaben mag eine tolle Außenwirkung haben und einem bestimmten Klientel gefallen. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind jedoch davon überzeugt: Wenn es finanzielle Möglichkeiten gibt, dann müssen wir sie auch für die Bremerinnen und Bremer nutzen. So haben wir auch in den vergangenen beiden Jahren gehandelt. Der rote Faden unserer Politik war und ist die Sicherung des sozialen Zusammenhalts in unseren beiden Städten. Dazu gehört einerseits, dass wir uns konsequent für existenzsichernde Beschäftigung eingesetzt haben und andererseits dafür gestritten haben, dass alle die gleichen Chancen bekommen – von Anfang an.

Ein weiterer Schwerpunkt war deshalb der Ausbau der Kinderbetreuung: Die Erfüllung des entsprechenden Rechtsanspruchs der Eltern ist für uns nicht nur eine gesetzliche Vorgabe gewesen, sondern wir haben das auch als politische Verpflichtung verstanden, um Familien und Alleinerziehende zu unterstützen. Das heißt auch, dass es beim Kita- und Krippen-Ausbau keine Einschränkungen zu Lasten von Kindern in sozialen Problemgebieten geben darf – nur weil dort womöglich Eltern ihren Rechtsspruch auf einen Betreuungsplatz nicht nutzen. Auf einen solchen sozialraumorientierten Ausbau der Kinderbetreuung werden wir in den kommenden Monaten weiter drängen.

Der folgende Bericht macht deutlich: Wir haben einiges erreicht – aber es bleibt auch noch viel zu tun. Vor großen Herausforderungen stehen wir beispielsweise bei den kommunalen Kliniken. Wir stehen nach wie vor dazu, dass wir uns als Kommune eine hochqualitative gesundheitliche Versorgung der Bremerinnen und Bremer leisten wollen und müssen. Uns ist dabei klar, dass das schwierig wird, weil wir dafür viel Geld brauchen. Und dieses Problem wird uns auch bei anderen Themen ereilen: Die Schuldenbremse wird jedes Jahr ein Stück weiter angezogen – und dass wird die Situation nicht einfacher machen. Gerade daher ist es wichtig, klare Schwerpunkte zu haben und diese auch beizubehalten. Kurzum: Trotz unserer Haushaltslage werden wir weiter in Arbeitsplätze, in Chancengleichheit und in die

Die Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion für Gesundheit, Winfried Brumma (rechts), und für Soziales, Klaus Möhle (Mitte) am Fraktion-vor-Ort-Aktionsstand.

Lebensqualität unserer beiden Städte investieren. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird die dafür notwendige Politik durchsetzen. In diesem Sinne wichtige Impulse gingen auch von unserer Fraktionsklausur in Wilhelmshaven im April 2013 aus. Denn neben den politischen Entscheidungen ist es immer auch die Geschlossenheit und Verlässlichkeit der größten Regierungsfraktion gewesen, die in 2012 und 2013 positive Signale setzen konnte.

Auf Tour mit dem Roten Bus durch die Stadtteile Bremens und Bremerhavens informieren die SPD-Abgeordneten direkt vor Ort zur Arbeit der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft.

2013 war für uns alle aber auch ein Jahr, das mit einem sehr traurigen Ereignis verbunden ist. Denn am 7. Februar vergangenen Jahres ist unsere Kollegin Renate Möbius ihrem Krebsleiden erlegen. Renate war zunächst zwei Monate, Juni und Juli 1995, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und schließlich von Juni 1999 bis zu ihrem Tod Mitglied unserer Fraktion. Sie war viele Jahre Sprecherin für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten. Wir werden Renate ein ehrendes Andenken bewahren.

Ein – später auch aus der Partei ausgeschlossener Abgeordneter – ist im Frühjahr 2013 einstimmig wegen der Verbreitung rassistischer und frauenfeindlicher Positionen und der Herabsetzung von Abgeordneten mit nichtdeutschen Bildungsabschlüssen aus der Fraktion ausgeschlossen worden. Die SPD-Fraktion ist bunt und kollegial, sie spiegelt die Gesellschaft in unseren Städten wider, Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind die Grundwerte der sozialen Demokratie, wer diese in Frage stellt, kann nicht für die SPD in der Bremischen Bürgerschaft sitzen.

Haushalts- und Finanzpolitik

Seit 2011 stehen Aufstellung und Vollzug der Bremer Haushalte unter externer Beobachtung. Damit Bremen vom Bund die in der Verwaltungsvereinbarung festgelegten Hilfen von jährlich 300 Millionen Euro zur Einhaltung der Schuldenbremse erhält, muss Bremen sein strukturelles Finanzierungsdefizit des Basisjahres 2010 (1.253,5 Millionen Euro) in zehn gleich großen Schritten bis 2020 vollständig abbauen. Bremen hat diesen Konsolidierungsweg bisher erfolgreich eingehalten. Bei der Finanzierung unserer Schwerpunkte galt immer das Prinzip, dass es nichts „on Top“ gibt. Ausgaben für politische Schwerpunktsetzungen werden per Umlage finanziert.

In den Jahren 2012 und 2013 wurden zusätzliche Schwerpunktmittel in Höhe von insgesamt 37 Millionen Euro für die Verbesserung der Startchancen von Kindern und Jugendlichen bereitgestellt. Für mehr Personal und bessere Ausstattung in Krippen, Kindergärten und Schulen

wurden knapp 24 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben. Investiv wurden für Um- und Neubauten zusätzlich rund 14 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln wurde insbesondere der Ausbau der U3-Kinderbetreuung verbessert sowie die Sprachförderung und Angebote für ganztägiges Lernen ausgebaut. Bremerhaven wird beim Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige mit je vier Millionen Euro in 2012 und 2013 aus Landesmitteln unterstützt. Auch das Gebäudesanierungsprogramm mit rund 30 Millionen Euro p.a. ist in den beiden Jahren wieder zu einem Großteil den Schulen und Kindergärten zu Gute gekommen.

928 Millionen Euro haben wir in den Jahren 2012/2013 in die Wirtschaftskraft unseres Landes investiert. Strukturpolitisch erforderliche Investitionen in die Wirtschaftskraft mit den Investitionseckwerten (2012 rund 460 Millionen Euro und 2013 rund 468 Millionen Euro) ist zwar nicht das Wünschenswerte aber das Notwendige finanziert worden. Mit unseren Investitionen fördern wir innovative Projekte in Wissenschaft und Wirtschaft, entwickeln unsere Häfen/Offshore-Hafen Bremenports (OTB) und erschließen bedarfsgerecht Gewerbegebiete. Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs ist ebenso abgesichert wie die Fortführung des Küstenschutzprogramms und Investitionen zur Kohlenstoffdioxid (CO_2)-Reduktion.

Durch die eingegangenen Verpflichtungen aus der Konsolidierungsvereinbarung mit dem Bund sehen wir es als erforderlich, auch bei den Personalausgaben – die 40 Prozent der Gesamtausgaben – in die Sparanstrengungen einzubeziehen. Steigerungen bei den Personalausgaben, die z. B. aus Tariferhöhungen resultieren, sind deshalb grundsätzlich durch personalwirtschaftliche Maßnahmen (z. B. Personalabbau, längere Arbeitszeiten, Beförderungsstopp) zu kompensieren. Daher haben wir uns im Bereich der Beamtenbesoldung für eine nur teilweise und verzögerte Übernahme der Tarifergebnisse entschlossen. Neben einer strikten Ausgabendisziplin braucht Bremen zur Erfüllung seiner Aufgaben die notwendigen Einnahmen. Wir sind gefordert, alle Spielräume zur Verbesserung der Einnahmesituation zu nutzen. Hierzu wurden die Anhebung der Vergnügungssteuer sowie die der Gewerbe- und Grunderwerbssteuer und die Einführung einer Tourismusabgabe beschlossen.

Wirtschaft, Arbeit, Häfen, Verbraucherschutz und Agrarpolitik

Innovationsförderung und Wissenstransfer, Ausbau der Windenergieindustrie und Stärkung der Kreativwirtschaft, die Sicherung der industriellen Kerne, der Häfen und der Logistikwirtschaft, die Entwicklung von Innovationsclustern, der Ausbau der Überseestadt, ein wirtschaftsverträgliches Mobilitätskonzept sowie die Zukunftsfähigkeit von Innenstadt und Zentren waren in der Berichtszeit wesentliche Themen der SPD-Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftsförderung wurde darlehensorientiert und mit dem Fokus „gute Arbeit“ weiterentwickelt. Durch öffentliche Investitionsentscheidungen wie die Erneuerung der Kaiserschleuse, die Modernisierung der Hafenbahn, den Bau eines Offshore Terminals, die Weiterentwicklung der Überseestadt, die bedarfsgerechte Entwicklung von Gewerbeflächen und die wachstumsorientierte Förderung der Kreativwirtschaft wurde die Zukunftsfähigkeit des Landes ebenso gestärkt wie durch die Profilierung von Innovationsclustern und die Bindung wich-

Sieht nach Frontalunterricht aus – tatsächlich gab es aber lebhafte Diskussionen und am Ende mehr als 30 politische Initiativen und Beschlüsse: Vier Tage ging die SPD-Fraktion im Mai 2013 in Wilhelmshaven in Klausur.

tiger Schlüsselindustrien. In den Häfen konnten die starken Beschäftigungseinbrüche der Wirtschaftskrise kompensiert werden. Die Inbetriebnahme des Kooperationsprojekts Jade-Weser-Ports zielt auf langfristige Wettbewerbsfähigkeit. Der Schutz des Neustädter Hochwasserpolders erfolgt unter Sicherung einer wirtschaftlich wichtigen Verkehrsverbindung. Die Änderung des Hafenbetriebsgesetzes ermöglichte ein Umschlagsverbot für Kernbrennstoffe, ohne damit den Umschlag anderer Güter zu gefährden. In der Arbeitsmarktpolitik lagen die Schwerpunkte ebenfalls beim Thema „Gute Arbeit“, abschlussorientierter Qualifizierung, individueller Betreuung von Langzeitarbeitslosen und der Sicherung beruflicher Perspektiven für junge Menschen. Mit von der SPD-initiierten Bürgerschaftsbeschlüssen wurden das erste Landesmindestlohngesetz beschlossen, ein Orientierungsrahmen für die Arbeitsmarktpolitik bis 2020 geschaffen und hierfür erstmals wieder Landesmittel bereitgestellt. Mit Blick auf ökologischen Umbau, u. a. in der Flächennutzungsplanung inklusive Landschaftsprogramm, und Verkehrsentwicklung setzte sich die SPD-Fraktion dafür ein, diesen mit, nicht gegen Wirtschaft und Industrie zu gestalten. Die Umgestaltung des Ansgariviertels und die Sicherung von Standortgemeinschaften (BID) werden die Zentralität Bremens verbessern. Touristisch wird das Land u. a. vom Ausbau der Schlachte und der Erweiterung des Auswandererhauses profitieren. Verbraucher- und agrarpolitisch stritt die SPD-Fraktion für klare Inhaltsangaben und gesundheitlich unbedenkliche Produktionsbedingungen bei Lebensmitteln. Sie engagierte sich gegen intransparente, überhöhte Darlehenszinsen und gegen Mietern auferlegte Maklerprovisionen sowie für Verbraucherschutz in der digitalen Welt.

Bildungs- und Wissenschaftspolitik

In den vergangenen zwei Jahren wurde die strukturelle Weiterentwicklung des Schulsystems fortgesetzt. Bis auf die vorhandenen durchgängigen Gymnasien haben sich mittlerweile alle anderen Schulen in Oberschulen umgewandelt, in denen Schülerinnen und Schüler gemeinsam in kleineren Klassen alle Schulabschlüsse bis zum Abitur (nach 8 oder 9 Jahren) erwerben können. Mit Beginn des Schuljahres 2012/2013 werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit nichtbehinderten Kindern in sogenannten Inklusionsklassen in Regelschulen gemeinsam unterrichtet und nicht mehr in Förderzentren aufgenommen. Mit der Errichtung von Zentren unterstützender Pädagogik (ZuP) an allen allgemeinbildenden Schulen (kleinere Grundschulen bilden Verbünde) und der Einführung der neuen Funktionsstelle der ZuP-Leitung sind wichtige Voraussetzungen für das Gelingen der Inklusion geschaffen worden. In allen Regionen bieten Regionale Unterstützungszentren (ReBuZ) unabhängige Beratungs- und Unterstützungsleistung für Eltern, Lehrkräfte und anderes schulisches Personal sowie Schülerinnen und Schüler. Mit den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets wurden an Schulstandorten mit besonderen Herausforderungen Schulsozialarbeiter eingestellt, deren Weiterbeschäftigung auch nach Auslaufen der Bundesmittel gesichert werden konnte. In der Stadtgemeinde Bremen gibt es mittlerweile 20 gebundene Ganztagsgrundschulen und 27 Ganztagsschulen im SEK I-Bereich. Auf Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion sind zum Schuljahr 2012/2013 in der Stadtgemeinde Bremen zusätzlich zehn offene Ganztagsgrundschulen eingerichtet worden. Zum Schuljahr 2014/2015 werden hier eine weitere gebundene Grundschule und vier weitere offene Ganztagsgrundschule an den Start gehen. Die Einrichtung einer weiteren gebundenen Ganztagsgrundschule zum Schuljahr 2016/2017 ist bereits beschlossen.

Auch für den Doppelhaushalt 2012/2013 wurde die Schwerpunktsetzung im Bereich Bildung fortgesetzt und wurden Schwerpunktmittel für Schulentwicklung und Ganztagsschulen in Höhe von 1,7 Millionen Euro in 2012 und 4,6 Millionen Euro in 2013 in den konsumtiven Eckwerten, Schwerpunktmittel in Höhe von 4,95 Millionen Euro in 2012 und 3,85 Millionen Euro in 2013 im investiven Eckwert eingestellt. Zusätzliche Investitionsmittel wurden für schulstrukturelle Maßnahmen in Höhe von 3,5 Millionen Euro in 2012 sowie 8,6 Millionen Euro in 2013 eingestellt. Für Mehrbedarfe bei gesetzlichen Ausgaben (BAföG, Privatschulen, Energie) standen Mittel in einem zentralen Risikofonds zur Verfügung. Im bei der Finanzsenatorin veranschlagten Topf „Umstrukturierung Verwaltung und Infrastruktur“ wurden für den Bildungsbereich noch einmal zusätzlich 6,6 Millionen Euro für Projekte bewilligt. Im Sanierungsgebäudeprogramm sind überdies, wie in der Vergangenheit, ca. 2/3 der Mittel für die Sanierung von Schulgebäuden vorgesehen.

Anders als andere Bundesländer hat Bremen in den vergangenen Jahren den Hochschulpakt voll erfüllt. Die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Bremens zeigt sich auch an der hohen Zahl außeruniversitärer Forschungsinstitute, die in den vergangenen Jahren in die von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Forschungsfinanzierung überführt wurden. Gekrönt wurden diese Erfolge durch die Kür der Universität Bremen zur „Exzellenz-Universität“ im Jahr 2012: Mit ihrem Zukunftskonzept „Ambitioniert und agil“ hat es die Bremer Universität in der dritten Runde der Exzellenzinitiative geschafft, mit an der Spitze der deutschen Universitätslandschaft anzukommen. Als „Exzellenz-Universität“ wird die gesamte Hochschule fünf Jahre lang mit 78,26 Millionen Euro gefördert, für die das Land Bremen eine Ko-Finanzierung in Höhe von 19,56 Millionen Euro bereitstellt. Der Wissenschaftsrat bestätigt in seinem im Herbst 2013 veröffentlichten Gutachten „Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Bremischen Hochschulsystems“ die positive Einschätzung und kommt zu dem Ergebnis, dass die Bremische Hochschul- und Wissenschaftslandschaft insgesamt leistungsstark und förderungswürdig sei. Auf der Basis dieses Gutachtens wird derzeit der „Wissenschaftsplan 2020“ erarbeitet, mit dem Ziel, die Qualität und Leistungsfähigkeit sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Wissenschaftslandschaft des Landes Bremens langfristig zu erhalten und notwendige Weichenstellungen dafür vornehmen zu können.

Auf politische Initiative der SPD-Fraktion haben sich mittlerweile alle Bremer Hochschulen mit Ausnahme der Hochschule für Künste eine Zivilklausel gegeben, in der sie jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ablehnen.

Jugend- und Sozialpolitik

Die Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf eine Betreuung im U3-Bereich ab 1. August 2013 war einer der wichtigsten Arbeitsbereiche der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Im Jahr 2007 hat die Stadtgemeinde Bremen noch knapp 82 Millionen Euro für den Betrieb der Tagesbetreuung ausgegeben, für das Jahr 2013 waren es bereits über 140 Millionen Euro. Das Engagement der SPD-Sozialpolitiker zielte weiterhin auf einen trägergerechten Ausbau und auf eine Weiterentwicklung der Stadtteilgerechtigkeit insbesondere zwischen Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf und privilegierten Wohngebiete. Im Blick ist dabei

Sozi frei Haus! Zahlreiche Bremerinnen und Bremer nutzten die Möglichkeit, sich im Rahmen dieser Kampagne einen SPD-Abgeordneten „liefern zu lassen“. Hier als „Frei-Haus-Sozi“ im Einsatz: Jürgen Pohlmann, der von einigen Geografie-Studierenden „bestellt“ wurde, um mit ihnen über die Entwicklung der Überseestadt zu diskutieren.

Politik ist eine Männerdomäne? Von wegen! Mit dem Mentoring-Programm gewährte die SPD-Bürgerschaftsfraktion unter Federführung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Sybille Böschen interessierten Frauen dieses Jahr bereits zum 25. Mal einen unverfälschten Einblick in den politischen Arbeitsalltag.

immer auch eine sozialräumliche Verteilung der Plätze, die absichert, dass insbesondere dort ausgebaut wird, wo der soziale Bedarf gegeben ist. Dies wurde mit einer entsprechenden Antragslage in der Bürgerschaft untermauert. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat sich zudem gegenüber dem Sozialressort für einen deutlich umfangreicheren und über die Behördenplanungen hinausgehenden Ausbau an Betreuungsplätzen im U3-Bereich engagiert und dies zu einem erheblichen Teil durchsetzen können. Im Bereich der Betreuung der Kinder im Alter von 3 – 6 Jahren hat sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion nachdrücklich für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsumfang von sechs Stunden täglich engagiert. Der Rechtsanspruch wird zum Kindergartenjahr 2014/2015 umgesetzt.

Die „Aufsuchende Altenarbeit“, bei der Seniorinnen und Senioren in ihrer häuslichen Umgebung besucht und beraten werden, konnte mit Unterstützung der SPD-Bürgerschaftsfraktion abgesichert und auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden. Zudem ist es gelungen, die Arbeit der Seniorenbegegnungsstätten finanziell auch im nächsten Haushalt vollständig abzusichern. Die neue UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine Politik der Inklusion, die die Wertschätzung und Vielfältigkeit aller Menschen betont und besonders die gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen einfordert. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat dies durch parlamentarische Anträge flankiert und einen Aktionsplan zur Umsetzung gefordert.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion setzt sich für die Auflösung der Sammelunterkünfte von Flüchtlingen in Bremen ein und hat einen entsprechenden Antrag für eine humane Flüchtlingspolitik formuliert. Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen müssen aber weiterhin auch gemeinschaftliche Unterkünfte bereitgestellt werden – allerdings unter der Maßgabe, die Unterbringung in provisorischen Sammelunterkünften soweit wie möglich zu vermeiden und die Ortsbeiräte in alle Planungen frühzeitig einzubinden. Zudem hat sich die Bürgerschaftsfraktion für die Entwicklung weiterer Angebote insbesondere im Bereich Soziales, Bildung und Arbeitsförderung eingesetzt. Das Thema „Einwanderung und Integration von Neu-EU-Bürgern“ wurde in 2013 intensiv bearbeitet.

Die sozialen Problemlagen im Umfeld der George-Albrecht-Straße im Ortsteil Blumenthal wurden von der sozialdemokratischen Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft durch parlamentarische Initiativen angegangen, die eine vernetzte Quartiersentwicklung in der Region zum Ziel haben, um der sozialen Benachteiligung und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Der Senat wurde aufgefordert, ein Konzept zur verstärkten Unterbringung von Obdachlosen in normalem Wohnraum und wohngemeinschaftlichen Wohnformen vorzulegen und somit zu einer Dezentralisierung der Unterbringung von wohnungslosen Menschen in Bremen beizutragen.

Stadtentwicklung, Bau- und Verkehrspolitik

Mit dem „Bündnis für Wohnen“ haben wir einen konstruktiven Prozess eingeleitet, in dem engagiert und kontrovers zentrale Fragestellungen des Wohnens in Bremen diskutiert werden. Dazu gehören: Die Ermittlung des Wohnungsneubaubedarfs, die Bereitstellung geeigneter Wohnbauflächen und ihre Entwicklung, zeitgemäße Standards des Wohnungsbaus, die Bereitstellung preiswerten und sozialgebundenen Wohnraums, die Weiterentwicklung des Bestandes und der Quartiere und der Erlass besonderer Regelungen für von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen. Stadtentwicklungs- und wohnungspolitische Schlüsselprojekte sind derzei das Hulsberg-Viertel, Marcuskaje/Überseestadt, Büro-Wohn-Park Oberneuland, Gartenstadt Werdersee. Mit der Auflage des Wohnraumförderungsprogramms 2012/2013 konnten wir ein Darlehensvolumen von knapp 40 Millionen Euro bereitstellen. Mit der langfristigen Absicherung der „Entwicklungsagentur West“ haben wir ein wichtiges wohnungs- und sozialpolitisches Instrument geschaffen. Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (FNP) wurde zeitgleich mit einem neuen Landschaftsprogramm (LaPro) entwickelt. Die zukunftsfähige Entwicklung des neuen Ortsteils „Überseestadt“ mit der Schaffung sozialgebundenen Wohnraums in den ehemals stadtbremischen Hafenrevieren haben wir zu einem Schwerpunkt sozialdemokratischer Stadtentwicklungspolitik gemacht. Unser Innenstadtkonzept soll mehr Lebensqualität in der Altstadt schaffen. Trotz aller Finanzprobleme haben wir uns dort insbesondere der Entwicklung des Ansgaritorquartiers mit dem Ziel angenommen, an dieser Stelle neue Einzelhandelsflächen unter dem Dach eines City-Centers zu schaffen. Wohnen, Arbeiten und Einkaufen gehören wieder in das Centrum der Stadt. Nach gründlicher Abwägung haben wir die Einführung eines Mietspiegels für Bremen verhindern können, um so Preissteigerungen aufgrund der besonderen Mietsituation in der Hansestadt entgegenzuwirken. Die Vollendung der A 270 haben wir erfolgreich – in Einklang mit den Anwohnerinitiativen – auf den Weg gebracht. Die Schließung des Autobahnringes um Bremen bleibt ein vorrangiges Ziel unserer Verkehrspolitik. „Eine Stadt – ein Tarif“ bedeutet für uns, dass Bremen-Stadt und Bremen-Nord ab 2015 zu einem einheitlichen Tarifgebiet zusammen geführt werden. Mit dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP) entwerfen wir ein tragfähiges und zukunftsorientiertes Verkehrskonzept, in dem die Belange von ÖPNV und Individualverkehr, von Radfahrerinnen und Radfahrern und Fußgängerinnen und Fußgängern langfristig in Einklang gebracht werden.

Umwelt- und Energiepolitik

Eines der zentralen energiepolitischen Projekte dieser Legislaturperiode haben wir gleich zu Beginn angepackt: Wir wollen wieder mehr Einfluss der öffentlichen Hand bei den Energienetzen und vor allem eine gerechte Beteiligung an den Einnahmen. Die neue Vereinbarung mit der EWE wird in Kürze abgeschlossen und sichert Bremen in den kommenden Jahren einen angemessenen Anteil an den Netzentgelten. Neue Windkraftstandorte werden ausgewiesen, dazu bietet der neue Solarkataster allen Bremerinnen und Bremern schnell und unkompliziert Auskunft, ob ihre Dachfläche für eine Solaranlage geeignet ist. Eine der größten Belastungen für Menschen in der Großstadt ist nach wie vor der Lärm durch Straße, Schiene, Flugverkehr und Gewerbe. Bremen investiert trotz Haushaltsnotlage in den Bau einer Lärmschutzwand, um dem Ziel des durchgehenden, innerstädtischen Lärmschutzes näherzukommen, außerdem haben wir uns im Bundesrat erfolgreich für die Abschaffung des sog. Schienenbonus eingesetzt. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner setzen wir uns nicht nur für die Schließung des Tanklagers Farge, sondern auch für die umfassende Sanierung des Bodens und des

Landesparteitag am 12. Dezember 2012: Die drei neuen Senatsmitglieder, Eva Quante-Brandt, Herrmann Schulte-Sasse und Ulrike Hiller, wurden offiziell nominiert.

Grundwassers sowie die Übernahme der Kosten hierfür durch den Bund ein.

Gleichstellungs- und Gesundheitspolitik

Effektive Prüfung struktureller Entgeltungleichheit, bessere Repräsentanz in Führungsfunktionen und Förderprogrammen, existenzsichernde Einkommen sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf (auch für Alleinerziehende) waren zentrale frauenpolitische Themen. Frauenhäuser, Notruf und Beratung für Opfer von Zwangsprostitution/ Menschenhandel wurden finanziell gesichert, der Einsatz für Gewaltschutz und niedrigschwellige Gesundheitsversorgung wurde fortgesetzt. Auf der Bundesebene haben sich die SPD-Gesundheitspolitikerinnen und -politiker für Personalmindeststandards und die volle Übernahme der Tarifsteigerungen durch die Kassen für die Klinika eingesetzt, um weitere Verschlechterungen für Patientinnen und Patienten und Beschäftigte abzuwenden. Eine unserer Initiativen bezog sich auf eine gute Patientenversorgung und die volle Übernahme morbiditätsbedingter Mehrleistungen, die von den Krankenhäusern erbracht werden. Auch dafür ist die Bürgerschaftsfraktion parlamentarisch initiativ geworden. Ganz wesentlicher Baustein der Zukunftssicherung der Bremer kommunalen Kliniken ist die Umsetzung des umfangreichen Maßnahmenbündels des Zukunftsplans für die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Gesundheit-Nord (GeNo) und des Neubaus für das Klinikum Bremen-Mitte. Zudem sollen bis 2017 98 Millionen Euro Investitionsmittel und weitere 43,7 Millionen Euro als Ausgleich für die Finanzierungsbelastungen durch den Teilersatzneubau (TEN) am Klinikum Bremen-Mitte (KBM) in die Krankenhäuser fließen. Zudem entlastet Bremen den Klinikverbund durch die Übernahme von Schulden in Höhe von 110,8 Millionen Euro um weitere 47,3 Millionen Euro an Zins- und Tilgungszahlungen bis 2017 und verbürgt eine zusätzliche Kreditaufnahme für den TEN in Höhe von 35 Millionen Euro. Darüber hinaus wurden den Klinika Bremen-Mitte und Bremen-Nord 10 Millionen Euro Soforthilfe bereitgestellt. Im Haushalt 2014/15 konnte eine Erhöhung der Landeskrankenhausförderung erreicht werden, die allen Kliniken in Bremen nutzt. Damit die Voraussetzungen für eine effektive Steuerung der GeNo in Krisenzeiten geschaffen werden können, hat die Fraktion eine Initiative gestartet, um die gesellschaftsrechtliche Struktur der GENO zu ändern. Der Bau eines Mutter- und Kindzentrums in Bremerhaven wurde von der Fraktion unterstützt.

Björn Tschöpe am Rednerpult in der Bremischen Bürgerschaft

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion engagiert sich für eine enge Kooperation in der Krankenhausplanung mit Niedersachsen. Im Nachbarland schreiben Zweidrittel der Häuser rote Zahlen und im Land Bremen die Hälfte. Unsere Weiterentwicklung der Psychiatriereform hat insbesondere das Ziel, eine enge Verzahnung stationärer und ambulanter Versorgungsangebote und die Erprobung von Regionalbudgets zu ermöglichen. Derzeit wird ein Konzept für die Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Palliativ- und Hospizversorgung im Land Bremen erarbeitet. Dabei sollen die Kranken- und die Pflegekassen als die entscheidenden Kostenträger sowie die bisher beteiligten und erfahrenen Akteurinnen und Akteure der Hospiz- und Palliativversorgung einbezogen werden. Erste Ergebnisse liegen bereits vor.

Innen- und Justizpolitik

Die Eindämmung der Kriminalität bleibt Schwerpunkt des innenpolitischen Handlungsgebietes der SPD-Fraktion. Wirksame Kriminalitätsbekämpfung erfordert immer ein Bündel vieler Maßnahmen aus Prävention und Repression, angefangen bei der Unterstützung der Bildung von Präventionsräten, über die Netzwerkarbeit unter Einbeziehung der Polizei (community policeing), bis hin zu baulichen Maßnahmen zur Steigerung des Sicherheitsgefühls oder zur passiven Sicherung vor Einbrüchen. Weitere personelle Einsparungen bei der Polizei in Bremen und Bremerhaven konnten zwar vermieden werden. Jedoch ist es nötig, zu prüfen, wie eine Kostenbeteiligung der Deutschen Fußball-Liga für die Einsätze im Zusammenhang mit Bundesligaspielen sichergestellt werden kann. Gleichfalls haben wir durchgesetzt, dass die notwendigen regelmäßigen Kontrollen für Waffenbesitz intensiviert werden konnten und die Kosten hierfür nicht mehr durch die Allgemeinheit, sondern durch die Verursacherinnen und Verursacher getragen werden. Das Großprojekt zur Umgestaltung der Discomeile ist in der Umsetzung. Hier geht es uns sowohl um die Verbesserung des Sicherheitsgefühls der überwiegend jungen Besucherinnen und Besucher, wie auch um die städtebauliche Aufwertung des Quartiers. Der Jugendschutz steht auch bei der kürzlich durchgesetzten empfindlichen Erhöhung der Bußgelder für den Verkauf von Alkohol an Jugendliche im Vordergrund. Das Wagnis, erwischt zu werden, soll dadurch zu einem ernsthaften finanziellen Risiko werden. Auch bei der Neufassung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes sind die positiven Ergebnisse Resultate unserer Arbeit. So wurde, im Hinblick auf die jüngere bundesweite Geschichte, Augenmerk auf die substantielle Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes, insbesondere des Einsatzes von V-Leuten gelegt. Für uns ist ein eigenständiges Landesamt keine Notwendigkeit, leider waren aber alle anderen Innenministerinnen und Innenminister nicht bereit, ihren Verfassungsschutz zugunsten eines einheitlichen Inlandsnachrichtendienstes aufzugeben. So kann eines der im NSU- Untersuchungsausschuss deutlich gewordenen Kernprobleme einer zersplitterten Sicherheitsarchitektur weiter für Probleme sorgen.

Die vergangenen zwei Jahre wurden im Bereich der Rechts- und Justizpolitik vorwiegend dem Opferschutz und der Opfersorge gewidmet. Die Fraktion stieß an, dass die Strafverfolgung bei Beziehungsgewaltdelikten beschleunigt und verbessert wurde. So soll es Betroffenen ermöglicht werden, schnell mit derart traumatischen Erfahrungen abschließen zu können. Zugleich soll eine effektive Strafverfolgung gewährleistet werden.

Die enge Kooperation mit den Sportvereinen steht nach wie vor im Fokus unserer sportpolitischen Arbeit. Es ist uns gelungen, trotz leerer Kassen, die Sportförderung auf dem Niveau der Vorjahre im Doppelhaushalt 2014/2015 abzusichern. Wir fördern die Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten, Kitas und Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren. Mit Initiierung der Sportentwicklungsplanung haben wir Orientierungseckwerte für die Sportstättenbedarfe und die Sportförderung geschaffen.

Wahlrecht, Bürgerbeteiligung, Beiräte und Petitionsrecht

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bremische Bürgerschaft ein Normenkontrollverfahren eingeleitet, um zu prüfen, ob das Wahlrecht von EU-Ausländern bei Landtagswahlen und von Nicht-EU-Ausländern bei Beiratswahlen ermöglicht werden kann. Der Staatsgerichtshof hat mehrheitlich entschieden, dass derzeit in Bremen auf Landesebene keine zusätzlichen gesetzgeberischen Handlungsspielräume bestehen In Bremen sollen zukünftig alle Wahlunterlagen in leichter Sprache verfasst werden und für Analphabeten einfacher handhabbar sein. Im Bereich des Petitionsrechtes wurde mit neuen Formen, wie Onlinepetitionen, experimentiert. Zurzeit läuft die Evaluierung über eine dauerhafte Umsetzung. Die SPD-Fraktion hat trotz Bedenken in Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen die Hürden für Verfassungsänderungen durch Volksentscheid gesenkt und war Treiber der „Privatisierungsbremse“. Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiräte beschäftigt sich mit der Sorge, wie die oftmals bestehende Kopplung von sozialer Lage und (Nicht-)Beteiligung an Wahlen aufzubrechen ist. Die Arbeit orientiert sich insbesondere daran die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stetig zu erweitern und zu verbessern. Teil dessen ist auch die Unterstützung junger Menschen bei der Bildung von Jugendbeiräten. Durch die Gesetzesänderungen wurde die Wahl der Ortsamtsleitungen nun im Hinblick auf die enge Zusam-

menarbeit, direkt auf die Beiräte übertragen. Eine Evaluation des Beirätegesetzes findet fortlaufend statt.

Integration und internationale Politik

Europa braucht eine neue Migrationspolitik und keine Abschottung. Über den Bundesrat setzen wir uns dafür ein, mehr Möglichkeiten der legalen Einwanderung – etwa durch befristete Arbeitsvisa – zu schaffen. Ebenso wichtig ist aber auch eine sachliche Debatte rund um die Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten. Bereits im vergangenen Jahr wurde auf unsere Initiative hin eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit allen Aspekten rund um den Zuzug aus den osteuropäischen Staaten beschäftigt. Das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU steht für uns dabei nicht zur Debatte!

Erstmals hat die SPD-Fraktion eine Sprecherin für das Thema Integration. Auch wenn die aktuelle Flüchtlingslage und die damit verbundenen Herausforderungen zur Zeit unser Handeln bestimmen und die Schlagzeilen füllen, haben wir in den vergangenen zwei Jahren auch andere wichtige Initiativen auf den Weg gebracht: Mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst, Ausweitung des Wahlrechts für die Bürgerschaft auf EU-Bürgerinnen und EU-Bürger und Drittstaatlerinnen und Drittstaatler für die Beiräte, Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Erleichterungen im Asylrecht oder die Verbesserung der Beratungsangebote für ausländische Absolventinnen und Absolventen bremischer Hochschulen. Wir freuen uns über die Abschaffung der Optionspflicht, trotzdem werden wir in den kommenden zwei Jahren auf Bundesebene auf weitere Reformen beim Staatsangehörigkeits- und Asylrecht drängen.

Kultur-, Medien- und Netzpolitik

Im Kulturbereich konnte eine langfristige Absicherung der „Freien Szene“ erreicht werden. Statt projektbezogener Mittel erhalten viele Einrichtungen jetzt durch die institutionelle Förderung mehr Planungssicherheit. Mit der Einführung des „Kulturtickets“ haben wir dafür gesorgt, möglichst vielen Menschen aus allen Bevölkerungsschichten den Zugang zu Kunst und Kultur zu

Nicht nur bei der Fraktionsveranstaltung zur Ausbildungsgarantie wurden im Festsaal der Bürgerschaft die Stühle knapp. Auch mit den weiteren knapp 50 Veranstaltungen konnte die Fraktion in den Jahren 2012 und 2013 zahlreiche Bürgerinnen und Bürger erreichen.

ermöglichen. Durch die Einführung der „City-Tax“ genannten Tourismusabgabe haben wir ein zusätzliches Instrument geschaffen, um das vielfältige Kulturangebot zusätzlich zu unterstützen. Mit der Veranstaltungsreihe „Kulturblüten“ haben wir einen spannenden und spartenübergreifenden Dialog initiiert zwischen Kulturschaffenden aus etablierten Häusern mit den Protagonisten der freien resp. alternativen Szene.

In Sachen Datenschutz und Informationsfreiheit hat sich die Fraktion weiter am Grundsatz „öffentliche Daten nützen, private Daten schützen“ orientiert. Über den Bundesrat haben wir uns dafür eingesetzt, endlich die europäische Datenschutzgrundverordnung voranzubringen. Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung lehnen wir weiterhin ab, ebenso die Spähprogramme ausländischer Staaten. Auf unsere Initiative hin sind nun alle Dokumente der Ausschüsse und Deputationen schon vor der jeweiligen Sitzung im Internet einsehbar. Außerdem haben wir uns für die stärkere Veröffentlichung öffentlicher Daten (Open Data) und Informationen eingesetzt. Zudem ist Bremen das erste Bundesland, das im

öffentlichen Bereich die so genannten Creative Commons-Lizenzen nutzen wird. Leider waren einige Initiativen wie etwa öffentlich nutzbares, kostenloses Internet mit unserem Koalitionspartner nicht machbar. Wir bleiben aber dran.

Auf unsere Initiative hin hat sich die Bremische Bürgerschaft als erster Landtag für eine Abschaffung der willkürlichen Löschfristen in den Mediatheken von Radio Bremen und den anderen öffentlich-rechtlichen Anstalten ausgesprochen. Eine Bundesratsinitiative zur Verankerung des Presse-Grosso soll auch kleinen Verlagen das Recht zum diskriminierungsfreien, deutschlandweiten Vertrieb ermöglichen. Nicht zuletzt haben wir bei der Überarbeitung des Landesmediengesetzes den Musliminnen und Muslimen im Land Bremen ermöglicht, einen Vertreter oder eine Vertreterin in den Landesmedienrat zu entsenden, bald folgt auch der Rundfunkrat von Radio Bremen. Der Grundsatz der Transparenz durch öffentliche Sitzungen und Unterlagen im Internet ist nun ebenfalls bei beiden Gremien gesetzlich verankert.

Björn Tschöpe
Vorsitzender der SPD-Fraktion
in der Bremischen Bürgerschaft

NOTIZEN

BERICHTE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND FOREN

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos) ..... Seite 65

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) ..... Seite 67

Arbeitsgemeinschaft 60plus (AG 60plus) ..... Seite 70

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) ..... Seite 72

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS) ..... Seite 74

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
im Gesundheitswesen (ASG) ..... Seite 75

Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB) ..... Seite 77

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) ..... Seite 80

Landesarbeitsgemeinschaft Sport (LAG Sport) / Sportforum ..... Seite 81

Ausschuss für internationale Angelegenheiten (AIA) / Forum Eine Welt Bremen ..... Seite 84

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Land Bremen und der Nordwest-Region ..... Seite 86

NOTIZEN

JUNGSOZIALISTINNEN UND JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD (JUSOS)

Die Jusos engagieren sich als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband für den demokratischen Sozialismus und kämpfen in und mit der SPD und gesellschaftlichen Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern für seine Verwirklichung. Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die Schwerpunkte unserer Aktivitäten von Frühjahr 2012 bis Frühjahr 2014:

Engagierter Wahlkampf: Die Jusos am Infostand zur „Klartext Open-Air"-Veranstaltung von Peer Steinbrück am 28. August 2013 auf dem Bremer Marktplatz.

Politische Schwerpunkte

Die gute Vernetzung der Jusos in der Hochschulpolitik, nicht zuletzt durch die Juso-Hochschulgruppe (Hochschule Bremen) und die linke Bündnisliste „AStA für Alle" (Universität Bremen), konnten wir verstetigen und daraus resultierend eine Reihe politischer Akzente setzen: Wir haben die Themen Zivilklausel im Hochschulgesetz, Abhängigkeit von Stiftungsprofessuren und die ungerechte öffentliche Finanzierung der Jacobs University auf die Tagesordnung gesetzt. Wir stehen an der Seite der ASten der Bremer Hochschulen im Kampf gegen Kürzungen und studentische Wohnungsnot. Gemeinsam mit Bildungsaktiven haben wir uns für die Wiederbesetzung der Stellen von ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrern und die versprochene „Schippe drauf" im Bildungshaushalt stark gemacht. Wir freuen uns in diesem Zusammenhang, dass uns die Gründung einer Juso-SchülerInnen-Gruppe gelungen ist.

Durch Bündnisarbeit haben wir die Initiative der SPD zur Rekommunalisierung der Energienetze begleitet, wobei wir uns auch zukünftig für vollständig öffentliche Lösungen stark machen. Zusätzlich wurden die Wiederbelebung der Rüstungskonversion sowie eine moderne Medienpolitik auf die Agenda der Partei gesetzt. Nicht zuletzt lag uns der Kampf für Ausbildungsplätze, angesichts verheerender Ausbildungsbilanzen in den letzten Jahren, besonders drängend am Herzen. Politische Bündnisse mit den Gewerkschaftsjugenden, an anderen Stellen auch mit den Asten und der Gesamt-SchülerInnenvertretung, Falken, Grüner Jugend und antifaschistischen Organisationen konnten wir ausbauen und werden sie weiter voranbringen.

Bildungsarbeit

Zusätzlich zu den Aktivitäten zur politischen Grundlagenbildung (Basic-Seminare) wurde die Bildungsarbeit durch Seminare zum Rechtsextremismus und zur Schulpolitik, Bildungsfahrten nach Berlin sowie Auschwitz und die Weiterführung der Kooperation mit Partnern in Israel und Palästina verstetigt. Mit Schulungen zu Methoden ehrenamtlicher Arbeit und inhaltlichen Tagesseminaren werden wir unseren Beitrag zur demokratisch-sozialistischen Jugendbildung weiter ausbauen.

Mitgliederbetreuung und Willensbildung

Mit einer Reihe von Maßnahmen haben wir in den letzten zwei Jahren das Ziel verfolgt, die Mit-

gliederbindung zu intensivieren und demokratische Willensbildungsbildungsprozesse zu fördern. Hierzu zählen die Optimierung unserer Online-Auftritte inklusive einem 14-tägigen Mitglieder-Newsletter, die Öffnung der Landesvorstandssitzungen und der Ausbau spezieller Neumitgliederangebote in Kooperation mit den Unterbezirken. Wir freuen uns, dass es uns zudem gelingt, auf inzwischen halbjährlichen Landesmitgliederversammlungen in Bremen und Bremerhaven attraktive Diskussionsforen zu bieten, die erfreulichen Anklang finden.

Einsatz für den Politikwechsel

Das Jahr 2013 stand für uns ganz im Zeichen von Engagement für den Politikwechsel im Bund. Mobilisierung für den Wahlkampf wurde bereits früh mit der Beteiligung am Workers Youth Festival im Mai in Dortmund, der Unterstützung des Landtagswahlkampfes in Niedersachsen im Januar, der Ausrichtung einer „Wahlwerkstatt“ des Juso-Bundesverbandes in Bremen und der Durchführung einer eigenen Wahlkampfklausur unternommen. Unter breiter Beteiligung wurden Änderungen am Regierungsprogramm erarbeitet und teilweise erfolgreich eingebracht. Die Wahl eines Juso-Kandidaten auf die SPD-Landesliste hat zudem den Zugang zu Jung- und Erstwählerinnen und -wähler besonders an (Berufs-)Schulen enorm erhöht. Der Wahlkampf wurde von den Mitgliedern engagiert und mit kreativen Aktionen geführt. Dies bildet eine gute Ausgangslage für die kommenden Europa- und Bürgerschaftswahlen! In den anschließenden Koalitionsverhandlungen haben wir uns für die Bremer Initiative zu einem Mitgliederentscheid stark gemacht. Zu den Ergebnissen positionieren wir uns kritisch, denn trotz erreichter Erfolge ist in vielen Bereichen ein Politikwechsel ausgeblieben. Dafür gilt es – auch bei den anstehenden Europawahlen – weiter zu kämpfen.

Für den Juso-Landesvorstand:

Falk Wagner
Landesvorsitzender

Janne Herzog
Landesgeschäftsführerin

Eine außergewöhnliche Idee der Bremer Jusos: Am Wochenende vor der Bundestagswahl 2013 stempelten einige Bremer Discotheken eine Erinnerung an die Wahl am Sonntag.

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

Die **A**rbeitsgemeinschaft **S**ozialdemokratischer **F**rauen (ASF) in der Landesorganisation Bremen legte in der Arbeitsperiode 2012/2013 ihren Schwerpunkt auf die Organisation von Veranstaltungen, die Kooperation mit Partnerinnenorganisationen und, im Rahmen der monatlichen Vorstandssitzungen, die Bearbeitung folgender Themen:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Aufwertung von Frauenberufen
- Neue Beschäftigungsmodelle
- Frauen in Führungspositionen

Historisches in netter Atmosphäre: Die ASF lädt für ihre Veranstaltungsreihe „Starke Frauen“ zum Frühstück ins Café Ambiente.

Auf der Bundesebene konnten sich die Bremer Delegierten in der Bundeskonferenz im Mai 2012 mit fünf Anträgen durchsetzen. Besonders wichtig sind uns dabei die Anträge, die die Neubewertung der sozialen Berufe und die Rezeptfreiheit der Pille danach einfordern.

Starke Frauen – radikal sozial und demokratisch

Ein Dialog mit 150 Jahren Bremer Geschichte

Die ASF im Land Bremen hat die 150-jährige Geschichte der Bremer SPD zum Anlass genommen, über die Frauen zu sprechen, die die soziale und demokratische Entwicklung im Stadtstaat Bremen mitgeprägt haben und deren Aktivitäten im Kontext heutiger Themen zu diskutieren.

Wir begleiten die offiziellen Geschichtserzählungen kritisch, da sie doch häufig den üblichen Mustern folgen, die Verdienste von Männern herausstellen und dabei das Wirken von Frauen ausblenden. Bei dieser Art von parteilicher Selbstdarstellung gerät auch in Vergessenheit, was die SPD für die Befreiung der Frauen aus der Unmündigkeit geleistet hat und unser primäres Ziel, Frauen für das Engagement in der Politik und für die Partei durch weibliche Vorbilder zu gewinnen, lässt sich so nur schwer verwirklichen.

Und auch das darf hier nicht unerwähnt bleiben: Im Titel unserer Veranstaltungsreihe befindet sich ausdrücklich KEIN Komma hinter „radikal“, auch wenn es von jedermann immer wieder gerne hineinredigiert wird!

Gleichstellungspolitik darf sich nicht darauf beschränken, Frauen den Zugang zu anspruchsvollen Aufgaben in Politik und Gesellschaft zu ebnen, sondern muss auch dafür sorgen, dass die Erinnerung an vorbildhaft wirkende Frauen bewahrt wird.

Denn
„... die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“
[Michael Stürmer: Geschichte in geschichtslosem Land, F.A.Z. vom 25. April 1986]

Geschichte wird von Männern UND Frauen gemacht. Darum wollen wir die beispielhafte und

Belobigung: Besondere Anerkennung fand die Veranstaltungsreihe „Starke Frauen“ der Bremer ASF von der Jury des Wilhelm-Dröscher-Preises auf dem SPD-Bundesparteitag im November 2013 in Leipzig – Herzlichen Glückwunsch!

wegweisende politische Arbeit von Bremer Frauen würdigen und bekannt machen, um so Frauen von heute zu informieren, zu ermutigen und zu aktivieren, sich auch selbst in Politik und Gesellschaft einzubringen.

Die Projektgruppe (Dr. Gisela Menger, Verena Behrens, Dr. Angela Stoklosinski und Gudrun Lange-Butenschön) hat zur Realisierung der oben genannten Ziele ein Veranstaltungsformat entwickelt und die folgenden Termine organisiert:
5. Februar 2012: **»Ausstellung und Vortrag: Frauen im Aufbruch«**
Referentin: Andrea Buchelt

14. Oktober 2012: STARKE FRAUEN – radikal sozial und demokratisch
»Annemarie Mevissen „Der einzige Mann im Senat“«
Vortrag: Prof. Dr. Renate Meyer-Braun
Moderation: Verena Behrens
Aktueller Bezug: Quote, Reißverschluss, Frauen-Fördermaßnahmen, Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

17. Februar 2013: Neujahrsempfang zum Thema:
»MALWEIBER – verwegene Künstlerinnen um 1900«
Referentin: Dr. Katja Pourshirazi, Leiterin des Overbeck Museums in Vegesack
»WEIBSBILDER – Mal zahm – mal wilder«
Ausstellende Künstlerin: Karin Uthoff, Bremen

10. März 2013: STARKE FRAUEN – radikal sozial und demokratisch
Marie Mindermann
»Die „Phantasien der Demoiselle Mindermann“ Oder: Der Wunsch, dass weibliche Geschlecht zu verbessern.«
Vortrag: Dr. Dr. Hannelore Cyrus
Moderation: Verena Behrens
Aktueller Bezug: Bildung und Ausbildung, existenzsichernde Erwerbstätigkeit, Altersarmut

21. April 2013: STARKE FRAUEN – radikal sozial und demokratisch
Anna Stiegler zum 132. Geburtstag von Anna Stiegler
»Antifaschistin – Sozialpolitikerin – Frauenpolitikerin«
Vortrag: Prof. Dr. Renate Meyer-Braun
Moderation: Verena Behrens
Aktueller Bezug: Soziale Gerechtigkeit, Kampf, Widerstand.

9. Juni 2013: STARKE FRAUEN – radikal sozial und demokratisch
Rita Bardenheuer
»Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«
Vortrag: Edith Laudowicz, 1. Vorsitzende Bremer Frauenmuseum; Moderation: Verena Behrens; Aktueller Bezug: Entgeltgleichheit

25. August 2013:
»Der Frauenhistorische Stadtrundgang – „Macht mit Frauen“« machte die Repräsentanz von Bremer Frauen in der Legislative, Exekutive, Judikative und Kirche anschaulich.
Leitung: Christine Holzner-Rabe

8. September 2013:
»Frauenhistorischer Stadt- rundgang – Auf den Spuren bremischer Frauen im Stadtbild«
Leitung: Christine Holzner-Rab

27. Oktober 2013: STARKE FRAUEN – radikal sozial und demokratisch
Ottilie Hoffmann
»Komm, wir gehen nach Ottilie!«
Referentin: Cecilie Eckler-von Gleich, Leiterin Waller Kulturzentrum Brodelpott
Moderation: Verena Behrens
Aktueller Bezug: Alkoholismus, Beziehungsgewalt

Das Thema des 38. Schafferinnenmahl des Arbeitskreises Schafferinnen der ASF hieß am 2. November 2012 „Wir lassen uns nicht (be-)hindern: Frauen in Bewegung diskutieren die UN Behindertenrechtskonvention“.

Wilhelm-Dröscher-Preis 2013

Auf dem Bundesparteitag der SPD im November 2013 in Leipzig erhielt der Beitrag „Starke Frauen“ der ASF Bremen eine lobende Erwähnung durch die Jury.

Die Aktivitäten der Schafferinnen in der SPD-Landesorganisation Bremen

Der Arbeitskreis Schafferinnen hat auch in den Jahren 2012 und 2013 frauenpolitischen Themen ein Forum gegeben und das traditionelle Schafferinnenmahl vorbereitet:

29. November 2012: **»Wir lassen uns nicht (be-)hindern: Frauen in Bewegung“ zur UN-Behindertenrechtskonvention«**
Referentin: Dr. Swantje Kobsell
In Bewegung gebracht durch den Arbeitskreis Schafferinnen mit seiner
1. Schafferin Petra Wontorra und der 2. Schafferin Ulrike Pala.

24. Oktober 2013: **»Was Frauen anrichten – wir kochen schon wieder.**
Realitäten und Wertigkeiten für berufstätige Frauen in sogenannten Frauenberufen«
Referentinnen: Luka Lübke und Dr. Bärbel Ehrmann-Köpke
Angerichtet durch den Arbeitskreis Schafferinnen mit seiner 1. Schafferin Ulrike Pala und der 2. Schafferin Hannelore Freudenthal

Das Veranstaltungsformat: Der Frauen.Salon

Der Frauen.Salon Bremen, der Ort, an dem die gesellschaftlichen Themen unserer Zeit und fortschrittliche Perspektiven diskutieren werden, konnte im Zeitraum 2012/2013 in Kooperation mit den Jusos und organisiert von Gesa Wesselowski und Sarah Ryglewski die folgenden Veranstaltungen realisieren:

1. März 2012: **»FEMINISMUS – UND MORGEN?«**
Referentin: Katharina Oerder
Moderation: Sarah Ryglewski

18. April 2013: **»ARMUTSRISIKEN ERNÄHRERMODELL UND HAUSFRAUENEHE?** – Eine Bremische Bestandsaufnahme zur Zusammensetzung von Familieneinkommen«
Referentinnen: Jessica Hotze und Dr. Irene Dingeldey
Moderation: Gesa Wessolowski

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS (AG 60plus)

Auch in den Jahren 2012 – 2013 hat der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft 60plus im Wesentlichen die Verbindung zum Bundesvorstand der AG 60plus, zu den AG 60plus-Organisationen der anderen Bundesländer und zu den Unterbezirken im Land Bremen gehalten.

Folgende Tätigkeiten haben im Berichtszeitraum stattgefunden:

Drei Landesmitgliederversammlungen sowie in allen drei Bremer Unterbezirken mehrere Unterbezirksmitgliederversammlungen.

- Am Tag der Älteren Generation, jeweils Anfang des Monats Mai 2012 und 2013, wurden in allen drei Unterbezirken im Land Bremen Infostände von der AG 60plus organisiert, sie haben eine durchaus positive Resonanz gefunden.
- Am Internationalen Tag der Älteren Generation, der weltweit am 1. Oktober jeden Jahres begangen wird, hat die Arbeitsgemeinschaft 60 plus im Land Bremen in den Jahren 2012 und 2013 neben Gewerkschaften, Verbänden und Seniorenorganisationen erfolgreich teilgenommen.

Fünf Bundesausschusssitzungen fanden auf der Bundesebene im Berichtszeitraum statt, auf denen der Landesvorsitzende Bernd Grottke die Bremer Arbeitsgemeinschaft 60plus vertreten hat. Während dieser Sitzungen wurde die Koordinierung der Arbeit zwischen den einzelnen Landesverbänden vorgenommen, die Bearbeitung wichtiger Themen besprochen und auch die Terminierung zukünftiger Veranstaltungen abgestimmt.

Auf der Bundeskonferenz am 18./19. Oktober 2013 in Baunatal wurde die Arbeitsgemeinschaft 60 plus der Landesorganisation Bremen von Ekkehard Grimm, Werner Stitz sowie im Wechsel von Serpil Brise und Bernd Grottke vertreten. Das beherrschende Thema auf dieser Konferenz war der Ausgang der Bundestagswahl. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel hat auch auf dieser Konferenz intensiv für die Zustimmung zum Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD und für die SPD-Regierungsbeteiligung geworben.

Ab Herbst 2012 spielte auch bei der AG 60 plus in Bremen der bevorstehende Bundestagswahlkampf die Hauptrolle. An den meisten Wahlkampfveranstaltungen waren wir zahlreich beteiligt. In der Schlussphase des Wahlkampfes haben sich sehr viele Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft stetig an den Infoständen ihrer Ortvereine beteiligt, waren aber auch zahlreich am zentralen Infostand des Unterbezirks Bremen-Stadt eingesetzt. Am guten Bremer Wahlergebnis waren wir mit Sicherheit beteiligt.

Nun geht es in die nächste Wahl, in die Europawahl. Leider ist diese Wahl in der Bevölkerung nicht so populär, sodass auch wir von der Arbeitsgemeinschaft 60plus mit dazu beitragen müssen, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, dass der Gang zur Wahlurne am 25. Mai 2014 äußerst wichtig ist. Auch bei den Wahlkampfveranstaltungen und an den Infoständen sind wir natürlich wieder dabei.

Vor drei Jahren haben sich die norddeutschen Landes- und Bezirksvorstände der Arbeitsgemeinschaft 60plus zur sogenannten Nordschiene etwas enger zusammengeschlossen, um sich gegenseitig über politische Themen im norddeutschen Raum auszutauschen, sich fundierte Meinungen zu bilden und sich z. B. auf Bundesausschusssitzungen und Bundeskonferenzen gegenüber den übergroßen Landesorganisationen, z. B. NRW und Bayern, besser behaupten zu können. Das jährliche Nordschiene-Treffen im Jahr 2014 hat in Bremen stattgefunden. Hauptthema war die Frage, wie wir eine bessere Kommunikation mit der Bundespartei, aber auch mit unserem eigenen Bundesvorstand erreichen können.

Durch Umstrukturierungen und Rationalisierungen im Willy-Brandt-Haus in Berlin und durch den Weggang einer langjährigen Mitarbeiterin, die sich um die Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaft 60plus auf der Bundesebene gekümmert hat, Susanne Bauer, ist unser Netzwerk zum Erliegen gekommen. Das darf so nicht bleiben.

Das Jahr 2012 hat für die AG 60plus im Land Bremen gravierende Veränderungen gebracht. Im Rahmen der Parteireform wurde unsere Arbeitsstruktur auf Unterbezirks- und Landesebene vom Delegierten- auf das Mitgliederversammlungsprinzip umgestellt. Dies hatte in den drei Unterbezirken unterschiedliche Auswirkungen. Dabei spielt wohl auch die unterschiedliche Mitgliederstärke eine große Rolle.

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus setzt sich im Land Bremen aus drei Unterbezirken zusammen: Bremen-Nord: 335 60plus-Mitglieder; 13,5 Prozent aller AG 60plus- Mitglieder im Land Bremen; Bremerhaven: 491 60plus-Mitglieder, 19,8 Prozent aller AG 60plus-Mitglieder im Land Bremen; Bremen-Stadt: 1.660 60plus-Mitglieder, 66,8 Prozent aller AG 60plus-Mitglieder im Land Bremen (Mitgliederzahlen jeweils zum Stichtag 31. Dezember 2013).

In den Unterbezirken Bremerhaven und Bremen-Nord ist der Wechsel vom Delegierten- zum Mitgliederversammlungsprinzip relativ unproblematisch gewesen. Im Unterbezirk Bremen-Stadt sieht dies anders aus. Bei der Größe des Unterbezirks ist die Lage sehr unübersichtlich. Von den 1.660 AG 60plus-Mitgliedern haben nur knapp 37 Prozent einen E-Mail-Anschluss. So sind die meisten nur schwer zu erreichen und bleiben damit für uns häufig anonym. Dieses Problem haben wir bislang noch nicht lösen können. Für den Unterbezirk Bremen-Stadt können wir die Vorzüge des Mitgliederversammlungsprinzips gegenüber dem Delegiertenprinzip noch nicht erkennen.

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen haben während der letzten zwei Jahre in allen drei Unterbezirken stattgefunden. Erfreulicherweise hat sich hier in der letzten Zeit einiges zum Positiven verändert: Alle drei Unterbezirke haben in den letzten zwei Jahren eine große Zahl von nicht nur politischen Aktionen durchgeführt, die Beachtung bei den Mitgliedern gefunden haben und stark besucht waren. Aber das haben die Unterbezirke in ihren eigenen Jahresberichten ausführlich dargestellt.

Bernd Grottke
Landesvorsitzender der AG 60plus

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN (AfA)

Die AfA wird aus den in Betrieben und Verwaltungen tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebildet. Dazu gehören auch die aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die AfA ist also eine sehr mitgliederstarke Organisation innerhalb der SPD.

Dem AfA-Landesvorstand gehören aktuell die nachfolgenden Kolleginnen und Kollegen an: Inge Briggs, Holger Briggs, Bernd Dohrand, Hartmut Krenzer, Inga Köstner, Dagmar Oldenburg, Uwe Schmidt, Angelo Caragiuli und der stellvertretende Vorsitzende Manfred Axmann. Ausgeschieden sind aus beruflichen Gründen bzw. wegen Umzugs Markus Fabian und Markus Bendig. Kollege Fabian hält aber für die AfA den Kontakt in den SPD-Landesvorstand. Der AfA-Landesvorstand trifft sich fast monatlich zu seinen Sitzungen. Er hat eine Gästeliste, auf der Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften bzw. der Arbeitnehmerkammer stehen.

Im AfA-Bundesvorstand sind wir mit dem Landesvorsitzenden Wolfgang Jägers als stellvertretenden Bundesvorsitzenden vertreten. Im AfA-Bundesausschuss wird die AfA Bremen durch den Kollegen Hartmut Krenzer vertreten.

Die Mitglieder des AfA-Landesvorstandes arbeiten gut zusammen, die Arbeit macht Spaß und das Verhältnis zwischen AfA und der Partei hat sich deutlich verbessert. Die Agenda Politik der SPD unter Gerhard Schröder hatte zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen der AfA (Gewerkschaften) und der Partei geführt. Vertrauen in die – den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nahe stehende – SPD wurde durch diese Politik nachhaltig gestört. Dieses Vertrauen muss wieder hergestellt werden.

Wahlergebnisse zeigen: ohne die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, kann die SPD keine Wahlen gewinnen. Oder positiv ausgedrückt: Weil die Bremer SPD sich auf die AfA stützen kann, stehen wir als Landesorganisation mit unseren Wahlergebnissen gut da. Das soll nicht nur so bleiben, sondern ausgebaut werden. Dazu ist die AfA entschlossen und dazu steht sie, wie die Wahlkampfbeteiligung unserer AfA zeigt. Bei allen Wahlkämpfen waren wir dabei. Nur einige Beispiele: Informationsverteilungen in den Betrieben, Wahlkampfstände beim Bremerhaven-Tag, die Wochenenddialoge in Bremen-Nord, der Besuch von Klaus Wiesehügel in allen drei Unterbezirken, Haustürbesuche, Betriebsbesuche.

Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerkonferenz: Am 6. August 2013 war Klaus Wiesehügel, Mitglied im Kompetenzteam von Peer Steinbrück, zu Gast in Bremen.

Auch in den Betrieben sind wir aktiv. So konnte vor wenigen Wochen eine neue Betriebsgruppe bei der Lloyd Werft in Bremerhaven gegründet werden. Die Betriebsgruppe Gesamthafenbetrieb in Bremen steht kurz vor der Gründung. Die Betriebsgruppe Häfen in Bremerhaven hat fast 200 Mitglieder. Wir haben in diversen Branchen und Betrieben Vertrauensleute und sind gut mit unseren Nachbarn vernetzt.

Zwei Mal im Jahr finden AfA-Regionalkonferenzen statt. Die Initiative dazu wurde bereits vor 10 Jahren von den AfA-Bundesvorstandsmitgliedern aus Hamburg, Weser-Ems und Bremen ergriffen. Mittlerweile gehören auch die AfA-Organisationen aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Braunschweig dazu. Die Regionalkonferenzen befassen sich mit aktuellen Themen, z. B. Industriepolitik, Verkehrspolitik und Arbeitsschutz. Sie wirken auch immer unterstützend zu Wahlen, so referierten u. a. Uwe Beckmeyer und Carsten Sieling auf den Konferenzen.

In der SPD-Landesorganisation Bremen gibt es einen Gewerkschaftsrat. Aufgabe: Beratung/Abstimmung aktueller Themen mit den Gewerkschaften. Die AfA hat Sitz und Stimme im Gewerkschaftsrat und ist ständiger Gast im SPD-Landesvorstand.

Die AfA und der AfA-Landesvorstand beteiligen sich an der Gestaltung der Landespolitik, unter anderem über die Vertretung in den SPD-Unterbezirken, im Landesvorstand und durch Delegierte auf den Parteitagen. Anträge werden eingebracht, z. B. zu den Themen Leiharbeit und Wirtschaftsförderung. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion greift Themen auf, um sie in aktuelle Politik oder Gesetzgebung umzusetzen. Es gibt ständige Treffen mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen. Eine kurze stichwortartige Aufzählung der Themen, mit denen sich der AfA-Landesvorstand befasst (kein Anspruch auf Vollständigkeit): Mini-Jobs, Jobcenter, Situation in den Bremischen Häfen, Overseas Transport GmbH (OTB), Cherbourger Straße, Hafenhinterlandanbindung, Landesmindestlohngesetz, Tariftreuegesetz, Rekommunalisierung, Rente mit 67, Ausbau ÖPNV, Mindestlohn, Energiepolitik, Arbeitgeber Kirche, Firma Schlecker, Werkverträge/Scheinselbstständigkeit, Gesundheitspolitik, Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen (GeNo), Umfairteilen, 150 Jahre SPD, 40 Jahre AfA, Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bremen, Beamtenbesoldung, Port Package III, VGB/Hansebus.

Wir haben uns auch mit der Lage nach der Bundestagswahl auseinander gesetzt. Die AfA im Unterbezirk Bremerhaven brachte in den Landesvorstand eine Vorlage zum Koalitionsvertrag ein. Dort waren Punkte beschrieben, die für die AfA unverzichtbar sind, um in eine Große Koalition zu gehen. Beispiele: Rente mit 63, Mindestlohn. Das Bremerhavener Papier wurde Grundlage für den AfA-Landesvorstand und wurde ergänzt zum AfA-Bundesvorstand geschickt. Dort wurde es Grundlage für das Positionspapier des AfA-Bundesvorstandes. So nehmen wir Einfluss.

Bei der AfA wird viel gearbeitet. Feiern können wir aber auch, das Gesellige kommt nicht zu kurz. Festmachen lässt sich dies an der Beteiligung der AfA zum 1. Mai und an weiteren Veranstaltungen. Die Wochenenddialoge in Bremen-Nord haben immer auch einen gemütlichen Teil, für Essen und Trinken wird gesorgt. Die Bremerhavener AfA spielt Preis-Skat mit einer breiten Beteiligung, nicht nur von Genossen, sondern auch von Genossinnen. Die Bremer fahren mit der Party-Bahn, die Bremerhavener fahren mit der MS Geestemünde auf der Weser, – ..., – so macht die AfA Spaß. Wer mitmachen will – einfach melden!

Wir wollen genauso weitermachen, wir sind entschlossen, weiter unseren Beitrag zum Erfolg zu leisten. Manchmal sind wir nachdrücklich, manchmal nervig (liegt im Auge der Betrachterin/des Betrachters) – auch das soll so bleiben.

Zum Schluss darf ich mich bei meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für die sehr freundschaftliche Zusammenarbeit herzlich bedanken!

Wolfgang Jägers
AfA Landesvorsitzender

ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD (AGS)

Geprägt war die Arbeit der AGS vorrangig durch mehrere öffentliche Veranstaltungen, die sich alle durch eine gute Beteiligung und Medienbeachtung auszeichneten, sicher auch, weil sie seitens des Senats, der Politik und Verwaltung immer prominent besetzt waren. Zum einen veranstaltete die AGS die schon traditionellen (im Berichtszeitraum insgesamt vier) Schausteller-Frühschoppen anlässlich der Osterwiese sowie des Freimarkts. Hier standen insbesondere die neue Gebührenordnung, das neue Zulassungsverfahren sowie die Platzsituation des Weihnachtsmarktes in der Innenstadt zur Diskussion. Zum anderen thematisierte die AGS auf einer öffentlichen Veranstaltung in Bremerhaven die Energiewende als Wachstumsmotor für den Nordwesten, verbunden mit einer Besichtigung der Photovoltaikanlage der Verkehrsbetriebe sowie von Off-Shore-Windkraftanlagen-Betrieben.

Zudem konnten die Vorstandsmitglieder der AGS in und mit den Ortsvereinen im Straßen-Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 deutlich machen, dass Selbständige, Freiberufler, Handwerker und Unternehmer sowie Führungskräfte ihre Heimat in der SPD haben. Darüber hinaus begleitete die AGS in mehreren Fällen die Interessen von Berufsverbänden in parlamentarischen Gesetzesvorhaben.

Die Homepage der AGS Bremen wurde verbunden mit einem Wechsel des Providers und einem durchgängig neuen Design von Grund auf neu aufgestellt: www.ags-bremen.de.

Es versteht sich von selbst, dass Mitgliederpflege und -betreuung – auch nach deren politisch aktiven Zeiten – sowie Mitgliederwerbung eine besondere Gewichtung in unserer Arbeit einnehmen.

Der AGS-Vorstand tagte parteiöffentlich in monatlichem Rhythmus und traf sich ferner Ende 2012 und Ende 2013 jeweils zu einer Klausurtagung, um die Schwerpunkte für das kommende Jahr festzulegen. Neben traditionellen Veranstaltungen, wie z. B. den Schausteller-Frühschoppen, wird es auch in Zukunft vorrangig darum gehen, Problemstellungen der Selbständigen und kleiner Unternehmen zu identifizieren und gemeinsam im Dialog nach Lösungen zu suchen, z. B. im Rahmen der Gewerbeansiedlungspolitik, Entbürokratisierungsprozessen bis hin zu den anstehenden parlamentarischen Diskussionen der Wirtschaftsstrukturpläne.

Bei der Klausur der AGS im November 2013 stand auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Andreas Kottisch, als Referent zur Verfügung und erläuterte das wirtschaftspolitische Programm der Fraktion.

Im laufenden Jahr wird die AGS ihren Fokus verstärkt auf die Bildung und die Reaktivierung von parteilichen und überparteilichen Netzwerken legen, weiter sollen Zielgruppengespräche stattfinden.

Peter Zerfowski
AGS-Landesvorsitzender

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN IM GESUNDHEITSWESEN (ASG)

Die Gesundheit ist für alle Menschen wichtig. Die Gesundheitspolitik sollte deshalb auch eine besondere Bedeutung haben, besonders in der SPD. Die letzten Jahre haben aber erneut gezeigt, dass dies im Vergleich zu anderen Politikbereichen nicht zutrifft. Dies gilt besonders für die Krankenhauspolitik, die aus Sicht der AGS leider in der SPD immer noch eine nachrangige Rolle spielt. Für die ASG gibt es daher weiterhin sehr viel zu tun, damit sich in diesem wichtigen Politikfeld etwas verbessert. Die ASG Bremen beschäftigt sich deshalb in ihren monatlichen Sitzungen intensiv mit den wachsenden Problemen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), der Gesundheitspolitik insgesamt und den dramatischen Problemen der Krankenhäuser insbesondere – aber nicht nur damit. Die Probleme der Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven sind aber das Dauerthema. In jeder Sitzung standen Fragen der Gesundheits- und Krankenhauspolitik im Land Bremen im Mittelpunkt. Besonders die wachsenden finanziellen und personellen Schwierigkeiten der Krankenhäuser, vor allem die der vier Kommunalen Krankenhäuser der Gesundheit Nord (GeNo) in Bremen, bestimmten die Tagesordnungen. Themen wie Krankenhauspolitik, Krankenhausfinanzierung und die Probleme der Pflege haben die ASG-Mitglieder oft beschäftigt, besonders zur Vorbereitung der Bundestagswahl. Als Ergebnis daraus hat die Landes-ASG Vorschläge für eine zukunftsorientierte Krankenhauspolitik erarbeitet. Diese sind u.a. zur Beachtung bei den Koalitionsverhandlungen an Sigmar Gabriel, Jens Böhrnsen, Carsten Sieling und an den ASG-Bundesvorstand gesendet worden.

Qualifizierte Patientenversorgung erfordert genügend und erfahrenes sowie engagiertes Personal. Diese ist wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Krankenhäuser, durch die ständige Unterfinanzierung der Personal- und Sachkosten und dem Personalabbau gerade in den GeNo-Häusern, ernsthaft gefährdet. Verstärkt hat sich die ASG auch mit den wachsenden Problemen der Pflege-Berufe und dem zukünftigen Fachkräftemangel beschäftigt. Hieraus resultierte ein Antrag zum drohenden Fachkräftemangel an die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Parteivorstand. Die Realisierung von Personalstandards bleibt wichtig, wie eine vollständige Finanzierung von Tariflohnsteigerungen und Konzepte gegen den Fachkräftemangel. Die Unterstützungen durch Andreas Bovenschulte, den Landesvorstand und von Renate Jürgens-Pieper in ihrer Zeit als Gesundheitssenatorin haben der ASG sehr bei ihrer Arbeit geholfen. Das gilt besonders für die öffentliche Veranstaltung: „Qualifizierte Krankenhaus-Pflege dauerhaft sichern“, die sehr erfolgreich durchgeführt wurde und auch für die Veranstaltung „Zukunft der kommunalen Krankenhäuser in Bremen“ zur Zukunft der Gesundheit Nord (GeNo) am 15. Juni 2013, die ebenfalls sehr erfolgreich war.

Karl Lauterbach, Mitglied im Kompetenzteam von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück für die Bereiche Gesundheit und Pflege, sprach am 8. August 2013 in der Strandlust Vegesack zum Thema Bürgerversicherung.

Die Zukunft der Psychiatriefinanzierung hat die ASG stark beschäftigt. Sie wird auch weiterhin ein wichtiges Thema bleiben. Die Weiterentwicklung der „Psychiatriereform“ in Bremen und Bremerhaven war und ist ein Thema. Dazu hatte die ASG einen „Psychiatrie-Aktionsplan“ erarbeitet, der durch die Bürgerschaft beschlossen worden ist. Erarbeitet wurde auch ein Positionspapier für die Koalitionsvereinbarung, um Fehlentwicklungen im neuen Entgeltsystem in der Psychiatrie und Psychosomatik zu verhindern.

Auch mit Überlegungen zur Zusammenführung der Bremer Kommunalen Kliniken zu einem Einheitsbetrieb, hat sich die ASG intensiv beschäftigt. Dazu hat sie mit Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion, und der GeNo-Geschäftsführung über die Vor- und Nachteile einer Einheitsgesellschaft gesprochen. Die dabei vorgebrachten Argumente haben die ASG aber nicht überzeugt, sie lehnt die Einheitsgesellschaft ab, weil diese die zentralen Probleme der GeNo nicht löst.

Weitere gesundheitspolitische Themen, die die ASG beschäftigt haben: Die Änderung der Bremer Landesverfassung zur Privatisierung kommunaler Aufgaben. Dazu hat der Vorstand dem Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe, einen Brief mit der Forderung geschrieben, dass auch die kommunalen Kliniken vor der Privatisierung Verfassungsrang bekommen müssten. Wichtige Themen bleiben: die Krankenhausreform; die Situation der Pflege, vor allem die Arbeitsüberbelastung in der ambulanten und stationären Pflege; die Forderung nach einer „Pflegekammer“, die die ASG ablehnt; die Palliativversorgung; Probleme der Prävention und der Arzneimittelversorgung.

Wilfried Bolles
Landesvorsitzender der ASG Bremen

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG IN DER SPD (AFB)

Grundsätzliches zur bildungspolitischen Situation: Nach einem für den Bildungsbereich vor allem aus Gründen der Finanzplanung schwierigen Anfang der zweiten Wahlperiode der rot-grünen Koalition hat der Führungswechsel im Bildungsressort eine deutliche Beruhigung gebracht. Die begonnenen Veränderungen der Schulstruktur wurden fortgesetzt und kleinere Umsteuerungen wurden sorgfältig vorgenommen. Insgesamt haben sich die klimatischen Bedingungen im Bildungsbereich nicht zuletzt durch eine gute Gesprächsbereitschaft der Ressortspitze verbessert.

A. Schwerpunktthemen der Diskussion in der AfB in den letzten beiden Jahren:

1. Schulentwicklung

1.1 Primarstufe

Die Primarstufe hat ihre Reformprozesse früher eingeleitet als die Sekundarstufe. Durch Rückgang der Schülerinnen- und Schülerzahlen konnten an einigen Schulen Raumprobleme gelöst werden. Außerdem gab es Unterrichtsstrukturen verändernde Projekte. Die Inklusion ist hier schon seit langem zur alltäglichen Anforderung geworden. Nicht zuletzt die Ganztagsschuldebatte hat neue Fragen zur Gesamtentwicklung der Primarstufe (Hort, Verzahnung Soziales/Bildung, besondere Konzepte – Regionalprinzip, soziale Entmischung) aufgeworfen, die noch zu beantworten sind.

1.2 Sekundarstufe

Der Schulkompromiss in Bremen bedeutet einen Aufschub für die grundsätzliche Forderung der Sozialdemokraten nach einer „Schule für alle“, die in Deutschland „Gesamtschule“ heißt. Ob sie Gemeinschaftsschule oder Oberschule genannt wird, ist inhaltlich belanglos. Die in Bremen gefundene Form ist ein erster Schritt, der allerdings noch nicht endgültig abgesichert ist. So sollen die Oberschulen eigentlich in Ausstattung und Organisation eine gleichwertige Alternative zum Gymnasium sein. Durch die überaus zügige Einführung der Inklusion sind zusätzliche Akzeptanzprobleme entstanden. Außerdem ist die Entwicklung einiger Oberschulen durch die Oberstufendiskussion (Schulen mit und ohne Sek. II und die Oberstufengröße) erschwert worden. Es muss eine neue Schulstandortplanung geben, die die Situation der Stadtteile angemessen berücksichtigt und die die Abwanderung in die Gymnasien in die Stadtmitte nicht weiter fördert. Die G-8/G-9-Diskussion ist in Bremen ausgeblieben, da der (fast) konsequente Unterschied, Gymnasium 8 Jahre und Oberschule 9 Jahre, weitgehend akzeptiert ist. Hier darf es keine weiteren Ausnahmen geben. Die in Bremen entstandene Zweigliedrigkeit der Sekundarstufe wird von der AfB als Übergang auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule (Gesamtschule) verstanden.

Der Berufsbildende Bereich wurde in der AfB kaum behandelt, es zeichnet sich allerdings ab, dass wir uns auch hier mit Sicherung der Bildungsgänge und der Ausstattung befassen müssen.

1.3 Der tertiäre Bereich des Bildungswesens (Hochschulen, Berufsakademien, Fachakademien, Fachschulen)

Dieser Bereich wurde von der AfB nur selten und eher am Rande berührt. Hier war auch in den letzten Jahren eine fehlende personelle Vernetzung das Hauptproblem.

2. Ganztagsschule
Die von Sozialdemokraten eingeforderte Ganztagsschule als Regelfall in Primarstufe und Sek I ist in Bremen trotz erheblicher Schwierigkeiten durch die Einrichtung weiterer Standorte vorangebracht worden. Letztlich wegen der Haushaltsenge gibt es immer wieder kritische Fragen zur Ausstattung und zur inhaltlichen Ausgestaltung.

Yasemin Karakaşoğlu, Mitglied im Kompetenzteam von Peer Steinbrück für die Bereiche Bildung und Wissenschaft und Konrektorin der Universität Bremen am 29. August 2013 auf dem Bremer Marktplatz bei „Klartext-Open-Air“ mit Peer Steinbrück.

Einzelne Schritte auf dem Weg zur „Ganztagsschule für alle“ sind weiterhin strittig. Die offene Ganztagsschule in der Grundschule wird von uns als Schritt hin zu diesem Ziel verstanden, der allerdings durch die Wahlmöglichkeiten der Eltern unter Umständen auch unerwünschte Selektionseffekte schon in der Grundschule fördern kann. So stellt die Frage der Schulanwahl beim Nebeneinander verschiedener Betreuungsformen ein Problem dar.

In der Sek I sind die meisten Ganztagsschulen finanziell nur für die Hälfte der Jahrgänge ausgestattet, was nicht zuletzt im Kontext der Inklusion zu falschen Entwicklungen führt. Viele Regelungen zum Personal, zur Beteiligung der Schulvereine als Träger und anderer mehr sind problematisch.

3. Inklusion
Die bundesweit als vorbildlich betrachtete sehr zügige Einführung der grundsätzlich unumstrittenen Inklusion in der Sekundarstufe I hat den Bildungsbereich vor sehr große Herausforderungen gestellt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind mit den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (Rebuz) sowie den Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) geschaffen worden und Fortbildungen für die Lehrkräfte vorhanden. Notwendige besondere Problemlösungen für Kinder mit Erziehungshilfebedarf (E-Kinder) sind geschaffen worden, aber viele Details zu Leistungsmessung, Abschlüssen und Anschlüssen müssen noch geregelt werden. Die unterschiedlichen Belastungen in den verschiedenen Stadtteilen müssen aufgefangen werden. Die weitere Entwicklung ist auch hier massiv von der materiellen Absicherung abhängig.

B. Die Arbeit der AfB im Land Bremen

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung hat eine aus ihrer Sicht gute sozialdemokratische Bildungspolitik in Bremen begleitet. Der Kontakt zu den Bildungsdeputierten funktionierte über die regelmäßige Teilnahme des AfB-Vorsitzenden in Fraktionsvorbesprechungen. Die AfB hat ihren Gaststatus im Landesvorstand in der Regel wahrnehmen können. Der Kontakt zur politischen Ressortführung war ohne Probleme. Die AfB hat sich an der Konferenz der AfBs der Norddeutschen Bundesländer beteiligt und ist durch ihre Delegierten im Bund vertreten.

In den Mitgliederversammlungen und den öffentlichen Vorstandssitzungen wurden im Jahr 2013 hauptsächlich die Ganztagsschulentwicklung und die Situation der Oberschulen diskutiert. In der Bremer Öffentlichkeit war die AFB praktisch nicht präsent. Das muss durch eine intensivere Zusammenarbeit mit den Unterbezirken und der Fraktion verbessert werden. Kritisch ist außerdem anzumerken, dass die Beteiligung Bremerhavens an der Arbeit des Landesverbandes weiterhin nicht richtig funktioniert hat. Zu gemeinsamen Veranstaltungen für beide Städte kam es auch in den vergangenen zwei Jahren nicht.

C. Probleme, die sich werden voraussichtlich verstärken werden:

Die Schuldenbremse wird zu zunehmenden Verteilungskonflikten führen. Das Kooperationsverbot in Sachen Bildung zwischen Bund und Ländern ist ein schwerwiegender struktureller Fehler, der voraussichtlich auch durch die neue Koalition (Bund) nicht beseitigt wird. Er macht eine gut abgesicherte Inklusion und sehr wahrscheinlich auch einen verbindlichen „Ganztag“ für alle Schülerinnen und Schüler im Bundesland Bremen unmöglich. Die Lebensbedingungen in verschiedenen Stadtteilen sind in den letzten Jahren immer differenzierter geworden und die Entsolidarisierung der Gesellschaft ist weiter vorangeschritten. Schulpolitik darf die Entmischungsprozesse nicht fördern, die Sozialdemokratie muss Wege suchen, dem entgegenzuwirken.

Das Grundproblem der Bildungspolitik in Bremen verschärft sich weiter: Bremen hat die schwierigsten sozialen Bedingungen aller Bundesländer und eben deshalb auch die größten Haushaltsprobleme. Aber eine sozial gerechte und gut funktionierende Bildungspolitik ist längst zur reinen Finanzfrage geworden. Wie das Problem gelöst werden soll, bleibt weiter offen. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Bildungspolitik Kern der sozialen und demokratischen Gesellschaftsentwicklung und sie beginnt bei der materiellen und personellen Ausstattung der Einrichtungen, die unsere Kinder betreuen und unterrichten.

Die AfB lädt bildungspolitisch interessierte Genossinnen und Genossen zur Mitarbeit herzlich ein.

Norbert Rüppell
Landesvorsitzender der
Arbeitsgemeinschaft für Bildung

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN (ASJ)

Auf der Jahreshauptversammlung am 20. März 2012 wurde der Bremer Landesvorstand der AsJ für die Jahre 2012 und 2013 gewählt. Er setzte sich in dieser Periode aus folgenden Genossinnen und Genossen zusammen:

Landesvorsitzender:
Dr. Klaus-Dieter Schromek
Stellv. Landesvorsitzender:
Dr. Andreas Mackeben

Beisitzerinnen und Beisitzer:
Dr. Jochen Bachmann
Renate Bartholomäus-Lüthge
Tim Brinkmann
Michael Bühre
Anja Dillenburger
Markus Fabian
Nicole Gronemeyer
Wolfgang Grotheer
Brigitte Melinkat
Dr. Alexander Pallas
Kadriye Pile
Anneke Schmitt-Wenkebach
Dr. Timo Utermark

Im Jahr 2013 konnten von der ASJ zwei öffentliche Veranstaltungen realisiert werden: Am 15. Januar 2013 die öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema „Haft ohne Mauern – der offene Vollzug in Bremen“ im Haus der Wissenschaft. Nach einem Impulsreferat von Axel Janzen, Leiter des Offenen Vollzuges der Justizvollzugsanstalt Bremen, konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Prof. Matthias Stauch, Staatsrat beim Senator für Justiz und Verfassung sowie Dr. jur. habil. Helmut Pollähne, Strafverteidiger, diskutieren.

Eine weitere Veranstaltung führte die SPD-Landesorganisation Bremen in Kooperation mit der ASJ im Rahmen der Veranstaltungsreihe „BremerForum Politik & Gesellschaft“ kurz vor der Bundestagswahl am 17. September 2013 durch. Zum Thema „XKeyscore, Tempora und Prism – Welchen Schutz kann und welchen Schutz soll das Recht unseren Daten bieten?“ haben Dr. Imke Sommer, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit und Dr. Daniel Heinke, Referatsgruppenleiter beim Senator für Inneres und Sport referiert und sich der Diskussion gestellt.

In beiden Jahren des Berichtszeitraums hat die ASJ regelmäßig Vorstandssitzungen durchgeführt.

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT SPORT (LAG SPORT) / SPORTFORUM

Zu Ehren von Willy Brandt stellen wir unserem Jahresbericht seine Sicht über den Stellenwert des Sports in unserer Gesellschaft voran:

„Unter den humanitären Prinzipien unserer Politik nimmt die umfassende Förderung des Sports einen wichtigen Platz ein. Denn jeder muss die Chance erhalten, den Sport nach individuellen Neigungen und Talenten als Teil schöpferischer und vitaler Lebensgestaltung auszuformen. Über das Einzelerlebnis hinaus werden dabei wirkungsvolle Impulse für soziales und gemeinschaftsbildendes Verhalten gegeben.“

Diesem Anspruch Rechnung tragend wurde in Bremen schon früh das Sportförderungsgesetz auf den Weg gebracht und der Sport als schützenswertes Gut in der Landesverfassung verankert. Auf Bundesebene unterstützt die LAG Sport die Forderung des SPD-Parteivorstandes, der nach wie vor anstrebt, den Sport als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen von SPD und CDU spielte dieser Punkt aber leider keine Rolle.

„Dabei sein ist alles“, aber zu wessen Lasten? Vor dem Hintergrund der Verletzungen der Menschenrechte in Russland (Sotschi) wurde, wie bereits zu den olympischen Sommerspielen in Peking (China), von der LAG Sport die Vergabepraxis des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) problematisiert, aber auch die der Fédération Internationale de Football Association (FIFA), die die Fußballweltmeisterschaft 2022 nach Katar vergeben hat, wo die Arbeiter auf den olympischen Baustellen unter unwürdigen Bedingungen arbeiten und derzeit ausgebeutet werden. Letztlich entscheiden die Sportlerinnen und Sportler, ob sie es verantworten können, eine Medaille oder den Pokal über das Leid von Menschen zu erheben. Die Ignoranz einiger Spitzenfunktionäre wurde in dieser Hinsicht nicht nur von den Medien kritisiert.

Ein besonderes Anliegen der LAG Sport ist die Förderung des Behindertensports und der Inklusion. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe. Das ist die Grundlage für eine funktionierende Gesellschaft. Die Diskussion im Rahmen der LAG Sport wurde getragen von skeptischen Aspekten bis hin zu konstruktiven Ausblicken. Klar herausgestellt wurde, dass ein separiertes Sporttreiben von Beeinträchtigten „unter einem Dach“ in zugewiesene Hallenteile nicht den Anspruch auf Inklusion

Am 18. Oktober 2012 fand zum Thema „Alkohol-Werbeverbot im Sport“ das 34. Forum Sport statt.

einlöst, wenn nicht gleichsam das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe aller an allen Angeboten gewährleistet ist. Um dieses zu ermöglichen, bedarf es des aufeinander Zugehens, das nicht von selbst geschieht. Das WIR ist hier besonders gefragt unter sport- bzw. sozialpädagogischer Verantwortung. Das Ziel wird nur durch ein verstärktes und gemeinsames Miteinander der Sportvereine und Verbände mit den Behindertensportsverbänden umzusetzen sein. Sport für Menschen mit Behinderungen sollte dabei zu einem festen Bestandteil von Vereinen und Verbänden werden. „Inklusive Veranstaltungen und Events“ können als Instrument zur

Öffentlichkeitsarbeit und zur Sensibilisierung und Motivation Sinn machen. Bedauert wurde in diesem Zusammenhang, dass der Studiengang Sportpädagogik/Sportwissenschaft und der Studiengang Behindertenpädagogik von der Universität Bremen nicht fortgeschrieben werden konnten.

Klaus Filbry, Geschäftsführer Marketing, Management und Finanzen beim SV Werder Bremen, beleuchtete auf dem 34. Forum Sport das Thema „Alkohol-Werbeverbot im Sport“ aus der Sicht der Sportvereine.

Auf bundesweite positive Resonanz stieß das 34. Sportforum der LAG Sport am 18. Oktober 2012 zum Thema „Prävention stärken – Alkohol-Werbeverbot im Sport und im sportlichen Umfeld!? Gesundheit versus Profit?“ zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD, MdB, ehem. Drogenbeauftragte der Bundesregierung), Dr. Martin Claßen und Dr. Hans-Werner Bertelsen (beide von der Ärzte-Initiativgruppe Bertelsen-Claßen-Glaeske-Huppertz (bcgh)) schilderten in ihren Vorträgen sehr eindrucksvoll die verheerende Wirkung vor allem des sogenannten Komasaufens auf Kinder und Jugendliche. Neben individuellen Leidensaspekten kamen auch die daraus resultieren Behandlungs- und Krankenhauskosten zur Sprache. Dank der Beteiligung von Oliver Bartelt (AB, Inbev Bremen (Beck’s) und Klaus Filbry (SV Werder Bremen) konnte die Problematik mit Blick auf Präventionsstrategien aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Vorschläge zur unmittelbaren Gegensteuerung wurden vom Senator für Inneres und Sport, Ulrich Mäurer, unterbreitet. Deutlich wurde, dass es sich hier um eine gesellschaftspolitische Querschnittsaufgabe handelt und ressortübergreifender Aktivitäten bedarf.

Mit Sorge wurde zur Kenntnis genommen, dass der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Finanzierung des Netzwerkes Sport, das vom Förderverein Bremen GmbH betrieben wird und für Langzeitarbeitslose eine gute Chance der Integration in den ersten Arbeitsmarkt vorsieht, nicht weiter fortgeschrieben wird. Auf Nachfrage der LAG Sport soll die Förderung aber über andere Träger weiter ermöglicht werden.

Im Rahmen der Sicherheitsvorkehrungen „Rund um das Weser Stadion“ wurde auch über die vom Senator für Inneres und Sport eingeforderte Fläche des Tennisvereins Rot-Gelb e. V. beraten. Inwieweit die Kooperation mit anderen Vereinen eine Lösung darstellt, wie z. B. mit dem Tennisverein Rot-Weiß e. V. zu einem „3-Farben-Verein“, das muss abgewartet werden.

Initiativen von Sportvereinen wurden gewürdigt, die u. a. durch die Diversifikation der Angebote, die auf die Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen ausgerichtet sind, mehr Bürgerinnen und Bürgern erreichen wollen. Gerade für Einspartenvereine könnten sich zukunftsweisende Perspektiven ergeben z. B. (Saisonmitgliedschaft). In einer Kooperation der Sportvereine und Einrichtungen in den Quartieren/Regionen sieht die LAG Sport einen zukünftigen Aufgabenschwerpunkt der Bremer Sportpolitik. Die LAG Sport würde es sehr begrüßen, wenn solche Entwicklungen durch eine aktive Projektführerschaft des Sportsenators/Sportamtes und/oder des Landessportbunds Bremen e. V. (LSB) vorangetrieben werden.

Der Schulsport stellt nach wie vor eine „Baustelle“ dar: Es fehlt an drei Sportstunden im Grundschulbereich, es fehlt an der Realisierung der Sportstunden für Auszubildende laut Stundentafel an den Berufsschulen und überdies fehlt es, so der Runde Tisch Schulsport, an Neueinstellungen von Sportlehrerinnen und Sportlehrern (Alterspyramide).

Die LAG Sport unterstützt die Entscheidung der bremischen Bürgerschaft, das Universitäts-Bad zu erhalten und mit 10 Mio. Euro sanieren zu wollen. Das Oberzentrum Bremen in der Metropolregion Bremen/Oldenburg ist ohne dieses Bad zurzeit nicht vorstellbar. Jahrzehntelang ist es von der Universität, trotz zugewiesener Mittel versäumt worden, dieses Bad „fit“ zu halten. So stellt sich die Frage, wer für die Folgekosten aufkommen muss.

Zum Schluss möchten wir Andreas Bovenschulte für seinen unermüdlichen Einsatz im Interesse sozialdemokratischer Politik herzlich danken. Ganz besonders für sein Augenmerk auf den Stellenwert des Sports in Bremen und die Verankerung der SPD in den Sportvereinen und -verbänden.

Last but not least gilt unser Dank Petra Krümpfer, dem Büro der Landesorganisation und dem Sportressort für die gute Zusammenarbeit und den Genossinnen und Genossen, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen.

Fred Brauweiler
Vorsitzender der
Landesarbeitsgemeinschaft Sport

AUSSCHUSS FÜR INTERNATIONALE ANGELEGENHEITEN (AIA)/ FORUM EINE WELT BREMEN

Der Ausschuss für Internationale Angelegenheiten (AIA)/Forum Eine Welt Bremen ist ein Arbeitsgremium, das außenpolitische Fragen in der SPD im Lande Bremen bearbeitet und befördert. Ziel des Ausschusses ist es, inhaltliche Diskussionen und internationale Themen aus der globalisierten Welt in die Gliederungen der Partei und an die Basis zu bringen.

Im Jahr 2013 wurde das 40-jährige Bestehen des Ausschusses im Rahmen einer Feierstunde im Bürgerhaus Weserterrassen begangen. Anlässlich dieses Termins wurde auch die von den langjährigen Mitgliedern Uwe Warnken und Elisabeth Stolle erarbeitete Chronik des Ausschusses vorgestellt. Ehrengast Willi Lemke, Senator a. D., Sonderberater des UN-Generalsekretärs für Sport im Dienste von Frieden und Entwicklung, betonte die Rolle des Ausschusses als „Stachel im Fleisch der Partei“, der die Partei für Themen sensibilisiert, die andernfalls bisweilen zu kurz kommen könnten, und begrüßte, dass der Ausschuss seine Wirksamkeit auch über Parteigrenzen hinaus entfalten konnte.

Wir beteiligten uns an den Bundestreffen der Foren Eine Welt in Mainz (2012) und Frankfurt (2013) und diskutierten Herausforderungen internationaler Politik. Positive Außenwirkung erzielte auch unsere wiederholte Teilnahme mit einem Stand an der „Afrika-Messe“ auf der Hanselife-Messe.

Zur Vorbereitung und Unterstützung der Bundestagswahl 2013 haben wir uns intensiv am Diskussionsprozess zum Regierungsprogramm beteiligt und können mit dem Ergebnis des internationalen Teiles zu Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität sehr zufrieden sein. Im Wahlkampf konnten wir Cornelia Füllkrug-Weitzel aus dem Kompetenzteam von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, Gertraud Gauer-Süß vom biz (Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung) sowie Prof. Karl Wohlmuth von der Universität Bremen für eine gemeinsame Dialogveranstaltung in Bremen gewinnen.

Im Zuge der Entwicklungen in der Türkei (Stichwort: „Gezipark“) konnten wir gemeinsam mit den SPD-Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft Ruken Aytas, Aydin Gürlevik, Patrick Öztürk und Ali Seyrik den teilnehmenden Genossinnen und Genossen und auch interessierten Nichtmitgliedern ein qualifiziertes Forum für Gedankenaustausch und Diskussion über diese viel beachteten Entwicklungen bieten. Die Resolution des Parteivorstandes „Die Gewalt beenden – den Weg der Demokratisierung fortsetzen“ fand unsere Zustimmung.

Aufgrund der Diskussionen um die deutschen Rüstungsexporte, erörterten wir die Bedeutung des Rüstungsstandortes Bremen mit Andreas Kottisch, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Bürgerschaftsfraktion.

Im Rahmen der Europawoche 2013 beteiligte sich der Ausschuss mit einer Veranstaltung unter dem Titel „Mehr als nur Teppichhandel ...“ und brachte damit den Themenbereich Entwicklungspolitik ein. Jedes Unionsland betreibt eine eigene Entwicklungspolitik, die Europäische Union sorgt für eine 28. Variante. Mit Norbert Neuser, MdEP, und Frau Dr. Barbara Chavez Ramirez von Human & Environment brachten wir Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen und der europäischen Entwicklungszusammenarbeit zusammen und diskutierten mit ihnen ihre Sichtweisen der Perspektiven der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit.

„Stachel im Fleisch der Partei“, so bezeichnete Willi Lemke, in dessen Zeit als Landesgeschäftsführer die Gründung des Ausschusses für internationale Angelegenheiten im Jahr 1972 fiel, die Rolle des Forums.

Anlässlich der Vergabe des Solidaritätspreises an Aminatou Haidar, Präsidentin der Menschenrechtsorganisation CODESA aus der Westsahara, befassten wir uns mit den Entwicklungen in der West-Sahara und machten unsere solidarische Haltung deutlich. Wir debattierten mit Björn Tschöpe und Jens Dennhardt über Israel und die Lage in den Palästinensischen Gebieten.

Weiter fand ein regelmäßiger Austausch mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion über die jeweiligen Arbeitsvorhaben und Planungen statt. Die Zusammenarbeit besteht auch über diesen Berichtszeitraum hinaus.

Weitere Themen waren u. a. die Lage in Syrien, die Entwicklungen in Mali und die Zusammenhänge der Internationalen Finanzmärkte.

40 Jahre Forum Eine Welt/Ausschuss für internationale Angelegenheiten: Gunther Hilliges, langjähriges Mitglied des Ausschusses, betonte die große Bedeutung des Ausschusses für die politische Arbeit der Bremer SPD.

Martin Töben
Sprecher des AIA/Forum
Eine Welt Bremen

WISSENSCHAFTSFORUM DER SOZIALDEMOKRATIE IM LAND BREMEN UND DER NORDWEST-REGION

Auf der Jahreshauptversammlung am 2. April 2012 wurde der Vorstand des Wissenschaftsforums neu gewählt. Als Vorsitzende wurde Dr. Dagmar Burgdorf, als stellvertretende Vorsitzende Elias Tsartilidis (MdBB) und Dr. Mario Domann-Käse gewählt. Beisitzerin ist Dr. Iris Spiess (Fraunhofer-Institut Bremen), Beisitzer sind Prof. Dr. Klaus Jürgen Boenkost (Universität Bremen), Falk Wagner (Jusos), André Großardt (ZARM), Prof. Dr. Rainer Malaka (TZI).

Das Wissenschaftsforum hat in den vergangenen zwei Jahren diverse wissenschaftliche Einrichtungen besucht. Zu den Gesprächen waren nicht nur die Vorstandsmitglieder, sondern alle Mitglieder des Wissenschaftsforums eingeladen. Informationsaustausch und Diskussionen standen bei den Treffen im Vordergrund.

Der Besuch beim ZARM bildete am 2. April 2012 den Auftakt zur zweijährigen Tätigkeit des Wissenschaftsforums. Prof. Dr. Rath erläuterte die Aufgaben, Auslastung und Ziele des ZARM sowie den Stand der Planung eines zweiten Fallturms.

Sorgen und Nöte des Studentenwerks erfuhren wir im Gespräch mit dem Geschäftsführer, Herrn Mohrmann, am 18. Juni 2012: Fehlender (bezahlbarer) Wohnraum für Studierende, Speiseplan der Mensa und Stellplatzprobleme waren einige der angesprochenen Problemfelder. Im Hinblick auf die Stellplatzverordnung konnten wir das Anliegen des Studentenwerks an die politischen Gremien weiterleiten und zu einer positiven Veränderung beitragen (Reduzierung der vorzuhaltenden PKW-Stellplätze für Wohnheime).

Beim Besuch des Technologie-Zentrums Informatik und Informationstechnik der Universität Bremen (TZI) am 5. Juli 2012 informierte uns Geschäftsführer Prof. Dr. Rainer Malaka über die vielfältigen Forschungsschwerpunkte und Aufgabenbereiche des Zentrums. Mit dem seinerzeitigen Staatsrat Dr. Joachim Schuster diskutierten wir den Stand der Umsetzung der Zivilklausel. Das Science-Center UNIVERSUM stand Anfang 2013 im Mittelpunkt unseres Interesses. Da zeitgleich eine öffentliche Debatte um Finanzierung und Erhalt des UNIVERSUMS geführt wurde, haben sich die Mitglieder gezielt mit den Problemen befasst, die der Geschäftsführer Dr. Münder beim Besuch am 19. Februar 2013 schilderte. Mit dem neuen Rektor der Universität Bremen, Dr. Scholz-Reiter, diskutierten wir einen Monat später am 19. März 2013 ebenfalls aktuelle Probleme (Finanzsituation, Hochschulpakt, etc.) und Perspektiven in der Hochschulentwicklung.

Der Besuch im Zentrum für Kognitionswissenschaften der Universität Bremen am 24. April 2013 führte zu besonders lebhaften Diskussionen. Prof. Dr. Andreas Kreiter erläuterte Grundlagen seiner Forschungstätigkeit. Bei einer Versuchsanordnung konnten die Mitglieder des Wissenschaftsforums eigene Eindrücke vom Verhalten der Tiere gewinnen, die alle Beteiligten für eine objektive Meinungsbildung erforderlich hielten.

Die Planungen der Jacobs-University-Bremen stellte uns der seinerzeitige Präsident Prof. Dr. Pleitgen am 21. Mai 2013 vor Ort vor. Ein besonderes Gewicht sollten hierbei die Vorteile für die Region Nord erhalten. Die weitere Finanzierung war zu dem Zeitpunkt unseres Besuchs in Bremen-Nord noch nicht geklärt.

Dr. Dagmar Burgdorf
Vorsitzende Wissenschaftsforum

ANHANG

Dokumentation einzelner Beschlüsse des SPD-Landesvorstandes

Finanzpolitik für das Land Bremen
Beschluss des Landesvorstandes vom 8. Juni 2012 ..... Seite 89

Schulden abbauen – finanzielle Handlungsspielräume sichern!
SPD-Regierungsprogramm muss sich zu einem Altschuldenfonds
für Länder und Kommunen bekennen
Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 18. Januar 2013 ..... Seite 90

Zukunft der Abfallentsorgung in Bremen: Rekommunalisierung ernsthaft prüfen!
Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 23. August 2013 ..... Seite 92

Mitgliederentscheid zu einem Koalitionsvertrag
Antrag für den Parteikonvent am 27. September 2013
Antragssteller: Landesorganisation Bremen
Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 23. August 2013 ..... Seite 93

Kommunale Kliniken stärken – Arbeitsplätze sichern –
Chancen der Einheitsgesellschaft nutzen
Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 10. Februar 2014 ..... Seite 94

Ausbildungsgarantie in Bremen und Bremerhaven umsetzen
Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 21. März 2014 ..... Seite 95

Die Zukunft der Müllentsorgung in Bremen – Keine Verzögerung!
Die Entscheidungsgrundlagen für die Konkretisierung der Rekommunalisierung
müssen schnell erarbeitet werden.
Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 25. April 2014 ..... Seite 96

Wahlergebnisse ..... Seite 99

Statistiken zur Mitgliederentwicklung ..... Seite 103

NOTIZEN

DOKUMENTATION EINZELNER BESCHLÜSSE DES SPD-LANDESVORSTANDES

Finanzpolitik für das Land Bremen

Beschluss des Landesvorstandes vom 8. Juni 2012

Finanzen

1. Der Wirtschaftsplan 2012 ist vom Landesvorstand in seiner Sitzung am11. November 2011 beschlossen worden und damit in Kraft. Diese Einnahmen-/Ausgabenplanung 2012 ist der Grundsatzbeschluss zu den Parteifinanzen des Jahres 2012. Die Finanzvorschau 2013–2015 ist vom Landesvorstand ebenfalls in seiner Sitzung am 11. November 2011 beschlossen worden.

2. Dem Landesvorstand werden ab dem II. Quartal 2012 Quartalsberichte zum Finanzstatus vorgelegt. Wenn erforderlich, werden dann Anpassungen des Wirtschaftsplans vorgenommen.

3. Entscheidungen über neue Investitionen sowie für Ausgaben für die politische Arbeit oder die Öffentlichkeitsarbeit mit einem Volumen von über 20.000 Euro im Einzelfall bedürfen immer der Zustimmung des Landesvorstandes, Entscheidungen zwischen 10.000 und 20.000 Euro bedürfen eines Beschlusses durch den geschäftsführenden Landesvorstand. Der Landesgeschäftsführer hat eine alleinige Entscheidungskompetenz bis 2.500 Euro, bei Beträgen zwischen 2.500 und 10.000 Euro ist vom Landesgeschäftsführer vorab die Zustimmung der Schatzmeisterin einzuholen.

   Von dieser Beschränkung ausdrücklich ausgenommen sind Ausgaben des normalen Geschäftsbetriebs (zum Beispiel: Mieten; Personalkosten, die sich in Arbeitsverträgen oder Tarifverträgen/Betriebsvereinbarungen begründen; Zahlungsverpflichtungen, die aufgrund geschlossener Verträge entstehen; wiederkehrende Verwaltungskosten, z. B. für Büroreinigung; Leasingraten).

4. Für Wahlkämpfe wird eine gesonderte Etatplanung vorgelegt.

5. Kosten für Fahrten innerhalb des Landes Bremen werden Funktionärinnen und Funktionären von der Landesorganisation nicht erstattet. Eine abweichende Regelung für Schüler, Studenten und Mitglieder ohne bzw. mit sehr geringem Einkommen ist möglich. Entsprechende Anträge sind an den Landesgeschäftsführer zu stellen. Im Fall eines Dissenses entscheidet der geschäftsführende Landesvorstand.

   Kosten für Fahrten außerhalb des Landes Bremen als beauftragte Vertreterin/beauftragter Vertreter der Landesorganisation bzw. einer vom Landesparteitag gewählten Delegation werden, soweit der Fahrkartenkauf nicht unmittelbar durch das Parteibüro erfolgt und damit die Kostenübernahme automatisch verbunden ist, bei der Nutzung von Eisenbahn (2. Klasse, Sparpreise und Bahncards sind zu nutzen) und ÖPNV gegen Vorlage der Belege erstattet. Kosten für Taxifahrten können nur mit besonderer Begründung (Starkregen, Erreichen eines bestimmten Zuges, DB-Verspätungen, etc.) erstattet werden.

   Kosten für die Nutzung eines Autos können nur entsprechend der DB-Tarife erstattet werden. Ausnahmen bedürfen der Begründung, z. B. Transport von schweren Lasten oder Poolbildung bei Delegationen. Bei genehmigter Autonutzung erfolgt eine Kostenerstattung in Höhe von 0,30 Euro je gefahrenem Kilometer.

   Hotelbuchungen müssen immer über das Parteibüro erfolgen. Es werden die Kosten für die Hotelübernachtung inkl. des Frühstücks von der Landesorganisation getragen. Weitere

> *„Die Privatisierungsbremse stellt sicher, dass alle Familienmitglieder gefragt werden, bevor das Tafelsilber verkauft wird.“*
>
> 29. August 2013, Dr. Andreas Bovenschulte, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen (2010–2013)

Spesen bzw. Tagegelder kann die Landesorganisation nicht tragen.

6. Arbeitsgemeinschaften auf der Landesebene erhalten ihre politische Gremienarbeit gemäß den Statuten und Richtlinien sowie ihre Bundeskongressdelegation im unter Punkt 5 genannten Umfang finanziert. Die Finanzierung weiterer politischer Aktivitäten von Arbeitsgemeinschaften erfolgt projektorientiert, d. h. sie bedürfen der Antragstellung und der Genehmigung: a) durch den Geschäftsführer, b) bei Dissens durch den geschäftsführenden Landesvorstand, c) bei Fortbestand des Dissens durch den Landesvorstand. Es werden keine politischen Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaften in den Bereichen der Unterbezirke durch die Landesorganisation finanziert.

7. Dem Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie dem Landesgeschäftsführer wird der bei der Ausführung ihrer besonderen politischen und repräsentativen Aufgaben für die Landesorganisation entstehende Aufwand gegen Vorlage von Belegen erstattet.

Schulden abbauen – finanzielle Handlungsspielräume sichern!

SPD-Regierungsprogramm muss sich zu einem Altschuldenfonds für Länder und Kommunen bekennen

Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 18. Januar 2013

1. Eine Lösung des Problems der Altschulden ist – insbesondere unter den Bedingungen der grundgesetzlichen Schuldenbremse – für (fast) alle Länder und Kommunen eine zentrale politische Frage, für viele von ihnen sogar eine Existenzfrage. Zum 31.12.2011 waren die Kernhaushalte der Länder und Stadtstaaten mit rund 533 Mrd. Euro, ihre Extrahaushalte mit rund 82 Mrd. Euro verschuldet. Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände belief sich auf rund 130 Mrd. Euro (einschl. Zweckverbände und andere Extrahaushalte). Die jährlichen Zinsaufwendungen von Ländern und Kommunen belaufen sich auf mehr als 25 Mrd. Euro. Insbesondere den hoch verschuldeten Ländern und Kommunen lässt der Kapitaldienst kaum noch Luft für die Geschäfte der laufenden Verwaltung, geschweige denn für die notwendigen Zukunftsinvestitionen.

2. Die SPD muss sich deshalb in ihrem Programm für die Bundestagswahlwahl 2013 zum Problem der Altschulden der Länder und Kommunen klar positionieren. Das Thema bietet die Möglichkeit, zwei überzeugende politische Botschaften, die üblicherweise in einem Spannungsverhältnis zueinander gesehen werden („Schuldenabbau“ versus „Investitionen in die Zukunft“), miteinander zu verbinden.

3. Ausgangspunkt der Überlegungen kann das vom Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz im April 2012 vorgelegte Papier „Stabilität, Sicherheit und Handlungsfähigkeit – Strukturelle Lösung für das Problem der Altschulden der Länder“ sein. Kerngedanke des darin entwickelten Vorschlags ist folgender: „Im Zusammenhang mit der Diskussion um den europäischen Fiskalpakt gerät auch das Problem der Altschulden der Bundesländer verstärkt in den Blick. Die Länder werden sich im Zuge der abschließenden Umsetzung der Schuldenbremse ab 2020 nicht mehr neu verschulden. Damit wird der Markt für Länderanleihen austrocknen. Gleichzeitig laufen der Solidarpakt II und damit die Begründung für den Solidaritätszuschlag 2019 aus. Derzeit zahlen die Bundesländer für ihre Anleihen deutlich höhere Zinsen als der Bund.

   Diese Entwicklungen erfordern neue Konzepte für den Haftungsverbund von Bund und Ländern. Die Länder sollen ab 2020 verbindlich mit der Tilgung der Altschulden beginnen. Dazu werden die Altschulden der Länder in der Hand des Bundes zusammengeführt. Unter Beteiligung des Stabilitätsrates wird für jedes Land ein klarer und verbindlicher, langfristiger Zahlungsplan entwickelt, mit dem in einem angemessenen Zeitraum (z. B. 50 Jahre) die Altschulden abgebaut und getilgt werden können.

   Der Bund übernimmt im Gegenzug ab 2020 die Zinszahlungen für diese Altschulden der Länder. Zur Finanzierung der Zinslasten durch den Bund wird der bisherige Solidaritätszuschlag herangezogen, der in Form einer Ergänzungsabgabe über 2019 hinaus weiter erhoben wird und dann ausschließlich dem Bund zufließt.

   Kurzfristig werden „Deutschland-Anleihen“ aufgelegt, um Bund und Ländern einen gemeinsamen Zugang zum Kapitalmarkt mit optimalen Zinskonditionen zu eröffnen.“

   Je nach konkreter Ausgestaltung des Modells würden die Länder nach den vorgelegten Modellrechnungen um 10 – 15 Mrd. Euro p. a. entlastet, bei gleichzeitigem Einstieg in die schrittweise Tilgung ihrer Altschulden. Alle Länder würden profitieren, wobei allerdings je Einwohner gerechnet die besonders hoch verschuldeten Länder in besonderem Maße entlastet würden.

4. Der Hamburger Vorschlag konzentriert sich auf die Lösung des Problems der Altschulden der Länder ohne Einbeziehung der Kommunen. Dafür spricht zunächst, dass eine Berücksichtigung der Kommunen das Fondsvolumen vergrößern und die staatsrechtliche Konstruktion des Altschuldenfonds komplizierter machen würde. Gleichwohl sollten die Kommunen bei einer Altschuldenregelung aus Gründen der Gleichbehandlung (von Flächenländern und Stadtstaaten) und aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit unbedingt berücksichtigt werden. Dies erscheint auch darstellbar, da sich die Altschulden der Kommunen auf etwa ein Viertel der Altschulden der Länder belaufen. Notwendiges Korrelat einer Berücksichtigung der Kommunen wäre allerdings, dass auch sie dann in eine verbindliche Konsolidierungsstrategie einbezogen werden müssten.

> *„Der Altschuldenfonds wird den Ländern und Kommunen den so dringend benötigten Handlungsspielraum zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben schaffen.“*
>
> 21. Januar 2013, Dr. Andreas Bovenschulte, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen (2010 – 2013)

5. In zeitlicher Hinsicht erscheint naheliegend, dass der Altschuldenfonds im Jahr 2020 seine Arbeit aufnimmt und dann in einem Akt die Altschulden der Länder und Kommunen übernimmt. Dafür spricht, dass 2020 die Schuldenbremse ihre volle Wirkung entfaltet und dass bis zu diesem Zeitpunkt die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geregelt sein müssen. Denkbar wäre jedoch auch, das Modell eines ab sofort schrittweise aufwachsenden Altschuldenfonds zu verfolgen. Der Fonds könnte zum Beispiel so konstruiert werden, dass er ab 2014 jedes Jahr so viele Schulden neu übernimmt, wie sich aus den jährlich frei werdenden Mitteln des Solidarpakts II (rund 715 Mio. Euro p. a. im Zeitraum 2014 – 2019) finanzieren lassen. Beispiel: Der Zinssatz für 30jährige Bundesanleihen liegt derzeit bei 2,5 %. Legt man dies zu Grunde, dann lassen sich mit 715 Mio. Euro p. a. die Zinsen für 28,6 Mrd. Euro an Schulden bezahlen. Das heißt, der Altschuldenfonds könnte von den Ländern und Kommunen in den nächsten sechs Jahren allein durch Nutzung der frei werdenden Mittel des Solidarpakts II knapp 200 Mrd. Euro an Altschulden übernehmen. Die einzelnen Länder und Kommunen würden von dieser Entlastung im Verhältnis ihres Anteils an der Gesamtverschuldung profitieren. Im Gegenzug zu der Entlastung bei den Zinszahlungen müssten sie sich verpflichten, ab 2014 ihre Altschulden mit mindestens 1% p. a. zu tilgen. Die Differenz zwischen dem Tilgungssatz von 1% und dem Zinssatz, den die Länder und Kommunen sonst für ihre vom Fonds anteilig übernommenen Schulden hätten zahlen müssen, wäre dann die ab 2014 unmittelbar wirksame Haushaltsentlastung.

6. Die Einrichtung eines Altschuldenfonds für Länder und Kommunen kann in ihren finanziellen Auswirkungen nicht isoliert betrachtet werden. Sie wäre – dies muss allen klar sein – zwangsläufig mit Rückwirkungen auf das Gesamtsystem der Bund-Länder-Finanzbeziehungen verbunden.

7. Der Landesvorsitzende und der Vertreter Bremens im Parteivorstand werden beauftragt, sich auf Grundlage der vorstehend beschrie-

benen Position dafür einzusetzen, dass die Forderung nach einem Altschuldenfonds für Länder und Kommunen in den derzeit erarbeiteten Entwurf des SPD-Regierungsprogramms aufgenommen wird.

Zukunft der Abfallentsorgung in Bremen: Rekommunalisierung ernsthaft prüfen!

Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 23. August 2013

Seit drei Jahren wird in Bremen und Bremerhaven intensiv darüber diskutiert, ob die Stadtgemeinden aus wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen, finanziellen und ökologischen Erwägungen heraus wieder stärkeren Einfluss auf die Energieversorgung nehmen sollten. Angestoßen wurde die Debatte durch die SPD, die den Senat mit Blick auf die anstehende Neuvergabe der Konzessionen für die Versorgungsnetze (Strom, Gas, Wasser, Fernwärme) aufforderte, auch eine teilweise oder vollständige Übernahme des Netzbetriebs in kommunale Hand zu prüfen. Nach eingehender Prüfung haben sich Bremen und Bremerhaven dafür entschieden, eine strategische Beteiligung in Höhe von 25,1% an der Netzgesellschaft der swb AG anzustreben. Die abschließenden Verhandlungen mit der swb AG und der Konzernmutter EWE AG laufen zurzeit.

Die Debatte um die Versorgungsnetze hat das Thema der „Rekommunalisierung“ auf die Tagesordnung der bremischen Politik gesetzt. Damit befinden wir uns in guter Gesellschaft. Nach dem Abebben der Privatisierungseuphorie der letzten Jahrzehnte ist die Forderung nach Rekommunalisierung bundesweit zu einer wirkungsmächtigen politischen Strömung geworden – über die Parteiengrenzen hinweg. Es vergeht kaum ein Tag, an dem in den Medien nicht darüber berichtet wird, dass eine Gemeinde plant oder bereits beschlossen hat, einst privatisierte Einrichtungen wieder in eigene Regie zu übernehmen. Und auch in Bremen geht es nicht nur um die Versorgungsnetze. In den nächsten Jahren werden wir uns intensiv Gedanken darüber machen müssen, wie wir künftig unsere Abfallentsorgung organisieren wollen. Die Müllabfuhr in der Stadtgemeinde Bremen wurde 1998 privatisiert und an die Nehlsen AG verkauft. Die auf 20 Jahre geschlossenen Privatisierungsverträge laufen im Jahr 2018 aus, was dann kommt ist derzeit noch völlig offen. Theoretisch denkbar sind die unterschiedlichsten Modelle – von einer schlichten Fortführung des Privatisierungsmodells über verschiedene Zwischenlösungen bis hin zu einer vollständigen Wiedereingliederung der Abfallentsorgung in den kommunalen Bereich.

Insbesondere Gewerkschaften sowie Betriebsrätinnen und Betriebsräte fordern eine vollständige Rekommunalisierung der Abfallentsorgung. Zur Begründung verweisen sie unter anderem auf eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Zuge der Privatisierung. Unterstützt werden sie von kritischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die der Auffassung sind, dass die Privatisierung der Entsorgung für Bremen insgesamt ein schlechtes Geschäft war. Es gibt allerdings auch Stimmen in Politik und Verwaltung, die die Ergebnisse der Privatisierung positiv bewerten.

> *„Die Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme und Steuerung wird durch die Rekommunalisierung größer und besser.“*
>
> 27. August 2013, Dr. Andreas Bovenschulte, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen (2010–2013)

Im rot-grünen Koalitionsvertrag 2011/15 heißt es: „Wir wollen prüfen, ob nach Auslaufen der Privatisierungsverträge 2018 eine Rekommunalisierung der Abfallsammlung sinnvoll ist.“ (S. 26) In der Bürgerschaft haben die Koalitionspartner diesen Prüfauftrag inhaltlich konkretisiert und werden den Senat beauftragen entsprechend tätig zu werden.

Für die Beantwortung der Frage nach der zukünftigen Organisation der Abfallentsorgung ist eine gründlichen Klärung und Bewertung aller aufgeworfenen Sachfragen erforderlich. Die Auswahl des richtigen Modells muss vor allem anhand der folgenden Kriterien erfolgen, wobei die Reihenfolge der Aufzählung nichts über die Gewichtung der Kriterien aussagt:

- Qualität der erbrachten Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger
- Gebührenhöhe und Gebührenstabilität
- Arbeitsbedingungen der Beschäftigten
- Wirtschaftliche Wertschöpfung und Zahl der Arbeitsplätze am Standort Bremen
- Ökologische Nachhaltigkeit
- Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme auf die Abfallentsorgung
- Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt

Welches der theoretisch denkbaren Modelle die genannten – und ggf. noch zu ergänzenden – Kriterien am besten erfüllt, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Offen ist auch, wie mit notwendigerweise auftretenden Zielkonflikten umzugehen ist. Klar ist allerdings: Je vollständiger die Abfallentsorgung wieder in den kommunalen Bereich eingegliedert wird, desto größer ist die Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme über Senat und Bürgerschaft. Aus diesem Grund steht der Landesvorstand der Bremer SPD einer Rekommunalisierung der Entsorgung grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber.

Unser Ziel muss es sein, noch vor der nächsten Bürgerschaftswahl 2015 einen klaren Auftrag für die neue Regierung zu formulieren, der die Ziele, die Leitlinien und die Kriterien für die Prüfung und Umsetzung einer möglichen Rekommunalisierung der Abfallentsorgung enthält, damit die Wählerinnen und Wähler auch wissen, woran sie sind.

Mitgliederentscheid zu einem Koalitionsvertrag

Antrag für den Parteikonvent am 27. September 2013

Antragssteller: Landesorganisation Bremen

Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 23. August 2013

Mit unserem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl hat sich die SPD als die Gerechtigkeitspartei in Deutschland positioniert und damit viele Wählerinnen und Wähler überzeugt. Um die seit 2009 zurückgewonnene Glaubwürdigkeit nicht wieder zu verspielen und ein deutliches Profil der sozialen Gerechtigkeit sicherzustellen, sind u. a. folgende Ziele für uns unverzichtbar:

1. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns sowie die Durchsetzung des Prinzips Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und das Verbot sachgrundloser Befristung von Beschäftigungen
2. Die Sicherung des Rentenniveaus sowie der abschlagsfreie Renteneintritt nach 45 Versicherungsjahren
3. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes zur Finanzierung von Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Stärkung der Kommunen, Abschaffung des sogenannten Betreuunggeldes
4. Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft

Außerdem hat die Durchsetzung folgender Punkte für uns Priorität:

- Einführung von Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuer
- Solidarische Absicherung der Lebensrisiken Krankheit und Pflege (Bürgerversicherung)
- Konsequente Finanzmarktregulierung (Trennbanken, Schattenbanken)
- Ausbau der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur durch Aufhebung des Kooperationsverbotes

- Rechtstaatliche Entschärfung der Sicherheitsgesetze

Um ein Höchstmaß an Transparenz, innerparteilicher Demokratie und Geschlossenheit zu gewährleisten, werden die Gliederungen und die Mitglieder der SPD vom Parteivorstand umfassend über mögliche Gespräche mit anderen Parteien informiert und (beispielsweise über den Parteikonvent) in die Entscheidungsfindung einbezogen.

Sollte es eine konkrete Vereinbarung über die Bildung einer Regierung geben, wird diese den Mitgliedern der SPD zur Beschlussfassung im Wege des Mitgliederentscheids vorgelegt. Damit sich das Verfahren nicht zu lange hinzieht, soll dieser Mitgliederentscheid an einem Tag rechtzeitig vor dem Bundesparteitag im November durchgeführt werden. Der Parteikonvent beauftragt den Parteivorstand, alle hierfür erforderlichen Beschlüsse zu fassen und die geeigneten organisatorischen Vorkehrungen zu treffen.

Kommunale Kliniken stärken – Arbeitsplätze sichern – Chancen der Einheitsgesellschaft nutzen

Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 10. Februar 2014

Die Krankenhäuser in Deutschland stehen unabhängig von ihrer geographischen Lage und Trägerschaft vor großen finanziellen Herausforderungen. Das Grundproblem ist die seit einigen Jahren zunehmende Diskrepanz zwischen Kostenentwicklung auf der einen und geringer wachsenden Erlösen auf der anderen Seite, hier muss der Bundesgesetzgeber dringend handeln.

Der kommunale Klinikverbund Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) ist mit seinen Leistungsangeboten an den vier Standorten Bremen-Mitte, Bremen-Nord, Bremen-Ost und Links der Weser zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung Bremens und des Umlandes unverzichtbar. Der Klinikverbund beschäftigt darüber hinaus über 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und stellt damit den zweitgrößten Arbeitgeber in Bremen dar.

Auf der Grundlage des von der Geschäftsführung der GeNo vorgelegten Zukunftsplans 2017 haben Senat und Bürgerschaft im Juni 2013 finanzielle Unterstützungsmaßnahmen zur Sicherstellung des weiteren finanziellen Überlebens des Klinikverbundes in Höhe von 199 Mio. Euro bewilligt. Nur die konsequente Umsetzung der im Zukunftsplan vorgesehenen Schritte und weitere Optimierungsmaßnahmen können die Voraussetzung zur langfristigen finanziellen Sanierung der GeNo vor dem Hintergrund der bremischen Haushaltsnotlage schaffen. Unser Ziel ist es, die qualitativ hochwertige medizinische Versorgung, die die vier GeNo-Häuser sicherstellen, auch langfristig in kommunaler Trägerschaft zu gewährleisten. Hierfür ist eine optimale Steuerung der anstehenden Sanierungsprozesse im Klinikverbund und zwischen den einzelnen Standorten notwendig. Zur Erhöhung der Steuerungsqualität der GeNo plant der Senat im Einvernehmen mit den verantwortlichen Geschäftsführungen und im Dialog mit den Vertretungen der Beschäftigten die Verschmelzung der vier kommunalen Krankenhäuser auf den Klinikverbund Gesundheit Nord gGmbH (GeNo). Die gesellschaftsrechtliche Selbstständigkeit der vier Krankenhausstandorte wird damit aufgegeben und eine Gesellschaft geschaffen. Der SPD Landesvorstand trägt diese Planungen unter der Maßgabe folgender Eckpunkte mit:

1. Die kommunale Trägerschaft der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) bleibt bestehen.

2. Der Erhalt der vier Krankenhausstandorte wird nicht in Frage gestellt.

3. Das hohe medizinische Versorgungsangebot der GeNo ist für die Bremer Bevölkerung zu sichern und ist gezielt weiter zu entwickeln.

4. Betriebsbedingte Kündigungen werden ausgeschlossen. Die Krankenhausstandorte werden mit den zur Steuerung des Betriebs vor Ort notwendigen Kompetenzen ausgestattet.

5. Die Tarifbindung, die tarifvertraglich und die auf Grundlage von Betriebsvereinbarungen zugesicherten Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte bestehen fort. Die Verschmelzung wird kein Einfallstor für einen Notlagentarifvertrag sein.

6. Die Umsetzung der Strukturveränderung wird konsequent verfolgt, die medizinischen und pflegerischen Kompetenzen der vier Standorte und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Vertreterinnen und Vertreter sind zeitnah in die Verbesserungsprozesse einzubeziehen.

7. Die weiteren Maßnahmen des Sanierungskonzeptes werden zügig vorgelegt – so das angekündigte Medizinkonzept.

Ausbildungsgarantie in Bremen und Bremerhaven umsetzen

Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 21. März 2014

Eine abgeschlossene Berufsausbildung und ein qualifizierter Berufsabschluss sind die wichtigsten Vorrausetzungen, um auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen und am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben. Daher muss das wichtigste Ziel der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik für junge Menschen sein, ihnen einen Ausbildungsplatz und einen Berufsabschluss zu ermöglichen.

Mit unseren bisherigen Instrumenten wird dieses Ziel nur teilweise erreicht. Im bestehenden Übergangssystem liegt der Schwerpunkt auf nicht abschlussbezogenen Maßnahmen. Diese Maßnahmen kosten viel Geld und Lebenszeit der jungen Menschen.

„Viele reden darüber, Bremen macht ernst: Eine »Ausbildungsgarantie« soll jungen Menschen neue Chancen eröffnen und ihnen ermöglichen, im Anschluss an die Schule, einen Berufsabschluss zu erlangen.“

25. März 2014, Dieter Reinken, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen

Die Bremer SPD ist der Überzeugung, dass jeder junge Mensch das Recht auf eine Ausbildung und damit Zukunftschancen hat. Dabei stehen zunächst die Unternehmen in der Pflicht. Im System der dualen Berufsausbildung ist es ihre Aufgabe Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Eine langfristige Fachkräftesicherung durch die Ausbildung junger Menschen ist dabei auch im originären Eigeninteresse der Unternehmen.

Dennoch gibt es derzeit nicht genug Ausbildungsplätze für alle ausbildungswilligen Jugendlichen. Hier muss der Staat eingreifen und sicherstellen, dass weitere Ausbildungskapazitäten geschaffen werden. Denn berufliche Bildung ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Staatliches Eingreifen darf aber in diesem Falle nicht heißen, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen werden.

Wir wollen die jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, nicht sich selbst überlassen. Wir wollen, dass Bremen sich verpflichtet, jedem dieser jungen Menschen ein Angebot zu machen und eine Chance zu eröffnen. Dazu wollen wir die Ausbildungsgarantie.

Zum Erreichen der Ausbildungsgarantie bedarf es eines breiten Maßnahmenbündels zu dem unter anderem gehören müssen:

- Erhöhung der Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze, überbetriebliche Ausbildungsverbünde und deren Unterstützung

- Umgestaltung der berufsvorbereitenden schulischen Maßnahmen mit besserer Anschlussfähigkeit an eine folgende betriebliche oder überbetriebliche Ausbildung

- Aufstockung bei den schulischen Ausbildungsberufen

- Arbeitgeberzuschüsse für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Jugendliche in besonderen Problemlagen

- Modularisierte Ausbildungsangebote

- mehr Teilzeitausbildungen

Um die jungen Menschen zu erreichen, benötigen wir die Jugendberufsagentur, in der rechtskreisübergreifend und in Zusammenarbeit aller Akteure jedem Jugendlichen ein individuelles An-

gebot gemacht werden soll. In Bremen und in Bremerhaven soll die Jugendberufsagentur Anfang 2015 an den Start gehen. Ab dem Ausbildungsjahr 2015/2016 soll daher auch die Ausbildungsgarantie greifen.

Wir wissen, dass es all dies nicht umsonst gibt. Der Senator für Arbeit geht von einem Mittelbedarf von ca. 30 Mio. Euro bis 2017 aus, um den Einstieg in die Ausbildungsgarantie finanzieren zu können. Aber, wir wissen auch, dass sich dieser Einsatz lohnt. Für die jungen Menschen vom ersten Tag an, aber mittelfristig, durch Einsparungen im teuren Übergangssystem und bei der Finanzierung der Arbeitslosigkeit, auch fiskalisch.

Der SPD-Landesvorstand spricht sich daher für eine Ausbildungsgarantie in Bremen und Bremerhaven aus und fordert:

- den Senat auf, mit den Partnern der Berufsausbildung ein Konzept zu entwickeln, wonach jedem Jugendlichen ein Ausbildungsangebot gemacht werden kann. Start der Ausbildungsgarantie soll das Ausbildungsjahr 2015/16 sein.
- Senat und Bürgerschaftsfraktion dazu auf, die notwendigen finanziellen Mittel im Rahmen des BAP (Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm) darzustellen.
- die bremische Wirtschaft dazu auf, sich an der Ausgestaltung der Ausbildungsgarantie aktiv zu beteiligen und ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, nachzukommen.
- den Senat dazu auf, zu prüfen, inwieweit der bremische öffentliche Dienst und die Bremer Eigenbetriebe und Gesellschaften ihre eigene Ausbildungsquote noch erhöhen können, um einen eigenen Beitrag zu Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu leisten.
- den Senat dazu auf, zu prüfen, ob und in welchen Bereichen bestehende vollschulische Ausbildungen in öffentlicher Trägerschaft ausgeweitet werden können.

Die Zukunft der Müllentsorgung in Bremen – Keine Verzögerung! Die Entscheidungsgrundlagen für die Konkretisierung der Rekommunalisierung müssen schnell erarbeitet werden.

Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 25. April 2014

Der Landesvorstand der SPD erwartet, dass unverzüglich die möglichen und denkbaren Varianten einer Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft, deren Auswirkungen und deren gesellschaftsrechtliche Voraussetzungen erarbeitet werden. Es sind dabei alle Optionen in Betracht zu ziehen. Dazu ist ggfs. der nötige externe Sachverstand hinzuzuziehen. Weitere Verzögerungen der Entscheidungsbearbeitung sind nicht akzeptabel. Der Landesvorstand der SPD erwartet, dass umgehend der konkrete Zeitplan für die Bearbeitung und Beantwortung der offenen Fragen vorgelegt wird sowie die dafür nötigen Strukturen und Mittel bereitgestellt werden.

Wir wollen gegenüber den Wählerinnen und Wählern 2015 auch zu dieser Frage eine klare Aussage machen.

Hintergrund zur bisherigen Entwicklung und zum aktuellen Diskussionsstand: Nach der partiellen Rekommunalisierung der Energienetze steht nun eine Entscheidung über die künftige Organisation der Abfallentsorgung in der Stadtgemeinde Bremen an. Die dort weitgehend kommunal organisierte Müllabfuhr wurde 1998 komplett privatisiert und für eine Laufzeit von 20 Jahren bis 2018 an die Nehlsen AG übertragen. Eine Entscheidung darüber, wie es danach konkret weitergehen soll, ist noch nicht getroffen worden. Im rot-grünen Koalitionsvertrag 2011/2015 heißt es: „Wir wollen prüfen, ob nach Auslaufen der Privatisierungsverträge 2018 eine Rekommunalisierung der Abfallsammlung sinnvoll ist.“

Bislang liegen grundsätzliche Entscheidungen von Senat und Bürgerschaft zu der Frage, ob die Abfallentsorgung in privater Hand bleiben soll oder ob sie künftig durch die Kommune durchgeführt bzw. organisiert wird, noch nicht vor. Eine Grundsatzentscheidung über die Zukunft der Abfallentsorgung in der Stadtgemeinde Bremen kann jedoch nicht über die nächste Bürgerschaftswahl hinaus vertagt werden. Die noch zu treffende Grundsatzentscheidung muss ökonomisch, ökologisch, steuerrechtlich und gesellschaftsrechtlich geprüft werden und braucht daher eine Vorlaufzeit. Die Bürger müssen sich auf eine umwelt- und servicefreundliche sowie gebührenstabile Abfallwirtschaft verlassen können. Die Beschäftigten haben Anspruch auf Klarheit für ihre Arbeitsbedingungen. Die Vorbereitung und Umsetzung einer Organisationslösung ab 2018 verlangt Klarheit. Die Details des künftigen Abfallwirtschaftskonzepts müssen ausgearbeitet werden, sobald eine Grundsatzentscheidung getroffen worden ist. Auch gegenüber den privaten Vertragspartnern gebietet es die Fairness, sobald wie möglich eine Grundsatzentscheidung zu treffen.

Bereits 2013 hat die SPD sich auf folgende Prüfkriterien verständigt:

- Qualität der erbrachten Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger,
- Gebührenhöhe und Gebührenstabilität,
- Arbeitsbedingungen der Beschäftigten,
- Wirtschaftliche Wertschöpfung und Zahl der Arbeitsplätze am Standort Bremen,
- Ökologische Nachhaltigkeit,
- Möglichkeiten der demokratischen Einflussnahme auf die Abfallentsorgung,
- Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt. (Beschluss des SPD-Landesvorstandes vom 23.08.2013)

„Abfallentsorgung ist eine kommunale Pflichtaufgabe, wir erwarten, dass unverzüglich alle möglichen Varianten einer Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft, deren Auswirkungen und deren gesellschaftsrechtliche Voraussetzungen geprüft und erarbeitet werden.“

28. April 2014, Dieter Reinken, Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen

Sowohl die Qualität der Leistungen als auch die Gebührenstabilität für die Bürger wie auch der Grundsatz „gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit“ stehen für die SPD obenan. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es nicht hinnehmbar, dass die Leistungen eines Teils der Mitarbeiter zurzeit mit unter 9 Euro pro Stunde vergütet werden und dass der Abschluss von Tarifverträgen von den privatrechtlich organisierten Arbeitgebern abgelehnt wird. Für einen Teil der Mitarbeiter gilt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, während für den anderen Teil der Mitarbeiter ein tarifloser Zustand herrscht. Erfahrungen anderer Großstädte zeigen: Auch öffentliche Betriebe arbeiten durch systematische Leistungs- und Kostenvergleiche wirtschaftlich, sie konnten in den letzten Jahren ihre Gebühren z. T. mehrfach senken. Diese Ergebnisse wurden trotz Bindung an den TVöD und Bedingungen guter Arbeit erreicht. Voraussetzung hierfür sind motivierte Mitarbeiter, eine gute Leitungskultur und ein funktionierendes modernes Rechnungswesen. Öffentliche Betriebe können den Vorteil bieten, dass für ihre Leistungen keine Umsatzsteuer von zurzeit 19 Prozent anfällt. Dieser Vorteil kann an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben werden. Eine öffentlich-rechtliche Organisation verbindet demokratische Kontrolle, Transparenz und erweiterte Möglichkeiten zur ökologischen Ausgestaltung des Systems ohne Änderung langfristiger Verträge.

Nach dem derzeitigen Stand gesetzlicher Regelungen und praktischer Erfahrungen kommt auch für die Stadtgemeinde Bremen ein kommunal, öffentlich-rechtlich organisierter Kern der Abfallwirtschaft als Lösung in Betracht. Diese Lösung wäre für Bremen mit den Bedingungen der Sanierungsvereinbarung vereinbar. Die Prüfung einer öffentlich-rechtlichen Organisation der Abfallwirtschaft im Aufgabenkern bedeutet keine Absage an die Organisation der gesamten abfallwirtschaftlichen Aufgaben in einem zu optimierenden regionalen Verbund auch mit privaten Partnern oder benachbarten Kommunen. Dieses gilt z. B. für die Nutzung von Kapazitäten der Müllverbrennung / Energiegewinnung oder Müllsortierung / Recyclingwirtschaft, wo dann unverändert Aufträge auszuschreiben sind. Weitere

Fragen der sinnvollen Leistungstiefe eines kommunalen Betriebes, von Beteiligungsstrukturen und der konkreten Organisationsform sind noch im Detail zu prüfen.

Als denkbare öffentlich-rechtliche Organisationsformen kommen sowohl der Eigenbetrieb als auch die die Bildung einer Anstalt des öffentlichen Rechts in Betracht, die eine an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit orientierte Organisation mit den Vorteilen einer über das Parlament und den Senat legitimierten Vertretung der Bürgerinnen und Bürger miteinander verbindet. Es gibt mit diesem Modell gute Erfahrungen, unter anderen mit der AÖR Hamburg. Eine solche in der Stadtgemeinde Bremen zu treffende Entscheidung setzt jedoch eine bremische landesrechtliche Ermächtigung voraus, die den Kommunen die Gründung von Anstalten des öffentlichen Rechts ermöglicht. Der Landesvorstand erwartet, dass auf der Landesebene rechtzeitig vor den umzusetzenden Entscheidungen über die Zukunft der Entsorgung die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gründung von Anstalten des öffentlichen Rechts in den Städten des Landes Bremen geschaffen werden, um spätere Verzögerungen bei der Umsetzung auszuschließen.

WAHLERGEBNISSE

Bundestagswahl 2013 – Erststimmen: Land Bremen

Land Bremen	Bundestagswahl 2013		Bundestagswahl 2009		Veränderungen 2013 zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	333.022	68,8	343.027	70,3	-10.005	-1,5
SPD	133.437	40,6	121.467	36,0	11.970	4,6
CDU	97.265	29,6	92.441	27,4	4.824	2,2
Grüne	37.667	11,5	48.549	14,4	-10.882	-2,9
FDP	6.360	1,9	24.437	7,2	-18.077	-5,3
Die Linke	28.521	8,7	42.873	12,7	-14.352	-4,0
NPD	3.796	1,2	4.626	1,4	-830	-0,2
AfD	10.764	3,3	-	-	-	-

Bundestagswahl 2013 – Erststimmen: Stadt Bremen

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2013		Bundestagswahl 2009		Veränderungen 2013 zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	279.906	69,9	287.625	71,4	-7.719	-1,5
SPD	109.939	39,8	100.535	35,5	9.404	4,3
CDU	81.373	29,4	77.172	27,2	4.201	2,2
Grüne	33.857	12,2	43.482	15,3	-9.625	-3,1
FDP	5.504	2,0	20.397	7,2	-14.893	-5,2
Die Linke	24.491	8,9	35.466	12,5	-9.975	-3,6
NPD	2.991	1,1	3.766	1,3	-775	-0,2
AfD	8.893	3,2	-	-	-	-

Bundestagswahl 2013 – Erststimmen: Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Bundestagswahl 2013		absolut		Veränderungen 2013 zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	53.116	63,8	55.402	65,1	-2.286	-1,3
SPD	23.498	45,0	20.932	38,5	2.566	6,5
CDU	15.892	30,4	15.269	28,1	623	2,3
Grüne	3.810	7,3	5.067	9,3	-1.257	-2,0
FDP	856	1,6	4.040	7,4	-3.184	-5,8
Die Linke	4.030	7,7	7.407	13,6	-3.377	-5,9
NPD	805	1,5	860	1,6	-55	-0,1
AfD	1.871	3,6	-	-	-	-

Bundestagswahl 2013 – Erststimmen: Wahlkreise

	Wahlkreis 54 Bremen I		Wahlkreis 55 Bremen II - Bremerhaven		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	184512	71,9	148510	65,3	333022	68,8
SPD	Carsten Sieling		Uwe Beckmeyer			
	69161	37,9	64276	43,9	133437	40,6
CDU	Elisabeth Motschmann		Bettina Hornhues			
	55198	30,3	42067	28,7	97265	29,6
Grüne	Marieluise Beck		Sülmez Dogan			
	25342	13,9	12325	8,4	37667	11,5
FDP	Torsten Staffeldt		Hauke Hilz			
	4171	2,3	2189	1,5	6360	1,9
Die Linke	Klaus-Rainer Rupp		Kristina Vogt			
	15186	8,3	13335	9,1	28521	8,7
NPD	Karlo Ronstadt		Horst Görmann			
	1403	0,8	2393	1,6	3796	1,2
MLPD	Wolfgang Lange		X			
	207	0,1	X	X	207	0,1
RRP	X		Marie-Luise Saße			
	X	X	432	0,3	432	0,1
Piratenpartei	Robert Bauer		Caroline Bullwinkel			
	4849	2,7	3982,0	2,7	8831	2,7
AfD	Christian Schäfer		Erich Seifert			
	5336,0	2,9	5428	3,7	10764	3,3
Die PARTEI	Imke von Karstedt		X			
	1531	0,8	X	X	1531	0,5

Bundestagswahl 2013 – Zweitstimmen: Land Bremen

Land Bremen	Bundestagswahl 2013		Bundestagswahl 2009		Veränderungen 2013 zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	333.022	68,8	343.027	70,3	-10.005	-1,5
SPD	117.204	35,6	102.419	30,2	14.785	5,4
CDU	96.459	29,3	80.964	23,9	15.495	5,4
Grüne	40.014	12,1	52.283	15,4	-12.269	-3,3
Die Linke	33.284	10,1	48.369	14,3	-15.085	-4,2
FDP	11.204	3,4	35.968	10,6	-24.764	-7,2
NPD	3.640	1,1	3.612	1,1	28	0,0
Piratenpartei	8.455	2,6	8.174	2,4	281	0,2
AfD	12.307	3,7	-	-	-	-

Bundestagswahl 2013 – Zweitstimmen: Stadt Bremen

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2013		Bundestagswahl 2009		Veränderungen 2013 zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	279.906	69,9	287.625	71,4	-7.719	-1,5
SPD	96.795	34,9	84.806	29,8	11.989	5,1
CDU	80.535	29,1	67.389	23,7	13.146	5,4
Grüne	35.565	12,8	45.920	16,2	-10.355	-3,4
Die Linke	28.444	10,3	40.380	14,2	-11.936	-3,9
FDP	9.701	3,5	30.414	10,7	-20.713	-7,2
NPD	2.849	1,0	3.014	1,1	-165	-0,1
Piratenpartei	7.332	2,6	6.947	2,4	385	0,2
AfD	10.129	3,7	-	-	-	-

Bundestagswahl 2013 – Zweitstimmen: Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Bundestagswahl 2013		Bundestagswahl 2009		Veränderungen 2013 zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	53.116	63,8	55.402	65,1	-2.286	-1,3
SPD	20.409	39,0	17.613	32,4	2.796	6,6
CDU	15.924	30,4	13.575	25,0	2.367	5,4
Grüne	4.449	8,5	6.363	11,7	-1.915	-3,2
Die Linke	4.840	9,2	7.989	14,7	-3.149	-5,5
FDP	1.503	2,9	5.554	10,2	-4.051	-7,3
NPD	791	1,5	598	1,1	193	0,4
Piratenpartei	1.123	2,1	1.227	2,3	-1.246	-0,2
AfD	2.178	4,2	-	-	-	-

Bundestagswahl 2013 – Zweitstimmen: Wahlkreise

	Wahlkreis 54 Bremen I		Wahlkreis 55 Bremen II - Bremerhaven		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	184512	71,9	148510	65,3	333022	68,8
SPD	60502	33,1	56702	38,6	117204	35,6
CDU	55254	30,2	41205	28,1	96459	29,3
Grüne	25448	13,9	14566	9,9	40014	12,1
Die Linke	18502	10,1	14782	10,1	33284	10,1
FDP	7168	3,9	4036	2,8	11204	3,4
NPD	1400	0,8	2240	1,5	3640	1,1
AfD	6263	3,4	6044	4,1	12307	3,7
MLPD	87	0,0	69	0,0	156	0,0
pro Deutschland	199	0,1	267	0,2	466	0,1
Freie Wähler	398	0,2	416	0,3	814	0,2
Piratenpartei	4756	2,6	3699	2,5	8455	2,6
RRP	119	0,1	276	0,2	395	0,1
Die PARTEI	959	0,5	590	0,4	1549	0,5
Tierschutzpartei	1641	0,9	1824	1,2	3465	1,1

Mitgliederbestand nach Geschlecht; Stichtag: 31.12.2013

Name	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
SPD-Landesorganisation Bremen	**4.577**	**3.032**	**66,24**	**1.545**	**33,76**
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	**3.104**	**2.031**	**65,43**	**1.073**	**34,57**
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	188	134	71,28	54	28,72
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	60	47	78,33	13	21,67
SPD-OV Bremen-Borgfeld	57	43	75,44	14	24,56
SPD-OV Bremen-Buntentor	122	76	62,30	46	37,70
SPD-OV Bremen-Findorff	209	143	68,42	66	31,58
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	50	34	68,00	16	32,00
SPD-OV Bremen-Grolland	44	24	54,55	20	45,45
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	115	71	61,74	44	38,26
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	135	89	65,93	46	34,07
SPD-OV Bremen-Hastedt	71	46	64,79	25	35,21
SPD-OV Bremen-Hemelingen	41	28	68,29	13	31,71
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	104	67	64,42	37	35,58
SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	101	64	63,37	37	36,63
SPD-OV Bremen-Huchting	152	97	63,82	55	36,18
SPD-OV Bremen-Huckelriede	44	29	65,91	15	34,09
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	85	65	76,47	20	23,53
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	112	71	63,39	41	36,61
SPD-OV Bremen-Neustadt	119	78	65,55	41	34,45
SPD-OV Bremen-Oberneuland	87	58	66,67	29	33,33
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	60	36	60,00	24	40,00
SPD-OV Bremen-Osterholz	164	113	68,90	51	31,10
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	258	176	68,22	82	31,78
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	120	74	61,67	46	38,33
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	137	77	56,20	60	43,80
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	150	89	59,33	61	40,67
SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	51	32	62,75	19	37,25
SPD-OV Bremen-Seehausen	12	8	66,67	4	33,33
SPD-OV Bremen-Strom	20	13	65,00	7	35,00
SPD-OV Bremen-Walle	152	97	63,82	55	36,18
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	84	52	61,90	32	38,10
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	**556**	**371**	**66,73**	**185**	**33,27**
SPD-OV Bremen-Blumenthal	66	43	65,15	23	34,85
SPD-OV Bremen-Burgdamm	38	22	57,89	16	42,11
SPD-OV Bremen-Burglesum	145	104	71,72	41	28,28
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	72	45	62,50	27	37,50
SPD-OV Bremen-Hammersbeck	27	20	74,07	7	25,93
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	43	28	65,12	15	34,88
SPD-OV Bremen-Schönebeck	51	31	60,78	20	39,22
SPD-OV Bremen-Vegesack	114	78	68,42	36	31,58
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	**917**	**630**	**68,70**	**287**	**31,30**
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde-Süd	62	41	66,13	21	33,87
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünd-Nord	125	84	67,20	41	32,80
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	114	80	70,18	34	29,82
SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	172	129	75,00	43	25,00
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	141	89	63,12	52	36,88
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	130	88	67,69	42	32,31
SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	77	60	77,92	17	22,08
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	96	59	61,46	37	38,54
SPD-Landesorganisation Bremen	**4.577**	**3.032**	**66,24**	**1.545**	**33,76**

NOTIZEN

Mitgliederentwicklung
Stichtage: 31.12.2013, 30.9.2013, 30.6.2013, 31.3.2013, 31.12.2012

Gliederung	Name	Mitglieder-bestand 31.12.2012	Mitglieder-bestand 31.03.2013	Mitglieder-bestand 31.06.2013	Mitglieder-bestand 31.09.2013	Mitglieder-bestand 31.12.2013	Differenz 31.12.2012 31.12.2013	Differenz in % zum 31.12.2012
130000000000	**SPD-Landesorganisation Bremen**	**4.605**	**4.569**	**4.541**	**4.557**	**4.577**	**-28**	**-0,61**
130010000000	**SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt**	**3.099**	**3.081**	**3.072**	**3.085**	**3.104**	**5**	**0,16**
130010000100	SPD-OV Bremen-Hemelingen	44	42	42	42	41	-3	-6,82
130010004900	SPD-OV Altstadt-Mitte (seit 01.01.2013)		190	190	190	188		
130010000400	SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	62	61	59	59	60	-2	-3,23
130010000600	SPD-OV Bremen-Borgfeld	58	55	57	58	57	-1	-1,72
130010000601	SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	251	250	254	256	258	7	2,79
130010000602	SPD-OV Bremen-Oslebshausen	55	56	56	57	60	5	9,09
130010000603	SPD-OV Bremen-Osterholz	165	166	162	163	164	-1	-0,61
130010000900	SPD-OV Bremen-Buntentor	124	121	117	115	122	-2	-1,61
130010001000	SPD-OV Bremen-Findorff	210	207	207	205	209	-1	-0,48
130010001200	SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	45	46	47	49	50	5	11,11
130010001300	SPD-OV Bremen-Grollland	42	44	44	45	44	2	4,76
130010001400	SPD-OV Bremen-Gröpelingen	114	113	116	116	115	1	0,88
130010001500	SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	138	138	138	136	135	-3	-2,17
130010001600	SPD-OV Bremen-Hastedt	61	66	64	66	71	10	16,39
130010001700	SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	105	112	112	112	104	-1	-0,95
130010001800	SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	97	97	98	98	101	4	4,12
130010002000	SPD-OV Bremen-Huchting	157	151	154	154	152	-5	-3,18
130010002700	SPD-OV Bremen-Huckelriede	46	45	44	43	44	-2	-4,35
130010002800	SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	84	83	80	84	85	1	1,19
130010003100	SPD-OV Bremen-Neue Vahr	117	114	111	113	112	-5	-4,27
130010003300	SPD-OV Bremen-Neustadt	133	127	118	117	119	-14	-10,53
130010003500	SPD-OV Bremen-Oberneuland	93	86	84	86	87	-6	-6,45
130010003600	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	122	119	121	120	120	-2	-1,64
130010003700	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	130	129	133	131	137	7	5,38
130010003800	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	147	154	152	151	150	3	2,04
130010004000	SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	46	47	47	48	51	5	10,87
130010004100	SPD-OV Bremen-Seehausen	12	12	12	12	12	0	0,00
130010004600	SPD-OV Bremen-Strom	21	20	20	20	20	-1	-4,76
130010004700	SPD-OV Bremen-Walle	145	143	146	152	152	7	4,83
130010004800	SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	88	87	87	86	84	-4	-4,55
130030000000	**SPD-Unterbezirk Bremen-Nord**	**594**	**581**	**565**	**559**	**556**	**-38**	**-6,40**
130030000200	SPD-OV Bremen-Burgdamm	39	37	38	39	38	-1	-2,56
130030000600	SPD-OV Bremen-Blumenthal	71	69	64	63	66	-5	-7,04
130030000700	SPD-OV Bremen-Burglesum	149	148	143	144	145	-4	-2,68
130030000800	SPD-OV Bremen-Fähr-Lobbendorf (bis Juni 2013)	33	33					
130030000900	SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	87	84	86	81	72	-15	-17,24
130030001000	SPD-OV Bremen-Hammersbeck	27	27	27	27	27	0	0,00
130030001100	SPD-OV Bremen-Rönnebeck	42	41	40	40	43	1	2,38
130030001200	SPD-OV Bremen-Schönebeck	53	51	51	51	51	-2	-3,77
130030001400	SPD-OV Bremen-Vegesack (ab Juni 2013 mit OV Fähr-Lobbendorf)	93	91	116	114	114		
130020000000	**SPD-Unterbezirk Bremerhaven**	**912**	**907**	**904**	**913**	**917**	**5**	**0,55**
130020000400	SPD-OV Lehe-Nord	171	169	170	169	172	1	0,58
130020000500	SPD-OV Bremerhaven-Lehe	115	117	114	118	114	-1	-0,87
130020000700	SPD-OV Bremerhaven-Mitte	124	124	125	129	130	6	4,84
130020000800	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünd-Nord	116	116	120	123	125	9	7,76
130020000900	SPD-OV Geestemünde-Süd/Grünhöfe	64	62	59	58	62	-2	-3,13
130020001000	SPD-OV Bremerhaven Schiffdorfer Damm - Surheide	79	78	78	77	77	-2	-2,53
130020001100	SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	99	98	97	99	96	-3	-3,03
130020001200	SPD-OV Bremerhaven Leherheide	144	143	141	140	141	-3	-2,08
	SPD-Landesorganisation Bremen	**4.605**	**4.569**	**4.541**	**4.557**	**4.577**	**-28**	**-0,61**

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2013

Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	13	0,28	9	0,30	4	0,26
19-21	39	0,85	25	0,82	14	0,91
22-25	114	2,49	80	2,64	34	2,20
26-29	185	4,04	134	4,42	51	3,30
30-34	231	5,05	153	5,05	78	5,05
35-39	227	4,96	171	5,64	56	3,62
40-49	566	12,37	390	12,86	176	11,39
50-59	716	15,64	435	14,35	281	18,19
60-69	1.052	22,98	685	22,59	367	23,75
70-79	995	21,74	668	22,03	327	21,17
80-89	373	8,15	246	8,11	127	8,22
90-105	66	1,44	36	1,19	30	1,94
Gesamt	**4.577**	**100,00**	**3.032**	**100,00**	**1.545**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	8	0,26	5	0,25	3	0,28
19-21	32	1,03	19	0,94	13	1,21
22-25	89	2,87	65	3,20	24	2,24
26-29	144	4,64	103	5,07	41	3,82
30-34	178	5,73	120	5,91	58	5,41
35-39	165	5,32	121	5,96	44	4,10
40-49	387	12,47	262	12,90	125	11,65
50-59	441	14,21	255	12,56	186	17,33
60-69	685	22,07	439	21,61	246	22,93
70-79	675	21,75	452	22,26	223	20,78
80-89	255	8,22	167	8,22	88	8,20
90-105	45	1,45	23	1,13	22	2,05
Gesamt	**3.104**	**100,00**	**2.031**	**100,00**	**1.073**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	0	0,00	0	0,00	0	0,00
19-21	2	0,36	2	0,54	0	0,00
22-25	11	1,98	6	1,62	5	2,70
26-29	10	1,80	7	1,89	3	1,62
30-34	14	2,52	5	1,35	9	4,86
35-39	20	3,60	17	4,58	3	1,62
40-49	57	10,25	42	11,32	15	8,11
50-59	107	19,24	68	18,33	39	21,08
60-69	154	27,70	101	27,22	53	28,65
70-79	129	23,20	91	24,53	38	20,54
80-89	46	8,27	30	8,09	16	8,65
90-105	6	1,08	2	0,54	4	2,16
Gesamt	**556**	**100,00**	**371**	**100,00**	**185**	**100,00**

Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	5	0,55	4	0,63	1	0,35
19-21	5	0,55	4	0,63	1	0,35
22-25	14	1,53	9	1,43	5	1,74
26-29	31	3,38	24	3,81	7	2,44
30-34	39	4,25	28	4,44	11	3,83
35-39	42	4,58	33	5,24	9	3,14
40-49	122	13,30	86	13,65	36	12,54
50-59	168	18,32	112	17,78	56	19,51
60-69	213	23,23	145	23,02	68	23,69
70-79	191	20,83	125	19,84	66	23,00
80-89	72	7,85	49	7,78	23	8,01
90-105	15	1,64	11	1,75	4	1,39
Gesamt	**917**	**100,00**	**630**	**100,00**	**287**	**100,00**

Mitgliederbestand nach Dauer der Mitgliedschaft; Stichtag: 31.12.2013

Landesorganisation Bremen

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
< 1	238	5,20
1	111	2,43
2	192	4,19
3	180	3,93
4	106	2,32
5	90	1,97
6	82	1,79
7	79	1,73
8	143	3,12
9	68	1,49
10	66	1,44
11-12	176	3,85
13-14	96	2,10
15-16	125	2,73
17-18	112	2,45
19-20	115	2,51
21-30	698	15,25
31-40	793	17,33
41-50	867	18,94
51-60	190	4,15
61-70	49	1,07
71-80	1	0,02
Gesamt	**4.577**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Dauer	Mitgliede	Mitgliede
< 1	170	5,48
1	73	2,35
2	122	3,93
3	116	3,74
4	79	2,55
5	64	2,06
6	58	1,87
7	52	1,68
8	113	3,64
9	48	1,55
10	38	1,22
11-12	122	3,93
13-14	67	2,16
15-16	83	2,67
17-18	76	2,45
19-20	76	2,45
21-30	462	14,88
31-40	494	15,91
41-50	613	19,75
51-60	138	4,45
61-70	39	1,26
71-80	1	0,03
Gesamt	**3.104**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Nord

Dauer	Mitglieder	Mitglieder %
< 1	18	3,24
1	11	1,98
2	19	3,42
3	18	3,24
4	10	1,80
5	8	1,44
6	7	1,26
7	6	1,08
8	16	2,88
9	7	1,26
10	12	2,16
11-12	17	3,06
13-14	8	1,44
15-16	14	2,52
17-18	11	1,98
19-20	11	1,98
21-30	113	20,32
31-40	120	21,58
41-50	107	19,24
51-60	21	3,78
61-70	2	0,36
71-80	0	0,00
Gesamt	**556**	**100,00**

Unterbezirk Bremerhaven

Dauer	Mitgliede	Mitgliede
< 1	50	5,45
1	27	2,94
2	51	5,56
3	46	5,02
4	17	1,85
5	18	1,96
6	17	1,85
7	21	2,29
8	14	1,53
9	13	1,42
10	16	1,74
11-12	37	4,03
13-14	21	2,29
15-16	28	3,05
17-18	25	2,73
19-20	28	3,05
21-30	123	13,41
31-40	179	19,52
41-50	147	16,03
51-60	31	3,38
61-70	8	0,87
71-80	0	0,00
Gesamt	**917**	**100,00**

Mitgliederzugänge nach Zugangsart; Zeitraum: 1.1.2013 bis 31.12.2013

Landesorganisation Bremen

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
Eintritt, Erstaufnahme	211	88,66
GAST wird zum Mitglied	5	2,10
Unterstützerin/Unterstützer wird zum Mitglied	3	1,26
Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	19	7,98
Gesamt	**238**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
Eintritt, Erstaufnahme	148	87,06
GAST wird zum Mitglied	4	2,35
Unterstützerin/Unterstützer wird zum Mitglied	3	1,76
Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	15	8,82
Gesamt	**170**	**100,00**

Unterbezirk Bremen-Nord

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
Eintritt, Erstaufnahme	15	83,33
GAST wird zum Mitglied	1	5,56
Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	2	11,11
Gesamt	**18**	**100,00**

Unterbezirk Bremerhaven

Eintrittsgrund	Mitglieder	Mitglieder %
Eintritt, Erstaufnahme	48	96,00
Wiedereintritt (Auslandsaufenthalt, Austritt)	2	4,00
Gesamt	**50**	**100,00**

Mitgliederabgänge nach Abgangsart; Zeitraum: 1.1.2013 bis 31.12.2013

Landesorganisation Bremen

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	182	66,42	122	67,03	60	32,97
Verstorben	92	33,58	57	61,96	35	38,04
Gesamt	**274**	**100,00**	**179**	**65,33**	**95**	**34,67**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	121	67,22	79	65,29	42	34,71
Verstorben	59	32,78	31	52,54	28	47,46
Gesamt	**180**	**100,00**	**110**	**61,11**	**70**	**38,89**

Unterbezirk Bremen-Nord

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	30	63,83	23	76,67	7	23,33
Verstorben	17	36,17	13	76,47	4	23,53
Gesamt	**47**	**100,00**	**36**	**76,60**	**11**	**23,40**

Unterbezirk Bremerhaven

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	31	65,96	20	64,52	11	35,48
Verstorben	16	34,04	13	81,25	3	18,75
Gesamt	**47**	**100,00**	**33**	**70,21**	**14**	**29,79**

Mitgliederentwicklung nach Geschlecht; Zeitraum: 31.12.2004 bis 31.12.2013

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	5.652	3.798	67,20	1.854	32,80
2005	5.673	3.788	66,77	1.885	33,23
2006	5.414	3.586	66,24	1.828	33,76
2007	5.198	3.441	66,20	1.757	33,80
2008	4.952	3.267	65,97	1.685	34,03
2009	4.841	3.200	66,10	1.641	33,90
2010	4.763	3.141	65,95	1.622	34,05
2011	4.787	3.162	66,05	1.625	33,95
2012	4.605	3.034	65,88	1.571	34,12
31.12.2013	**4.577**	**3.032**	**66,24**	**1.545**	**33,76**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	3.720	2.464	66,24	1.256	33,76
2005	3.760	2.465	65,56	1.295	34,44
2006	3.579	2.333	65,19	1.246	34,81
2007	3.425	2.234	65,23	1.191	34,77
2008	3.261	2.129	65,29	1.132	34,71
2009	3.213	2.105	65,52	1.108	34,48
2010	3.162	2.062	65,21	1.100	34,79
2011	3.189	2.079	65,19	1.110	34,81
2012	3.099	2.014	64,99	1.085	35,01
31.12.2013	**3.104**	**2.031**	**65,43**	**1.073**	**34,57**

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	791	541	68,39	250	31,61
2005	801	545	68,04	256	31,96
2006	763	516	67,63	247	32,37
2007	737	499	67,71	238	32,29
2008	689	463	67,20	226	32,80
2009	674	457	67,80	217	32,20
2010	655	442	67,48	213	32,52
2011	644	433	67,24	211	32,76
2012	594	397	66,84	197	33,16
31.12.2013	**556**	**371**	**66,73**	**185**	**33,27**

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	1.141	793	69,50	348	30,50
2005	1.112	778	69,96	334	30,04
2006	1.072	737	68,75	335	31,25
2007	1.036	708	68,34	328	31,66
2008	1.002	675	67,37	327	32,63
2009	954	638	66,88	316	33,12
2010	945	636	67,30	309	32,70
2011	954	650	68,13	304	31,87
2012	912	623	68,31	289	31,69
31.12.2013	**917**	**630**	**68,70**	**287**	**31,30**

Entwicklung der Mitgliedereintritte jährlich; Zeitraum: 31.12.2004 bis 31.12.2013

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	135	97	71,85	38	28,15
2005	336	221	65,77	115	34,23
2006	161	103	63,98	58	36,02
2007	159	106	66,67	53	33,33
2008	141	94	66,67	47	33,33
2009	170	109	64,12	61	35,88
2010	235	156	66,38	79	33,62
2011	231	158	68,40	73	31,60
2012	127	84	66,14	43	33,86
31.12.2013	**238**	**168**	**70,59**	**70**	**29,41**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	88	61	69,32	27	30,68
2005	245	157	64,08	88	35,92
2006	103	62	60,19	41	39,81
2007	96	63	65,63	33	34,38
2008	88	61	69,32	27	30,68
2009	117	78	66,67	39	33,33
2010	148	95	64,19	53	35,81
2011	140	88	62,86	52	37,14
2012	87	55	63,22	32	36,78
31.12.2013	**170**	**115**	**67,65**	**55**	**32,35**

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	22	15	68,18	7	31,82
2005	61	42	68,85	19	31,15
2006	20	15	75,00	5	25,00
2007	31	20	64,52	11	35,48
2008	15	9	60,00	6	40,00
2009	24	18	75,00	6	25,00
2010	26	17	65,38	9	34,62
2011	26	16	61,54	10	38,46
2012	14	6	42,86	8	57,14
31.12.2013	**18**	**14**	**77,78**	**4**	**22,22**

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	25	21	84,00	4	16,00
2005	30	22	73,33	8	26,67
2006	38	26	68,42	12	31,58
2007	32	23	71,88	9	28,13
2008	38	24	63,16	14	36,84
2009	29	13	44,83	16	55,17
2010	61	44	72,13	17	27,87
2011	65	54	83,08	11	16,92
2012	26	23	88,46	3	11,54
31.12.2013	**50**	**39**	**78,00**	**11**	**22,00**

Entwicklung der Mitgliederaustritte jährlich; Zeitraum: 31.12.2004 bis 31.12.2013

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	433	310	71,59	123	28,41
2005	212	142	66,98	70	33,02
2006	275	195	70,91	80	29,09
2007	273	194	71,06	79	28,94
2008	289	191	66,09	98	33,91
2009	231	147	63,64	84	36,36
2010	199	133	66,83	66	33,17
2011	216	154	71,30	62	28,70
2012	192	135	70,31	57	29,69
31.12.2013	**182**	**122**	**67,03**	**60**	**32,97**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	264	185	70,08	79	29,92
2005	137	91	66,42	46	33,58
2006	170	115	67,65	55	32,35
2007	181	125	69,06	56	30,94
2008	196	123	62,76	73	37,24
2009	140	91	65,00	49	35,00
2010	124	81	65,32	43	34,68
2011	131	90	68,70	41	31,30
2012	96	71	73,96	25	26,04
31.12.2013	**121**	**79**	**65,29**	**42**	**34,71**

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	59	48	81,36	11	18,64
2005	42	30	71,43	12	28,57
2006	40	29	72,50	11	27,50
2007	35	24	68,57	11	31,43
2008	43	28	65,12	15	34,88
2009	31	18	58,06	13	41,94
2010	38	24	65,12	14	34,88
2011	30	23	76,67	7	23,33
2012	51	33	64,71	18	35,29
31.12.2013	**30**	**23**	**76,67**	**7**	**23,33**

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2003	73	56	76,71	17	23,29
2004	110	77	70,00	33	30,00
2005	33	21	63,64	12	36,36
2006	65	51	78,46	14	21,54
2007	57	45	78,95	12	21,05
2008	50	40	80,00	10	20,00
2009	60	38	63,33	22	36,67
2010	37	28	75,67	9	24,33
2011	55	41	74,55	14	25,45
2012	44	30	68,18	14	31,82
31.12.2013	**31**	**20**	**64,52**	**11**	**35,48**

Entwicklung der Todesfälle in der Mitgliedschaft; Zeitraum: 31.12.2004 bis 31.12.2013

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder verstorben	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	95	69	72,63	26	27,37
2005	106	77	72,64	29	27,36
2006	98	75	76,53	23	23,47
2007	95	63	66,32	32	33,68
2008	103	67	65,05	36	34,95
2009	93	64	68,82	29	31,18
2010	89	58	65,17	31	34,83
2011	69	48	69,57	21	30,43
2012	95	69	72,63	26	27,37
31.12.2013	**92**	**57**	**61,96**	**35**	**38,04**

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder verstorben	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	62	47	75,81	15	24,19
2005	65	51	78,46	14	21,54
2006	69	52	75,36	17	24,64
2007	55	36	65,45	19	34,55
2008	69	43	62,32	26	37,68
2009	49	32	65,31	17	34,69
2010	49	30	61,22	19	38,78
2011	44	32	72,73	12	27,27
2012	61	42	68,85	19	31,15
31.12.2013	**59**	**31**	**52,54**	**28**	**47,46**

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder verstorben	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	12	9	75,00	3	25,00
2005	16	10	62,50	6	37,50
2006	13	9	69,23	4	30,77
2007	16	10	62,50	6	37,50
2008	14	10	71,43	4	28,57
2009	15	11	73,33	4	26,67
2010	19	16	84,21	3	15,79
2011	10	6	60,00	4	40,00
2012	12	8	66,67	4	33,33
31.12.2013	**17**	**13**	**76,47**	**4**	**23,53**

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder verstorben	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2004	21	13	61,90	8	38,10
2005	25	16	64,00	9	36,00
2006	16	14	87,50	2	12,50
2007	24	17	70,83	7	29,17
2008	20	14	70,00	6	30,00
2009	29	21	72,41	8	27,59
2010	21	12	57,14	9	42,86
2011	15	10	66,67	5	33,33
2012	22	19	86,36	3	13,64
31.12.2013	**16**	**13**	**81,25**	**3**	**18,75**

Durchschnittlicher Mitgliederbeitrag; Stichtag: 31.12.2013

Gliederung	Name	Durchschnittsbeitrag
130000000000	**SPD-Landesorganisation Bremen**	**13,05**
130010000000	**SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt**	**13,67**
130010004900	SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	19,42
130010000900	SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	10,46
130010001400	SPD-OV Bremen-Borgfeld	16,44
130010002700	SPD-OV Bremen-Buntentor	11,69
130010004700	SPD-OV Bremen-Findorff	15,42
130010001000	SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	18,96
130010003600	SPD-OV Bremen-Grolland	8,85
130010002200	SPD-OV Bremen-Gröpelingen	10,88
130010000100	SPD-OV Bremen-Hemelingen	9,92
130010001700	SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	14,37
130010001600	SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	13,55
130010003500	SPD-OV Bremen-Huchting	10,60
130010002800	SPD-OV Bremen-Huckelriede	12,98
130010004600	SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	9,34
130010001200	SPD-OV Bremen-Neue Vahr	9,92
130010003100	SPD-OV Bremen-Neustadt	12,10
130010001500	SPD-OV Bremen-Oberneuland	20,54
130010002500	SPD-OV Bremen-Oslebshausen	9,33
130010000600	SPD-OV Bremen-Osterholz	11,22
130010001800	SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	15,90
130010001300	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	12,09
130010004100	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	14,27
130010004000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	21,62
130010000400	SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	13,50
130010003800	SPD-OV Bremen-Seehausen	5,94
130010003300	SPD-OV Bremen-Strom	13,33
130010002100	SPD-OV Bremen-Walle	11,49
130010003700	SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	10,65
130030000000	**SPD-Unterbezirk Bremen-Nord**	**11,20**
130030001000	SPD-OV Bremen-Blumenthal	10,28
130030000200	SPD-OV Bremen-Burgdamm	11,77
130030001400	SPD-OV Bremen-Burglesum	14,22
130030001200	SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	5,57
130030000700	SPD-OV Bremen-Hammersbeck	8,71
130030001100	SPD-OV Bremen-Rönnebeck	11,87
130030000600	SPD-OV Bremen-Schönebeck	12,12
130030001500	SPD-OV Bremen-Vegesack	11,21
130020000000	**SPD-Unterbezirk Bremerhaven**	**12,06**
130020000900	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde-Süd	7,05
130020000800	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünd-Nord	12,30
130020000500	SPD-OV Bremerhaven-Lehe	12,22
130020000400	SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	13,00
130020001200	SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	11,94
130020000700	SPD-OV Bremerhaven-Mitte	15,07
130020001000	SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	11,56
130020001100	SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	9,58
	SPD-Landesorganisation Bremen	**13,05**